

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen-, Vermögens-, Gewerbe- und Grundsteuer (Belgien), Fassung vom 22.02.2024**

### **Beachte für folgende Bestimmung**

Die Änderungen auf Grund des MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) können nicht eindeutig zugeordnet werden, vgl. daher die „synthetisierte“ Version des DBA Belgien plus MLI, als Anlage 2 dokumentiert.

### **Langtitel**

ABKOMMEN zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern  
StF: BGBl. Nr. 415/1973 (NR: GP XIII RV 157 AB 255 S. 28. BR: S. 310.)

### **Änderung**

BGBl. III Nr. 7/2016 (NR: GP XXIV RV 445 AB 510 S. 51. BR: AB 8264 S. 780.)  
BGBl. III Nr. 93/2018 (NR: GP XXV RV 1670 AB 1732 S. 190. BR: AB 9848 S. 870.)

### **Sonstige Textteile**

Nachdem das am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, welches also lautet: ....

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 11. Juli 1972

### **Ratifikationstext**

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 13. Juni 1973 ausgetauscht worden; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 28. Juni 1973 in Kraft getreten.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH  
UND  
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER

sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern die Doppelbesteuerung zu vermeiden und bestimmte andere Fragen zu regeln, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

*(Anm.: Es folgen die Namen der Bevollmächtigten.)*

Diese Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, folgendes vereinbart:

**Text**
**I. GELTUNGSBEREICH DES ABKOMMENS**
**Artikel 1**
**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**
**Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

1. in Belgien:

- a) l'impôt des personnes physiques (die Einkommensteuer der natürlichen Personen);
- b) l'impôt des sociétés (die Körperschaftsteuer);
- c) l'impôt des personnes morales (die Steuer vom Einkommen der nicht gewerblich tätigen juristischen Personen);
- d) l'impôt des non-residents (die Steuer vom Einkommen der beschränkt Steuerpflichtigen), einschließlich der Vorsteuern (précomptes) und der Ergänzungsvorsteuern (compléments de précomptes), der Zuschläge (decimes et centimes additionnels) zu diesen Steuern und Vorsteuern sowie der Gemeindefuzusatzsteuer (taxe communale additionnelle) zur Einkommensteuer der natürlichen Personen.

2. in Österreich:

- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Vermögensteuer;
- d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches;
- e) die Aufsichtsratsabgabe;
- f) die Gewerbesteuer;
- g) die Grundsteuer;
- h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;
- k) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;
- l) die Sonderabgabe vom Einkommen;
- m) die Sonderabgabe vom Vermögen;
- n) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen;
- o) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen,

gleichgültig, in welcher Form diese Steuern erhoben werden.

(4) Die Bestimmungen des Abkommens über die Besteuerung der Unternehmensgewinne gelten entsprechend für die nicht nach dem Gewinn oder dem Vermögen erhobene Gewerbesteuer.

(5) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

## II. DEFINITIONEN

### Artikel 3

#### Allgemeine Definitionen

- (1) Im Sinn dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
1. a) bedeutet der Ausdruck „Belgien“, in geographischem Sinn verwendet, das Gebiet des Königreichs Belgien; er schließt alle Gebiete ein, die außerhalb des Hoheitsgebietes von Belgien liegen und nach der belgischen Gesetzgebung und dem Völkerrecht als Gebiete gelten oder künftig gelten werden, in denen die Rechte Belgiens hinsichtlich des Meeresbodens und seiner Unterschicht einschließlich deren Bodenschätzen ausgeübt werden können;
  - b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“, im gleichen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik Österreich;
  2. bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Belgien oder Österreich;
  3. umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
  4. bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder andere Rechtsträger, die als solche in dem Staat, in dem sie ansässig sind, mit ihren Einkünften oder mit ihrem Vermögen besteuert werden;
  5. bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  6. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörden“
    - a) in Belgien: die nach innerstaatlichem Recht zuständige Behörde und
    - b) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

### Artikel 4

#### Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinn dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist; er bedeutet ferner Gesellschaften des belgischen Rechts – ausgenommen Gesellschaften auf Aktien –, die sich dafür entschieden haben, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

1. Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
2. Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
3. Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
4. Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemäß Artikel 25 verständigen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

1. einen Ort der Leitung,
2. eine Zweigniederlassung,
3. eine Geschäftsstelle,
4. eine Fabrikationsstätte,
5. eine Werkstätte,
6. ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
7. eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

1. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
2. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
3. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
4. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
5. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinn des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte des Unternehmens als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Für ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaates wird eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat von dem Zeitpunkt an als begründet erachtet, in dem es durch einen Vertreter im Sinn des Absatzes 4 oder durch einen unabhängigen Vertreter, der eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und der diese Vollmacht gewöhnlich ausübt, Prämien im Gebiet dieses Staates einhebt oder gegen in diesem Gebiet gelegene Risiken versichert.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

## III. BESTEUERUNG DES EINKOMMENS

### Artikel 6 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die

Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung oder Nutznießung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

## **Artikel 7**

### **Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Gebiet besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Unbeschadet des Absatzes 3 sind, wenn ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt, in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Bei Fehlen einer ordnungsmäßigen Buchführung oder anderer Beweismittel, die es ermöglichen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaates erzielten Gewinne zu ermitteln, die seiner in dem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, darf die Steuer in diesem anderen Staat insbesondere dadurch festgesetzt werden, daß entsprechend dem Recht dieses anderen Staates die Gewinne zugrunde gelegt werden, die ein ähnliches Unternehmen dieses anderen Staates bei einer gleichen oder ähnlichen Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen üblicherweise erzielen würde.

Unter der im vorstehenden Absatz angeführten Voraussetzung darf der dieser Betriebsstätte zuzurechnende Gewinn auch durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile bestimmt werden, sofern das so ermittelte Ergebnis mit den in diesem Artikel dargelegten Grundsätzen übereinstimmt.

(5) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Einkünfte anzuwenden, die einem stillen Gesellschafter aus seiner Beteiligung an einer „stillen Gesellschaft“ des österreichischen Rechts zufließen.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln des Abkommens behandelt werden, so stehen die Bestimmungen dieses Artikels der Anwendung der Bestimmungen jener Artikel bei der Besteuerung dieser Einkünfte nicht entgegen.

## **Artikel 8**

### **Gewinne von Unternehmen der Seeschifffahrt oder der Luftfahrt**

(1) Abweichend von den Bestimmungen des Artikels 7 Absätze 1 bis 6 dürfen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Allein- oder Hauptunternehmer ansässig ist.

## Beachte für folgende Bestimmung

vgl. die „synthetisierte“ Version des DBA Belgien plus MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) in Anlage 2

### Artikel 9

#### Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

### Artikel 10

#### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetragtes dieser Dividenden nicht übersteigen. Die Besteuerung der Gesellschaft hinsichtlich der Gewinne, die zur Zahlung der Dividenden dienen, wird durch diesen Absatz nicht eingeschränkt.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, wie Einkünfte aus Aktien behandelt werden. Dieser Ausdruck umfaßt auch Einkünfte – selbst wenn sie in der Form von Zinsen gezahlt werden –, die als Einkünfte aus dem Kapitalvermögen zu besteuern sind, das Gesellschafter in Gesellschaften – ausgenommen Gesellschaften auf Aktien –, die in Belgien ansässig sind, investiert haben.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden, wobei diese Dividenden gemäß dem Recht des anderen Vertragsstaates entweder gesondert oder als Teil des Gewinnes besteuert werden dürfen.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft außerhalb dieses anderen Staates an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch eine zusätzliche Steuer von dem nichtausgeschütteten Gewinn der Gesellschaft erheben, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen. Diese Bestimmung hindert den anderen Staat nicht, Dividenden aus einer Beteiligung zu besteuern, die tatsächlich zu einer Betriebstätte gehört, die von einer im erstgenannten Staat ansässigen Person in diesem anderen Staat unterhalten wird.

### Artikel 11

#### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Betrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und, vorbehaltlich des Absatzes 4, aus Forderungen oder Einlagen jeder Art sowie Treffer aus Anleihen und alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, wie Einkünfte aus Darlehen oder Einlagen behandelt werden.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht anzuwenden auf:

1. Zinsen, die nach Artikel 10 Absatz 3 zweiter Satz als Dividenden gelten;
2. Zinsen aus Kundenforderungen, einschließlich Wechselforderungen, für Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gegen Einräumung eines Zahlungszieles erbringt;
3. Kontokorrent- und Vorauszahlungszinsen zwischen Bankunternehmen der beiden Vertragsstaaten;
4. Zinsen aus Geldeinlagen bei Banken, einschließlich öffentlicher Kreditinstitute, über die nicht mit auf Überbringer lautenden Papieren verfügt werden kann.

Die in den Ziffern 2 bis 4 des vorstehenden Unterabsatzes angeführten Zinsen sind, je nach der Lage des Falles, gemäß Artikel 7 oder Artikel 21 zu behandeln.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und das Darlehen, die Forderung oder die Einlage, für die diese Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung oder Einlage, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Zinsen nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen des Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

## **Artikel 12**

### **Lizenzgebühren**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren, die von einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist, dürfen in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages dieser Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme sowie von Filmen und Tonaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen, die nicht unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 darstellen, oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht,

in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den üblichen Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Lizenzgebühren nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

### **Artikel 13**

#### **Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen**

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne sind die Grundsätze des Artikels 7 Absätze 2 und 3 anzuwenden.

Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung jedes anderen Vermögens einschließlich einer Beteiligung – die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte gehört – an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

### **Artikel 14**

#### **Freie Berufe**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 und 17 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Staat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der Tätigkeit, die mittels dieser festen Einrichtung ausgeübt wird, zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Wirtschaftstreuhänder.

### **Artikel 15**

#### **Unselbständige Arbeit**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 und unter den dort angeführten Vorbehalten dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

1. sie für eine Tätigkeit gezahlt werden, die in dem anderen Staat einschließlich gewöhnlicher Arbeitsunterbrechungen nicht länger als insgesamt 183 Tage während des Kalenderjahres ausgeübt wird, und

2. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
3. die eigentliche Last der Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen wird, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 und unter den in Absatz 1 angeführten Vorbehalten gelten Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit als Vergütungen für eine Tätigkeit, die in dem Vertragsstaat ausgeübt wird, in dem der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens liegt, und dürfen in diesem Staat besteuert werden.

#### **Artikel 16**

##### **Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmitglieder von Gesellschaften auf Aktien oder Kapitalgesellschaften**

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines entsprechenden Organs einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft bezieht, dürfen in diesem anderen Staat besteuert werden. Dies gilt auch für Vergütungen, die ein Komplementär einer in Belgien ansässigen Kommanditgesellschaft auf Aktien bezieht.

(2) Vergütungen, die einer in Absatz 1 genannten Person für eine tageweise Tätigkeit in einer Betriebsstätte gezahlt werden, die in dem Vertragsstaat liegt, in dem die Gesellschaft nicht ansässig ist, dürfen in diesem Staat besteuert werden, wenn die Betriebsstätte die eigentliche Last dieser Vergütungen trägt.

#### **Artikel 17**

##### **Künstler und Sportler**

Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

#### **Artikel 18**

##### **Ruhegehälter**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Bezüge, die auf Grund der Sozialgesetzgebung eines Vertragsstaates von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates gezahlt werden, dürfen jedoch in diesem Staat besteuert werden.

#### **Artikel 19**

##### **Vergütungen und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen**

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts dieses Staates unmittelbar oder aus einem von diesen errichteten Sondervermögen für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der juristischen Person des öffentlichen Rechts erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Empfänger dieser Einkünfte die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzt, ohne gleichzeitig die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates zu besitzen.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden.

## Artikel 20

### Studenten, Lehrlinge und Praktikanten

(1) Zahlungen, die ein Student, ein Lehrling oder ein Praktikant, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(2) Vergütungen, die die in Absatz 1 genannten Personen für eine unselbständige Tätigkeit beziehen, die in dem anderen Staat ausschließlich zu dem Zweck ausgeübt wird, praktische Berufserfahrung zu erwerben, und deren Dauer einen Zeitraum von 183 Tagen im Kalenderjahr nicht überschreitet, dürfen in diesem Staat nicht besteuert werden.

## Artikel 21

### Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit den Einkünften, die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß diese Einkünfte in dem Einkommen enthalten sind, das einer in dem anderen Staat gelegenen und von der in dem erstgenannten Staat ansässigen Person unterhaltenen Betriebstätte oder festen Einrichtung zuzurechnen ist.

## IV. BESTEUERUNG DES VERMÖGENS

### Artikel 22

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf vorbehaltlich des Absatzes 3 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person einschließlich einer Beteiligung – die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebstätte gehört – an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

### Beachte für folgende Bestimmung

vgl. die „synthetisierte“ Version des DBA Belgien plus MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) in Anlage 2

## V. METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

### Artikel 23

(1) Bei Personen, die in Österreich ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus Belgien stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Ziffer 2 fallenden Einkünfte – und die in Belgien gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Österreich von der Besteuerung ausgenommen. Diese Befreiung schränkt das Recht Österreichs nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.
2. Die in Belgien nach diesem Abkommen erhobene Steuer
  - a) von Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind und nicht unter Ziffer 3 fallen,
  - b) von Zinsen, die nach Artikel 11 Absatz 2 zu besteuern sind, und
  - c) von Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absatz 2 zu besteuern sind,

wird auf die von diesen Einkünften in Österreich erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der anteilig auf diese in Belgien steuerpflichtigen Einkünfte entfällt.

3. Auf die Anteile, die auf einen in Österreich ansässigen Gesellschafter einer in Belgien ansässigen offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft vom Gesellschaftsgewinn und vom Gesellschaftsvermögen entfallen, sind die Bestimmungen der Ziffer 1 anzuwenden. Das gleiche gilt für Einkünfte – ausgenommen Einkünfte aus Kapitalinvestitionen –, die eine in Österreich ansässige Person als Gesellschafter einer in Belgien ansässigen Personengesellschaft mit beschränkter Haftung bezieht.
- (2) Bei Personen, die in Belgien ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:
1. Die aus Österreich stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Ziffern 2 und 3 fallenden Einkünfte – und die in Österreich gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Belgien von der Besteuerung ausgenommen. Diese Befreiung schränkt das Recht Belgiens nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.
  2. Bei Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, bei Zinsen, die nach Artikel 11 Absätze 2 oder 7 zu besteuern sind, und bei Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absätze 2 oder 6 zu besteuern sind, wird der im belgischen Recht vorgesehene Pauschbetrag der ausländischen Steuer unter den von diesem Recht geforderten Voraussetzungen und mit dem vorgeschriebenen Steuersatz angerechnet, und zwar auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen, die auf diese Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren entfällt, oder auf die Körperschaftsteuer, die auf diese Zinsen oder Lizenzgebühren entfällt.
  3. a) Gehören einer in Belgien ansässigen Gesellschaft Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen Kapitalgesellschaft, so sind die von der letztgenannten Gesellschaft an sie ausgeschütteten Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, in Belgien von der Körperschaftsteuer befreit, soweit diese Befreiung gewährt würde, wenn die beiden Gesellschaften in Belgien ansässig wären; diese Bestimmung schließt nicht aus, daß von diesen Dividenden die nach belgischem Recht zu zahlende Vorsteuer (précompte mobilier) erhoben wird;
  - b) standen Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen und dort der Körperschaftsteuer unterliegenden Gesellschaft während des ganzen Geschäftsjahres dieser Gesellschaft im ausschließlichen Eigentum einer in Belgien ansässigen Gesellschaft, so kann die letztgenannte Gesellschaft auch von der Vorsteuer befreit werden, die nach belgischem Recht von den Dividenden dieser Aktien oder sonstigen Anteile erhoben wird, sofern sie dies spätestens innerhalb der Frist für die Abgabe der Jahressteuererklärung schriftlich beantragt; in diesem Fall können bei einer Wiederausschüttung die so befreiten Dividenden nicht von den ausgeschütteten Dividenden abgesetzt werden, die der Vorsteuer unterliegen. Diese Bestimmung wird nicht angewendet, wenn sich die belgische Gesellschaft verbindlich für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.  
Falls die Bestimmungen des belgischen Rechts, nach denen der Nettobetrag von Dividenden, die eine in Belgien ansässige Gesellschaft von einer anderen in Belgien ansässigen Gesellschaft erhält, von der Körperschaftsteuer befreit ist, in der Weise geändert werden, daß die Befreiung auf Dividenden beschränkt wird, die auf ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis an der zweiten Gesellschaft entfallen, so wird der vorhergehende Unterabsatz nur auf Dividenden angewendet, die von in Österreich ansässigen Gesellschaften gezahlt werden und auf ein gleich großes Beteiligungsverhältnis an diesen Gesellschaften entfallen.
  4. Ist die ansässige Person eine Gesellschaft – ausgenommen eine Gesellschaft auf Aktien -
    - a) so gilt die unter Ziffer 1 vorgesehene Befreiung auch für die Gesellschafter dieser Gesellschaft, gleichgültig, ob sie in Belgien ansässig sind oder nicht, soweit die Einkünfte oder Vermögensteile dieser Gesellschaft, die nach dem Abkommen in Österreich besteuert werden dürfen, auch in Belgien nach belgischem Recht bei diesen Gesellschaftern – außer als Einkünfte aus investiertem Kapital – besteuert werden dürfen;
    - b) so wird die unter Ziffer 2 vorgesehene Anrechnung in gleichem Maß den Gesellschaftern dieser Gesellschaft gewährt, sofern sich diese für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.
  5. Die in Ziffer 1 vorgesehene Befreiung gilt nicht für Einkünfte einer in Belgien ansässigen Person, die als Gesellschafter an einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht des österreichischen Rechts, die den Ort ihrer

tatsächlichen Geschäftsleitung in Österreich hat, beteiligt ist, wenn diese Einkünfte in dem letztgenannten Staat nach dessen Recht nicht besteuert werden dürfen.

(3) Werden nach dem Recht eines Vertragsstaates Verluste, die ein Unternehmen dieses Staates durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erlitten hat, bei der Besteuerung dieses Unternehmens von seinen Gewinnen, die in dem erstgenannten Staat besteuert werden dürfen, tatsächlich abgezogen, so gilt die in Absatz 1 Ziffer 1 und in Absatz 2 Ziffer 1 vorgesehene Befreiung in dem erstgenannten Staat nicht für die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne aus anderen Besteuerungszeiträumen, soweit diese Gewinne auch in dem anderen Staat auf Grund eines Ausgleichs mit diesen Verlusten nicht besteuert worden sind.

## **VI. BESONDERE BESTIMMUNGEN**

### **Artikel 24**

#### **Gleichbehandlung**

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen;
- b) Gesellschaften, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen,

1. als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt;
2. als hindere sie Belgien daran, den Gesamtbetrag der Gewinne, die einer in diesem Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, über die eine in Österreich ansässige Gesellschaft oder eine Personenvereinigung verfügt, die den Ort ihrer Geschäftsleitung in Österreich hat, zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgeschriebenen Satz zu besteuern, sofern dieser nicht den Höchstsatz übersteigt, der für den Gesamtgewinn oder einen Teilbetrag der Gewinne der in Belgien ansässigen Gesellschaften gilt;
3. als hindere sie Belgien daran, österreichische Staatsbürger, die in Belgien nicht ansässig sind, aber dort über eine Wohnstätte verfügen, mit dem Mindesteinkommen zu besteuern, das sich nach belgischem Recht ergibt und mit dem in Belgien nicht ansässige Personen besteuert werden, die dort über eine Wohnstätte verfügen, gleichgültig, ob sie belgische Staatsbürger sind oder nicht.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

#### **Beachte für folgende Bestimmung**

vgl. die „synthetisierte“ Version des DBA Belgien plus MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) in Anlage 2

### **Artikel 25**

#### **Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden,

die dem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel bei der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem sie ansässig ist, schriftlich einen Antrag auf Überprüfung dieser Besteuerung stellen.

Die Antragstellung ist nur zulässig, wenn sie innerhalb einer Frist von zwei Jahren, von dem Tag an gerechnet, an dem die Besteuerung dieser Person bekanntgegeben oder im Abzugswege vorgenommen worden ist, erfolgt.

(2) Hält die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen sich über die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen und mit ihrem Recht zu vereinbarenden Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere darüber, welche Nachweise die in einem der beiden Staaten ansässigen Personen beizubringen haben, um in dem anderen Staat in den Genuß der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen zu gelangen.

## Artikel 26

### Informationsaustausch

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die durch oder für Rechnung der Vertragsstaaten erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.
2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.
3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,
  - a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
  - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
  - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.
4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches steuerliches Interesse an solchen Informationen hat.
5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Trust, einer Stiftung, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen. Die Steuerverwaltung des

ersuchenden Vertragsstaates ist, ungeachtet etwaiger anderer Bestimmungen des nationalen Steuerrechts, zum Zwecke der Erlangung solcher Informationen berechtigt, die Offenlegung von Informationen zu verlangen sowie Nachforschungen und Anhörungen durchzuführen.

### **Artikel 27**

#### **Verschiedenes**

(1) Das Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern der diplomatischen Vertretungen und der Konsulate nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Für Zwecke des Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat akkreditiert sind und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, als im Entsendestaat ansässig, wenn sie dort auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögenden gleichen Verpflichtungen wie die in diesem Staat ansässigen Personen unterworfen sind.

(3) Das Abkommen gilt weder für internationale Organisationen, ihre Organe oder ihre Beamte noch für Personen, die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates sind, wenn sie sich auf dem Gebiet eines Vertragsstaates befinden und für Zwecke der Steuern vom Einkommen und Vermögen nicht als in dem einen oder dem anderen Vertragsstaat ansässig behandelt werden.

(4) Keine Bestimmung des Abkommens ist so auszulegen,

1. als hindere sie einen Vertragsstaat daran, die Bestimmungen seines innerstaatlichen Rechts über die Verhinderung von Steuerumgehungen und Steuerhinterziehungen anzuwenden;
2. als schränke sie die Besteuerung einer in Belgien ansässigen Gesellschaft im Fall des Rückkaufs ihrer eigenen Aktien oder Anteile oder anlässlich der Aufteilung ihres Gesellschaftsvermögens ein.

(5) Der belgische Minister der Finanzen oder seine hiezu bevollmächtigten Vertreter und der österreichische Bundesminister für Finanzen verkehren für Zwecke der Anwendung des Abkommens unmittelbar miteinander.

## **VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

### **Artikel 28**

#### **Inkrafttreten**

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt am 15. Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und ist anzuwenden:

1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Einkünften, die nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind oder gezahlt werden, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus Veranlagungszeiträumen, die nach dem 31. Dezember desselben Jahres enden;

2. in Österreich:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Einkünften, die den Bezugsberechtigten nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern, die für die Jahre erhoben werden, die dem genannten Jahr folgen.

### **Artikel 29**

#### **Kündigung**

Das Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder Vertragsstaat vom fünften Jahr nach dem Ratifikationsjahr an das Abkommen bis einschließlich 30. Juni jeden Kalenderjahres gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Falle einer Kündigung vor dem 1. Juli eines solchen Jahres wird das Abkommen zum letzten Male angewendet:

1. in Belgien:
  - a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen oder gezahlten Einkünften;
  - b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus den spätestens am 31. Dezember desselben Jahres endenden Veranlagungszeiträumen;
2. in Österreich:
  - a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den den Bezugsberechtigten spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen Einkünften;
  - b) auf die sonstigen für dasselbe Jahr erhobenen Steuern.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 29. Dezember 1971

in zweifacher Urschrift, in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei diese drei Texte gleichermaßen authentisch sind.

## ZUSATZPROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, das heute zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgiens abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integralen Bestandteil des Protokolls bilden.

Zu Artikel 26:

1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:
  - a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
  - b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
  - c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
  - d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
  - e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
  - f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.
2. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).
3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.
4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 – neben den oben angeführten Grundsätzen – auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Brüssel am 10. September 2009 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

**Jahrgang 2018****Ausgegeben am 11. Juni 2018****Teil III**

---

**93. Mehrseitiges Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung**  
(NR: GP XXV RV 1670 AB 1732 S. 190. BR: AB 9848 S. 870.)

---

### 93.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

### **Mehrseitiges Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung**

[Übereinkommen in deutschsprachiger Übersetzung, siehe Anlagen]

[Übereinkommen in englischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Übereinkommen in französischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Vorbehalte und Notifikationen der Republik Österreich in englischer Sprache, siehe Anlagen]

[Vorbehalte und Notifikationen der Republik Österreich in deutschsprachiger Übersetzung, siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 22. September 2017 beim Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Verwahrer des Übereinkommens hinterlegt; das Mehrseitige Übereinkommen tritt gemäß seinem Art. 34 Abs. 1 mit 1. Juli 2018 in Kraft.

Das Mehrseitige Übereinkommen wurde neben Österreich von folgenden Staaten und Hoheitsgebieten ratifiziert: Isle of Man<sup>1</sup>, Jersey<sup>1</sup>, Polen<sup>1</sup> und Slowenien<sup>1</sup>.

### **Kurz**

---

<sup>1</sup> Vorbehalte und Notifikationen anderer Vertragsstaaten sowie Einsprüche und Einwendungen zu diesem Übereinkommen sind in englischer und französischer Sprache auf der Website der OECD unter <http://www.oecd.org/tax/treaties/beps-mli-signatories-and-parties.pdf> abrufbar.

**GENERIERTER TEXT DES MLI UND DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK  
ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH BELGIEN ZUR VERMEIDUNG DER  
DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR REGELUNG BESTIMMTER ANDERER FRAGEN AUF  
DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN  
EINSCHLIEßLICH DER GEWERBESTEUERN UND DER GRUNDSTEUERN**

**Allgemeine haftungsausschließende Erklärung zum generierten Textdokument**

Dieses Dokument stellt den generierten Text für die Anwendung des am 29. Dezember 1971 unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des am 10. September 2009 unterzeichneten Protokolls samt Zusatzprotokoll (das „Abkommen“) und des von der Republik Österreich und dem Königreich Belgien am 7. Juni 2017 unterzeichneten Mehrseitigen Übereinkommens zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (das „MLI“) dar.

Dieses Dokument wurde zwischen den zuständigen Behörden der Republik Österreich und des Königreichs Belgien abgestimmt und spiegelt das gemeinsame Verständnis über die durch das MLI im Abkommen verursachten Veränderungen wider.

Das Dokument wurde auf der Grundlage der von der Republik Österreich am 22. September 2017 und dem Königreich Belgien am 26. Juni 2019 aus Anlass der Ratifikation dem Verwahrer übermittelten Vorbehalte und Notifikationen („MLI-Positionen“) erstellt. Diese MLI-Positionen sind den im MLI vorgesehenen Modifizierungen vorbehalten. Die Modifizierung der MLI-Positionen kann die Wirkung des MLI auf das Abkommen verändern.

Die authentischen Vertragstexte des Abkommens und des MLI sind vorrangig und als einzig maßgebliche Rechtsquellen anzuwenden.

Die Bestimmungen des MLI, welche in Bezug auf die Bestimmungen des Abkommens anwendbar sind, werden in diesem Dokument durchgehend in Form von eingerahmten Feldern im Zusammenhang mit den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens dargestellt. Die eingerahmten Felder, welche die Bestimmungen des MLI enthalten, wurden im Allgemeinen in Übereinstimmung mit der Reihenfolge der Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in das Abkommen eingefügt.

Der Text der Bestimmungen des MLI wurde zur Vereinheitlichung der im MLI verwendeten Begriffe mit jenen des Abkommens (zB „unter das Übereinkommen fallendes Steuerabkommen“ und „Abkommen“, „Vertragspartei dieses Übereinkommens“ und „Vertragsstaaten“) im Interesse des einfacheren Verständnisses der Bestimmungen des MLI verändert. Die Veränderungen der Begriffe dienen der leichteren Lesbarkeit des Dokuments und zielen nicht auf eine Änderung des Inhalts der Bestimmungen des MLI ab. In ähnlicher Weise wurden Teile der Bestimmungen des MLI verändert, die bestehende Bestimmungen des Abkommens umschreiben: umschreibende Wortfolgen wurden durch rechtliche Verweise auf die bestehenden Abkommensbestimmungen im Interesse der leichteren Lesbarkeit ersetzt.

In allen Fällen sind Verweise auf die Bestimmungen des Abkommens oder auf das Abkommen in dem Sinne zu verstehen, dass sie sich auf das Abkommen in der durch das MLI geänderten Fassung beziehen, vorausgesetzt, die Bestimmungen des MLI wurden wirksam.

Hinweise

Die authentischen Texte des MLI und des Abkommens sind über die Webseite des Bundesministeriums für Finanzen abrufbar (<https://www.bmf.gv.at/>).

Die MLI-Positionen der Republik Österreich wurden am 22. September 2017 aus Anlass der Ratifikation und jene des Königreichs Belgien am 26. Juni 2019 aus Anlass der Ratifikation an den Verwahrer übermittelt und sind über die Webseite des Verwahrers des MLI (OECD) abrufbar (<http://www.oecd.org/tax/treaties/beps-ml-signatories-and-parties.pdf>)

## **Haftungsausschließende Erklärung zum Wirksamkeitsbeginn der MLI – Bestimmungen**

### Wirksamkeitsbeginn der Bestimmungen des MLI

Die Bestimmungen des MLI, die auf das Abkommen anzuwenden sind, werden nicht im selben Zeitpunkt wie die ursprünglichen Bestimmungen des Abkommens wirksam. Jede Bestimmung des MLI kann zu unterschiedlichen Zeitpunkten wirksam werden, abhängig von den betroffenen Steuerarten (im Abzugsweg erhobene Steuern oder andere Steuern) und von den Wahlmöglichkeiten, welche die Republik Österreich und das Königreich Belgien in ihren MLI-Positionen ausgeübt haben.

Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde: 22. September 2017 für die Republik Österreich und 26. Juni 2019 für das Königreich Belgien.

Zeitpunkt des Inkrafttretens des MLI: 1. Juli 2018 für die Republik Österreich und 1. Oktober 2019 für das Königreich Belgien.

Dieses Dokument enthält durchgehend spezifische Informationen über den Zeitpunkt, an dem oder nach dem die Bestimmungen des MLI in Bezug auf das Abkommen Wirksamkeit erlangen.

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH  
BELGIEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR REGELUNG  
BESTIMMTER ANDERER FRAGEN AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM  
EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN EINSCHLIEßLICH DER GEWERBESTEUERN UND  
DER GRUNDSTEUERN**

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH

und

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIEN

sind, [ERSETZT durch Artikel 6 Absatz 1 des MLI] [von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern die Doppelbesteuerung zu vermeiden und bestimmte andere Fragen zu regeln,]

*Der folgende Absatz 1 des Artikels 6 des MLI ersetzt den Text betreffend die Absicht zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in der Präambel dieses Abkommens:<sup>1</sup>*

**ARTIKEL 6 DES MLI - ZWECK EINES UNTER DAS ÜBEREINKOMMEN FALLENDEN  
STEUERABKOMMENS**

in der Absicht, in Bezug auf die unter dieses Abkommen fallenden Steuern eine Doppelbesteuerung zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten oder -gebieten ansässigen Personen) zu schaffen,

übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

*(Anm.: Es folgen die Namen der Bevollmächtigten.)*

Diese Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, folgendes vereinbart:

**I. GELTUNGSBEREICH DES ABKOMMENS**

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

---

<sup>1</sup> Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 6 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch die Republik Österreich wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch die Republik Österreich erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen;

und,

gemäß Artikel 35 Absatz 1 des MLI ist Artikel 6 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch das Königreich Belgien wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch das Königreich Belgien erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. April 2020 beginnen.

## **Artikel 2**

### **Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

1. in Belgien:

- a) l'impôt des personnes physiques (die Einkommensteuer der natürlichen Personen);
- b) l'impôt des sociétés (die Körperschaftsteuer);
- c) l'impôt des personnes morales (die Steuer vom Einkommen der nicht gewerblich tätigen juristischen Personen);
- d) l'impôt des non-residents (die Steuer vom Einkommen der beschränkt Steuerpflichtigen), einschließlich der Vorsteuern (précomptes) und der Ergänzungsvorsteuern (compléments de précomptes), der Zuschläge (decimes et centimes additionnels) zu diesen Steuern und Vorsteuern sowie der Gemeindezusatzsteuer (taxe communale additionnelle) zur Einkommensteuer der natürlichen Personen.

2. in Österreich:

- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Vermögensteuer;
- d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches;
- e) die Aufsichtsratsabgabe;
- f) die Gewerbesteuer;
- g) die Grundsteuer;
- h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;
- k) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;
- l) die Sonderabgabe vom Einkommen;
- m) die Sonderabgabe vom Vermögen;
- n) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen;
- o) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen,

gleichgültig, in welcher Form diese Steuern erhoben werden.

(4) Die Bestimmungen des Abkommens über die Besteuerung der Unternehmensgewinne gelten entsprechend für die nicht nach dem Gewinn oder dem Vermögen erhobene Gewerbesteuer.

(5) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

## **II. DEFINITIONEN**

### **Artikel 3**

#### **Allgemeine Definitionen**

(1) Im Sinn dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

1. a) bedeutet der Ausdruck „Belgien“, in geographischem Sinn verwendet, das Gebiet des Königreichs Belgien; er schließt alle Gebiete ein, die außerhalb des Hoheitsgebietes von Belgien liegen und nach der belgischen Gesetzgebung und dem Völkerrecht als Gebiete gelten oder

künftig gelten werden, in denen die Rechte Belgiens hinsichtlich des Meeresbodens und seiner Unterschicht einschließlich deren Bodenschätzen ausgeübt werden können;

- b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“, im gleichen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik Österreich;
2. bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Belgien oder Österreich;
  3. umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
  4. bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder andere Rechtsträger, die als solche in dem Staat, in dem sie ansässig sind, mit ihren Einkünften oder mit ihrem Vermögen besteuert werden;
  5. bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  6. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörden“
    - a) in Belgien: die nach innerstaatlichem Recht zuständige Behörde und
    - b) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

## **Artikel 4**

### **Steuerlicher Wohnsitz**

(1) Im Sinn dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist; er bedeutet ferner Gesellschaften des belgischen Rechts – ausgenommen Gesellschaften auf Aktien –, die sich dafür entschieden haben, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

1. Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
2. Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
3. Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
4. Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemäß Artikel 25 verständigen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## **Artikel 5**

### **Betriebstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

1. einen Ort der Leitung,
2. eine Zweigniederlassung,
3. eine Geschäftsstelle,
4. eine Fabrikationsstätte,
5. eine Werkstätte,

6. ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
7. eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

1. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
2. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
3. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
4. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
5. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinn des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte des Unternehmens als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Für ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaates wird eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat von dem Zeitpunkt an als begründet erachtet, in dem es durch einen Vertreter im Sinn des Absatzes 4 oder durch einen unabhängigen Vertreter, der eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und der diese Vollmacht gewöhnlich ausübt, Prämien im Gebiet dieses Staates einhebt oder gegen in diesem Gebiet gelegene Risiken versichert.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

### **III. BESTEUERUNG DES EINKOMMENS**

#### **Artikel 6**

##### **Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung oder Nutznießung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### **Artikel 7**

##### **Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Gebiet besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens

in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Unbeschadet des Absatzes 3 sind, wenn ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt, in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Bei Fehlen einer ordnungsmäßigen Buchführung oder anderer Beweismittel, die es ermöglichen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaates erzielten Gewinne zu ermitteln, die seiner in dem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, darf die Steuer in diesem anderen Staat insbesondere dadurch festgesetzt werden, daß entsprechend dem Recht dieses anderen Staates die Gewinne zugrunde gelegt werden, die ein ähnliches Unternehmen dieses anderen Staates bei einer gleichen oder ähnlichen Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen üblicherweise erzielen würde.

Unter der im vorstehenden Absatz angeführten Voraussetzung darf der dieser Betriebsstätte zuzurechnende Gewinn auch durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile bestimmt werden, sofern das so ermittelte Ergebnis mit den in diesem Artikel dargelegten Grundsätzen übereinstimmt.

(5) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Einkünfte anzuwenden, die einem stillen Gesellschafter aus seiner Beteiligung an einer „stillen Gesellschaft“ des österreichischen Rechts zufließen.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln des Abkommens behandelt werden, so stehen die Bestimmungen dieses Artikels der Anwendung der Bestimmungen jener Artikel bei der Besteuerung dieser Einkünfte nicht entgegen.

## **Artikel 8**

### **Gewinne von Unternehmen der Seeschifffahrt oder der Luftfahrt**

(1) Abweichend von den Bestimmungen des Artikels 7 Absätze 1 bis 6 dürfen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Allein- oder Hauptunternehmer ansässig ist.

## **Artikel 9**

### **Verbundene Unternehmen**

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

*Der folgende Absatz 1 des Artikels 17 des MLI ist anzuwenden und geht den Bestimmungen dieses Abkommens vor:<sup>2</sup>*

#### ARTIKEL 17 DES MLI – GEGENBERICHTIGUNG

Rechnet ein Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Vertragsstaats Gewinne zu, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem anderen Vertragsstaat besteuert worden ist, und besteuert diese Gewinne entsprechend und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbart hätten, so nimmt dieser andere Vertragsstaat eine entsprechende Berichtigung der Höhe der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei der Ermittlung dieser Berichtigung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen und erforderlichenfalls konsultieren die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander.

### **Artikel 10**

#### **Dividenden**

- (1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Dividenden nicht übersteigen. Die Besteuerung der Gesellschaft hinsichtlich der Gewinne, die zur Zahlung der Dividenden dienen, wird durch diesen Absatz nicht eingeschränkt.
- (3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, wie Einkünfte aus Aktien behandelt werden. Dieser Ausdruck umfaßt auch Einkünfte – selbst wenn sie in der Form von Zinsen gezahlt werden –, die als Einkünfte aus dem Kapitalvermögen zu besteuern sind, das Gesellschafter in Gesellschaften – ausgenommen Gesellschaften auf Aktien –, die in Belgien ansässig sind, investiert haben.
- (4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden, wobei diese Dividenden gemäß dem Recht des anderen Vertragsstaates entweder gesondert oder als Teil des Gewinnes besteuert werden dürfen.
- (5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft außerhalb dieses anderen Staates an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch eine zusätzliche Steuer von dem nichtausgeschütteten Gewinn der Gesellschaft erheben, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die

<sup>2</sup> Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 17 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch die Republik Österreich wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch die Republik Österreich erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen;

und,

gemäß Artikel 35 Absatz 1 des MLI ist Artikel 17 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch das Königreich Belgien wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch das Königreich Belgien erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. April 2020 beginnen.

nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen. Diese Bestimmung hindert den anderen Staat nicht, Dividenden aus einer Beteiligung zu besteuern, die tatsächlich zu einer Betriebsstätte gehört, die von einer im erstgenannten Staat ansässigen Person in diesem anderen Staat unterhalten wird.

## **Artikel 11**

### **Zinsen**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Betrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und, vorbehaltlich des Absatzes 4, aus Forderungen oder Einlagen jeder Art sowie Treffer aus Anleihen und alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, wie Einkünfte aus Darlehen oder Einlagen behandelt werden.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht anzuwenden auf:

1. Zinsen, die nach Artikel 10 Absatz 3 zweiter Satz als Dividenden gelten;
2. Zinsen aus Kundenforderungen, einschließlich Wechselforderungen, für Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gegen Einräumung eines Zahlungszieles erbringt;
3. Kontokorrent- und Vorauszahlungszinsen zwischen Bankunternehmen der beiden Vertragsstaaten;
4. Zinsen aus Geldeinlagen bei Banken, einschließlich öffentlicher Kreditinstitute, über die nicht mit auf Überbringer lautenden Papieren verfügt werden kann.

Die in den Ziffern 2 bis 4 des vorstehenden Unterabsatzes angeführten Zinsen sind, je nach der Lage des Falles, gemäß Artikel 7 oder Artikel 21 zu behandeln.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und das Darlehen, die Forderung oder die Einlage, für die diese Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung oder Einlage, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Zinsen nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen des Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

## **Artikel 12**

### **Lizenzgebühren**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren, die von einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist, dürfen in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages dieser Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme sowie von Filmen und Tonaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen, die nicht unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 darstellen, oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den üblichen Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Lizenzgebühren nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

## **Artikel 13**

### **Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen**

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne sind die Grundsätze des Artikels 7 Absätze 2 und 3 anzuwenden.

Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung jedes anderen Vermögens einschließlich einer Beteiligung – die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte gehört – an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

## **Artikel 14**

### **Freie Berufe**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 und 17 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Staat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der Tätigkeit, die mittels dieser festen Einrichtung ausgeübt wird, zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Wirtschaftstreuhänder.

## **Artikel 15**

### **Unselbständige Arbeit**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 und unter den dort angeführten Vorbehalten dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

1. sie für eine Tätigkeit gezahlt werden, die in dem anderen Staat einschließlich gewöhnlicher Arbeitsunterbrechungen nicht länger als insgesamt 183 Tage während des Kalenderjahres ausgeübt wird, und
2. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
3. die eigentliche Last der Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen wird, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 und unter den in Absatz 1 angeführten Vorbehalten gelten Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit als Vergütungen für eine Tätigkeit, die in dem Vertragsstaat ausgeübt wird, in dem der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens liegt, und dürfen in diesem Staat besteuert werden.

## **Artikel 16**

### **Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmitglieder von Gesellschaften auf Aktien oder Kapitalgesellschaften**

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines entsprechenden Organs einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft bezieht, dürfen in diesem anderen Staat besteuert werden. Dies gilt auch für Vergütungen, die ein Komplementär einer in Belgien ansässigen Kommanditgesellschaft auf Aktien bezieht.

(2) Vergütungen, die einer in Absatz 1 genannten Person für eine tageweise Tätigkeit in einer Betriebsstätte gezahlt werden, die in dem Vertragsstaat liegt, in dem die Gesellschaft nicht ansässig ist, dürfen in diesem Staat besteuert werden, wenn die Betriebsstätte die eigentliche Last dieser Vergütungen trägt.

## **Artikel 17**

### **Künstler und Sportler**

Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

## **Artikel 18**

### **Ruhegehälter**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Bezüge, die auf Grund der Sozialgesetzgebung eines Vertragsstaates von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder von

einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates gezahlt werden, dürfen jedoch in diesem Staat besteuert werden.

## **Artikel 19**

### **Vergütungen und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen**

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts dieses Staates unmittelbar oder aus einem von diesen errichteten Sondervermögen für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der juristischen Person des öffentlichen Rechts erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Empfänger dieser Einkünfte die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzt, ohne gleichzeitig die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates zu besitzen.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden.

## **Artikel 20**

### **Studenten, Lehrlinge und Praktikanten**

(1) Zahlungen, die ein Student, ein Lehrling oder ein Praktikant, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(2) Vergütungen, die die in Absatz 1 genannten Personen für eine unselbständige Tätigkeit beziehen, die in dem anderen Staat ausschließlich zu dem Zweck ausgeübt wird, praktische Berufserfahrung zu erwerben, und deren Dauer einen Zeitraum von 183 Tagen im Kalenderjahr nicht überschreitet, dürfen in diesem Staat nicht besteuert werden.

## **Artikel 21**

### **Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte**

Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit den Einkünften, die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß diese Einkünfte in dem Einkommen enthalten sind, das einer in dem anderen Staat gelegenen und von der in dem erstgenannten Staat ansässigen Person unterhaltenen Betriebstätte oder festen Einrichtung zuzurechnen ist.

## **IV. BESTEUERUNG DES VERMÖGENS**

### **Artikel 22**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf vorbehaltlich des Absatzes 3 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person einschließlich einer Beteiligung – die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebstätte gehört – an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

## V. METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

### Artikel 23

(1) Bei Personen, die in Österreich ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. **[GEÄNDERT durch Artikel 5 Absatz 2 des MLI]** [Die aus Belgien stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Ziffer 2 fallenden Einkünfte – und die in Belgien gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Österreich von der Besteuerung ausgenommen. Diese Befreiung schränkt das Recht Österreichs nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.]

*Der folgende Absatz 2 des Artikels 5 des MLI ist auf Artikel 23 Absatz 1 Ziffer 1 dieses Abkommens in Bezug auf in Österreich ansässige Personen anzuwenden.<sup>3</sup>*

#### ARTIKEL 5 DES MLI - ANWENDUNG VON METHODEN ZUR BESEITIGUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

*(Option A)*

Artikel 23 Absatz 1 Ziffer 1 dieses Abkommens gilt nicht für eine in Österreich ansässige Person, wenn Belgien die Bestimmungen dieses Abkommens so anwendet, dass diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Steuer befreit sind beziehungsweise ist oder der Satz, mit dem diese Einkünfte oder dieses Vermögen besteuert werden können, begrenzt ist. In letzterem Fall gewährt Österreich von der Steuer vom Einkommen oder Vermögen dieser ansässigen Person einen Abzug in Höhe der in Belgien entrichteten Steuer. Dieser Abzug darf jedoch den Teil der vor Gewährung des Abzugs berechneten Steuer nicht übersteigen, der den Einkünften oder Vermögenswerten zugerechnet werden kann, die in Belgien besteuert werden können.

2. Die in Belgien nach diesem Abkommen erhobene Steuer
  - a) von Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind und nicht unter Ziffer 3 fallen,
  - b) von Zinsen, die nach Artikel 11 Absatz 2 zu besteuern sind, und
  - c) von Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absatz 2 zu besteuern sind,wird auf die von diesen Einkünften in Österreich erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der anteilig auf diese in Belgien steuerpflichtigen Einkünfte entfällt.
3. Auf die Anteile, die auf einen in Österreich ansässigen Gesellschafter einer in Belgien ansässigen offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft vom Gesellschaftsgewinn und vom Gesellschaftsvermögen entfallen, sind die Bestimmungen der Ziffer 1 anzuwenden. Das gleiche gilt für Einkünfte – ausgenommen Einkünfte aus Kapitalinvestitionen –, die eine in Österreich ansässige Person als Gesellschafter einer in Belgien ansässigen Personengesellschaft mit beschränkter Haftung bezieht.

(2) Bei Personen, die in Belgien ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus Österreich stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Ziffern 2 und 3 fallenden Einkünfte – und die in Österreich gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Belgien von der Besteuerung ausgenommen. Diese

<sup>3</sup> Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 5 Absatz 2 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch die Republik Österreich wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch die Republik Österreich erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen;

und,

gemäß Artikel 35 Absatz 1 des MLI ist Artikel 5 Absatz 2 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch das Königreich Belgien wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch das Königreich Belgien erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. April 2020 beginnen.

Befreiung schränkt das Recht Belgiens nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.

2. Bei Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, bei Zinsen, die nach Artikel 11 Absätze 2 oder 7 zu besteuern sind, und bei Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absätze 2 oder 6 zu besteuern sind, wird der im belgischen Recht vorgesehene Pauschbetrag der ausländischen Steuer unter den von diesem Recht geforderten Voraussetzungen und mit dem vorgeschriebenen Steuersatz angerechnet, und zwar auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen, die auf diese Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren entfällt, oder auf die Körperschaftsteuer, die auf diese Zinsen oder Lizenzgebühren entfällt.
3. a) Gehören einer in Belgien ansässigen Gesellschaft Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen Kapitalgesellschaft, so sind die von der letztgenannten Gesellschaft an sie ausgeschütteten Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, in Belgien von der Körperschaftsteuer befreit, soweit diese Befreiung gewährt würde, wenn die beiden Gesellschaften in Belgien ansässig wären; diese Bestimmung schließt nicht aus, daß von diesen Dividenden die nach belgischem Recht zu zahlende Vorsteuer (précompte mobilier) erhoben wird;
- b) standen Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen und dort der Körperschaftsteuer unterliegenden Gesellschaft während des ganzen Geschäftsjahres dieser Gesellschaft im ausschließlichen Eigentum einer in Belgien ansässigen Gesellschaft, so kann die letztgenannte Gesellschaft auch von der Vorsteuer befreit werden, die nach belgischem Recht von den Dividenden dieser Aktien oder sonstigen Anteile erhoben wird, sofern sie dies spätestens innerhalb der Frist für die Abgabe der Jahressteuererklärung schriftlich beantragt; in diesem Fall können bei einer Wiederausschüttung die so befreiten Dividenden nicht von den ausgeschütteten Dividenden abgesetzt werden, die der Vorsteuer unterliegen. Diese Bestimmung wird nicht angewendet, wenn sich die belgische Gesellschaft verbindlich für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.  
Falls die Bestimmungen des belgischen Rechts, nach denen der Nettobetrag von Dividenden, die eine in Belgien ansässige Gesellschaft von einer anderen in Belgien ansässigen Gesellschaft erhält, von der Körperschaftsteuer befreit ist, in der Weise geändert werden, daß die Befreiung auf Dividenden beschränkt wird, die auf ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis an der zweiten Gesellschaft entfallen, so wird der vorhergehende Unterabsatz nur auf Dividenden angewendet, die von in Österreich ansässigen Gesellschaften gezahlt werden und auf ein gleich großes Beteiligungsverhältnis an diesen Gesellschaften entfallen.
4. Ist die ansässige Person eine Gesellschaft – ausgenommen eine Gesellschaft auf Aktien -
  - a) so gilt die unter Ziffer 1 vorgesehene Befreiung auch für die Gesellschafter dieser Gesellschaft, gleichgültig, ob sie in Belgien ansässig sind oder nicht, soweit die Einkünfte oder Vermögensteile dieser Gesellschaft, die nach dem Abkommen in Österreich besteuert werden dürfen, auch in Belgien nach belgischem Recht bei diesen Gesellschaftern – außer als Einkünfte aus investiertem Kapital – besteuert werden dürfen;
  - b) so wird die unter Ziffer 2 vorgesehene Anrechnung in gleichem Maß den Gesellschaftern dieser Gesellschaft gewährt, sofern sich diese für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.
5. Die in Ziffer 1 vorgesehene Befreiung gilt nicht für Einkünfte einer in Belgien ansässigen Person, die als Gesellschafter an einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht des österreichischen Rechts, die den Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung in Österreich hat, beteiligt ist, wenn diese Einkünfte in dem letztgenannten Staat nach dessen Recht nicht besteuert werden dürfen.

(3) Werden nach dem Recht eines Vertragsstaates Verluste, die ein Unternehmen dieses Staates durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erlitten hat, bei der Besteuerung dieses Unternehmens von seinen Gewinnen, die in dem erstgenannten Staat besteuert werden dürfen, tatsächlich abgezogen, so gilt die in Absatz 1 Ziffer 1 und in Absatz 2 Ziffer 1 vorgesehene Befreiung in dem erstgenannten Staat nicht für die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne aus anderen Besteuerungszeiträumen, soweit diese Gewinne auch in dem anderen Staat auf Grund eines Ausgleichs mit diesen Verlusten nicht besteuert worden sind.

## VI. BESONDERE BESTIMMUNGEN

### Artikel 24

#### Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen;
- b) Gesellschaften, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen,

1. als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt;
2. als hindere sie Belgien daran, den Gesamtbetrag der Gewinne, die einer in diesem Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, über die eine in Österreich ansässige Gesellschaft oder eine Personenvereinigung verfügt, die den Ort ihrer Geschäftsleitung in Österreich hat, zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgeschriebenen Satz zu besteuern, sofern dieser nicht den Höchstsatz übersteigt, der für den Gesamtgewinn oder einen Teilbetrag der Gewinne der in Belgien ansässigen Gesellschaften gilt;
3. als hindere sie Belgien daran, österreichische Staatsbürger, die in Belgien nicht ansässig sind, aber dort über eine Wohnstätte verfügen, mit dem Mindesteinkommen zu besteuern, das sich nach belgischem Recht ergibt und mit dem in Belgien nicht ansässige Personen besteuert werden, die dort über eine Wohnstätte verfügen, gleichgültig, ob sie belgische Staatsbürger sind oder nicht.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

### Artikel 25

#### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die dem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel bei der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem sie ansässig ist, schriftlich einen Antrag auf Überprüfung dieser Besteuerung stellen.

**[ERSETZT durch Artikel 16 Absatz 1, zweiter Satz des MLI]** [Die Antragstellung ist nur zulässig, wenn sie innerhalb einer Frist von zwei Jahren, von dem Tag an gerechnet, an dem die Besteuerung dieser Person bekanntgegeben oder im Abzugswege vorgenommen worden ist, erfolgt.]

*Der folgende zweite Satz des Absatzes 1 des Artikels 16 des MLI ersetzt den zweiten Satz des Absatzes 1 des Artikels 25 dieses Abkommens:<sup>4</sup>*

<sup>4</sup> Gemäß Artikel 35 Absatz 4 des MLI gilt Artikel 16 des MLI in Bezug auf dieses Abkommen nur für einen Fall, welcher der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats am oder nach dem 1. Oktober 2019 vorgelegt wird, mit Ausnahme der Fälle, deren Vorlage bis zu diesem Tag im Rahmen dieses Abkommens vor dessen Änderung durch das MLI nicht möglich war, unabhängig von dem Veranlagungszeitraum, auf den sich der Fall bezieht.

#### ARTIKEL 16 DES MLI – VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme vorgelegt werden, die zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

*Der folgende zweite Satz des Absatzes 2 des Artikels 16 des MLI ist auf dieses Abkommen anzuwenden.<sup>5</sup>*

#### ARTIKEL 16 DES MLI – VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

Jede erzielte Verständigungsregelung ist ungeachtet jeglicher im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten vorgesehener Fristen umzusetzen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

*Der folgende Absatz 3 des Artikels 16 des MLI ist auf dieses Abkommen anzuwenden.<sup>6</sup>*

#### ARTIKEL 16 DES MLI – VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens durch Verständigung auszuräumen. Sie können auch gemeinsam beraten, um eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht vorgesehen sind, zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen sich über die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen und mit ihrem Recht zu vereinbarenden Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere darüber, welche Nachweise die in einem der beiden Staaten ansässigen Personen beizubringen haben, um in dem anderen Staat in den Genuß der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen zu gelangen.

*Der folgende Teil VI des MLI ist auf dieses Abkommen anzuwenden.<sup>7</sup>*

#### TEIL VI DES MLI (SCHIEDSVERFAHREN)

*Absätze 1 bis 10 und 12 des Artikels 19 (Obligatorisches verbindliches Schiedsverfahren) des MLI*

(1) Wenn

a) eine Person aufgrund Artikel 25 Absatz 1 dieses Abkommens der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats einen Fall vorgelegt hat, weil die Maßnahmen eines oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung geführt haben, und

b) die zuständigen Behörden nicht innerhalb von drei Jahren ab dem in Artikel 19 Absatz 8 oder, je nach Sachlage, Absatz 9 des MLI genannten Fristbeginn (es sei denn, die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben vor Ablauf dieser Frist eine andere Frist für diesen Fall vereinbart und die Person, die den Fall vorgelegt hat, darüber unterrichtet) eine Verständigungsregelung zur Regelung des Falles nach Artikel 25 Absatz 2 dieses Abkommens erzielen können,

werden auf schriftlichen Antrag der Person noch offene Fragen des Falles auf die in diesem Teil beschriebene Weise und im Einklang mit den von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nach Artikel 19 Absatz 10 des MLI vereinbarten Vorschriften oder Verfahren einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) Hat eine zuständige Behörde das in Artikel 19 Absatz 1 des MLI erwähnte Verständigungsverfahren ausgesetzt, da bei einem Gericht ein Fall betreffend eine oder mehrere gleiche Fragen anhängig ist, so ist der Lauf der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist

<sup>5</sup> Siehe Fußnote 4.

<sup>6</sup> Siehe Fußnote 4.

<sup>7</sup> Gemäß Artikel 36 Absatz 1 des MLI gilt Teil VI (Schiedsverfahren) des MLI in Bezug auf dieses Abkommen nur für einen Fall, welcher der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats am oder nach dem 1. Oktober 2019 vorgelegt wird. Gemäß Artikel 36 Absatz 2 des MLI gilt Teil VI (Schiedsverfahren) des MLI nur insoweit für einen Fall, welcher der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats vor dem 1. Oktober 2019 vorgelegt wird, als die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten übereinkommen, dass er für diesen bestimmten Fall gilt.

gehemmt, bis entweder eine abschließende Gerichtsentscheidung ergangen ist oder der Fall eingestellt oder zurückgezogen wurde. Auch wenn eine Person, die einen Fall vorgelegt hat, und eine zuständige Behörde eine Aussetzung des Verständigungsverfahrens vereinbart haben, ist der Lauf der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist gehemmt, bis die Aussetzung aufgehoben wurde.

(3) Kommen beide zuständigen Behörden überein, dass eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person es versäumt hat, zusätzliche wesentliche Informationen, die nach Beginn der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist von einer der beiden zuständigen Behörden angefordert wurden, rechtzeitig bereitzustellen, so wird die in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehene Frist um eine Dauer verlängert, die dem Zeitraum entspricht, der an dem Tag beginnt, bis zu dem die Informationen angefordert waren, und an dem Tag endet, an dem sie bereitgestellt wurden.

(4) a) Der Schiedsspruch über die einem Schiedsverfahren unterworfenen Fragen wird durch die Verständigungsregelung in Bezug auf den in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannten Fall umgesetzt. Der Schiedsspruch ist endgültig.

b) Der Schiedsspruch ist für beide Vertragsstaaten verbindlich, es sei denn,

i) eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person erkennt die Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, nicht an. In diesem Fall kommt der Fall für eine weitere Prüfung durch die zuständigen Behörden nicht in Betracht. Die Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch über den Fall umgesetzt wird, gilt als von einer unmittelbar von dem Fall betroffenen Person nicht anerkannt, sofern nicht eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person innerhalb von 60 Tagen nach Übermittlung der Mitteilung über die Verständigungsregelung an die Person alle in der Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, geklärten Fragen von der Prüfung durch ein Gericht zurückzieht oder alle gegebenenfalls anhängigen Gerichtsverfahren und außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren in Bezug auf diese Fragen in einer mit dieser Verständigungsregelung übereinstimmenden Weise beendet;

ii) der Schiedsspruch wird in einer abschließenden Entscheidung der Gerichte eines der Vertragsstaaten für ungültig erklärt. In diesem Fall gilt der Schiedsantrag nach Artikel 19 Absatz 1 des MLI als nicht gestellt und das Schiedsverfahren als nicht durchgeführt (außer für die Zwecke der Artikel 21 (Vertraulichkeit von Schiedsverfahren) und 25 (Kosten von Schiedsverfahren) des MLI. In diesem Fall kann ein neuer Schiedsantrag gestellt werden, sofern die zuständigen Behörden nicht übereinkommen, dass ein solcher neuer Antrag nicht zulässig sein soll;

iii) eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person strengt ein Gerichtsverfahren zu den in der Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, geklärten Fragen an.

(5) Die zuständige Behörde, bei welcher der ursprüngliche Antrag auf ein Verständigungsverfahren nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des MLI eingegangen ist, übermittelt innerhalb von zwei Kalendermonaten nach Eingang des Antrags

a) eine Mitteilung über den Eingang des Antrags an die Person, die den Fall vorgelegt hat, sowie

b) eine Mitteilung über diesen Antrag mit einer Abschrift desselben an die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats.

(6) Innerhalb von drei Kalendermonaten, nachdem eine zuständige Behörde den Antrag auf ein Verständigungsverfahren (oder eine Abschrift desselben von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats) erhalten hat, wird sie

a) entweder der Person, die den Fall vorgelegt hat, und der anderen zuständigen Behörde mitteilen, dass sie die für eine sachliche Prüfung des Falles erforderlichen Informationen erhalten hat, oder

b) zu diesem Zweck von dieser Person zusätzliche Informationen anfordern.

(7) Haben nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI eine oder beide zuständigen Behörden von der Person, die den Fall vorgelegt hat, zusätzliche Informationen angefordert, die für eine sachliche Prüfung des Falles erforderlich sind, so teilt die zuständige Behörde, welche die zusätzlichen Informationen angefordert hat, dieser Person und der anderen zuständigen Behörde innerhalb von drei Kalendermonaten nach Erhalt der zusätzlichen Informationen von dieser Person entweder mit,

a) dass sie die angeforderten Informationen erhalten hat

b) oder dass einige der angeforderten Informationen noch fehlen.

(8) Hat keine der beiden zuständigen Behörden nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI zusätzliche Informationen angefordert, so ist der in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannte Fristbeginn der frühere der beiden folgenden Tage:

a) der Tag, an dem beide zuständigen Behörden der Person, die den Fall vorgelegt hat, eine Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe a des MLI übermittelt haben, oder

b) der Tag, der drei Kalendermonate nach der Mitteilung an die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats nach Artikel 19 Absatz 5 Buchstabe b des MLI liegt.

(9) Wurden nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI zusätzliche Informationen angefordert, so ist der in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannte Fristbeginn der frühere der beiden folgenden Tage:

a) der letzte Tag, an dem die zuständigen Behörden, die zusätzliche Informationen angefordert haben, der Person, die den Fall vorgelegt hat, und der anderen zuständigen Behörde eine Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 7 Buchstabe a des MLI übermittelt haben, oder

b) der Tag, der drei Kalendermonate nach dem Zeitpunkt liegt, zu dem beide zuständigen Behörden von der Person, die den Fall vorgelegt hat, alle von einer der beiden zuständigen Behörden angeforderten Informationen erhalten haben.

Übermitteln jedoch eine oder beide zuständigen Behörden die Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 7 Buchstabe b des MLI, so gilt diese als Anforderung zusätzlicher Informationen nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI.

(10) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln durch Verständigung nach Artikel 25 dieses Abkommens, wie dieser Teil anzuwenden ist und welche Informationen jede zuständige Behörde für eine sachliche Prüfung des Falles mindestens benötigt. Diese Verständigungsregelung ist vor dem Tag zu treffen, an dem noch offene Fragen im Rahmen eines Falles erstmals in Betracht kommen, einem Schiedsverfahren unterworfen zu werden, und kann danach erforderlichenfalls geändert werden.

(12) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Artikels des MLI

a) darf eine noch offene Frage die sich aus einem Fall ergibt, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist und der anderenfalls in den Anwendungsbereich des in diesem Abkommen vorgesehenen Schiedsverfahrens fallen würde, nicht einem Schiedsverfahren unterworfen werden, wenn in einem der beiden Vertragsstaaten bereits eine Gerichtsentscheidung zu dieser Frage ergangen ist;

b) endet das Schiedsverfahren, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt nach Stellung eines Schiedsantrags und vor Übermittlung des Schiedsspruchs an die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch die Schiedsstelle in einem der Vertragsstaaten eine Gerichtsentscheidung zu der Frage ergeht.

#### *Artikel 20 (Bestellung der Schiedsrichter) des MLI*

(1) Soweit sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht auf andere Vorschriften verständigen, gelten für die Zwecke dieses Teiles die Absätze 2 bis 4 des Artikels 20 des MLI.

(2) Für die Bestellung der Mitglieder einer Schiedsstelle gelten folgende Vorschriften:

a) Die Schiedsstelle besteht aus drei Einzelmitgliedern mit Fachkenntnis oder Erfahrung auf dem Gebiet internationaler Steuersachen.

b) Jede zuständige Behörde bestellt innerhalb von 60 Tagen nach dem Tag des aufgrund des Artikels 19 Absatz 1 des MLI gestellten Schiedsantrags ein Mitglied der Schiedsstelle. Die beiden auf diese Weise bestellten Mitglieder der Schiedsstelle bestellen innerhalb von 60 Tagen nach der letzten dieser beiden Bestellungen ein drittes Mitglied, das den Vorsitz der Schiedsstelle ausübt. Der Vorsitzende darf nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten oder in einem der beiden Vertragsstaaten ansässig sein.

c) Jedes bestellte Mitglied der Schiedsstelle muss zum Zeitpunkt der Annahme einer Bestellung unparteilich und von den zuständigen Behörden, Steuerverwaltungen und Finanzministerien der Vertragsstaaten sowie allen unmittelbar von dem Fall betroffenen Personen (und deren Beratern) unabhängig sein, während des gesamten Verfahrens seine Unparteilichkeit und Unabhängigkeit wahren und während eines angemessenen Zeitraums danach jedes Verhalten vermeiden, das Anlass zu Zweifeln an der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Schiedsrichter in Bezug auf das Verfahren geben kann.

(3) Versäumt es die zuständige Behörde eines Vertragsstaats, in der Weise und innerhalb der Frist, die in Artikel 20 Absatz 2 des MLI genannt oder zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart sind, ein Mitglied der Schiedsstelle zu bestellen, so wird durch den ranghöchsten Funktionsträger des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist, im Namen dieser zuständigen Behörde ein Mitglied bestellt.

(4) Versäumen es die beiden ersten Mitglieder der Schiedsstelle, in der Weise und innerhalb der Frist, die in Artikel 20 Absatz 2 des MLI genannt oder zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart sind, den Vorsitzenden zu bestellen, so wird der Vorsitzende durch den ranghöchsten Funktionsträger des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bestellt, der nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

*Artikel 21 (Vertraulichkeit von Schiedsverfahren) des MLI*

(1) Mitglieder der Schiedsstelle und höchstens drei Mitarbeiter je Mitglied (sowie vorgesehene Schiedsrichter, jedoch nur, soweit dies für die Überprüfung ihrer Fähigkeit zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Schiedsrichter erforderlich ist) gelten ausschließlich für die Anwendung dieses Teiles und dieses Abkommens sowie der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten in Bezug auf Informationsaustausch, Vertraulichkeit und Amtshilfe als Personen oder Behörden, an die Informationen weitergegeben werden dürfen. Informationen, welche die Schiedsstelle oder vorgesehene Schiedsrichter erhalten, sowie Informationen, welche die zuständigen Behörden von der Schiedsstelle erhalten, gelten als nach den Bestimmungen dieses Abkommens in Bezug auf Informationsaustausch und Amtshilfe ausgetauschte Informationen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten stellen sicher, dass Mitglieder der Schiedsstelle und ihre Mitarbeiter sich vor ihrem Tätigwerden im Rahmen eines Schiedsverfahrens schriftlich verpflichten, Informationen zum Schiedsverfahren im Einklang mit den in den Bestimmungen dieses Abkommens in Bezug auf Informationsaustausch und Amtshilfe beschriebenen und den im anwendbaren Recht der Vertragsstaaten vorgesehenen Vertraulichkeits- und Geheimhaltungspflichten zu behandeln.

*Artikel 22 (Regelung eines Falles vor Abschluss des Schiedsverfahrens) des MLI*

Für die Zwecke dieses Teiles und der Bestimmungen dieses Abkommens zur Regelung von Fällen durch Verständigung enden das Verständigungsverfahren und das Schiedsverfahren in Bezug auf einen Fall, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt nach Stellung eines Schiedsantrags und vor Übermittlung des Schiedsspruchs an die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch die Schiedsstelle

- a) die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten den Fall durch Verständigung regeln oder
- b) die Person, die den Fall vorgelegt hat, den Schiedsantrag oder den Antrag auf ein Verständigungsverfahren zurückzieht.

*Absatz 1 des Artikels 23 (Art des Schiedsverfahrens) des MLI*  
*(Option 1 – endgültiger Regelungsvorschlag)*

(1) Soweit sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht auf andere Vorschriften verständigen, gelten bei einem Schiedsverfahren nach diesem Teil folgende Vorschriften:

a) Nachdem ein Fall einem Schiedsverfahren unterworfen wurde, legt die zuständige Behörde jedes Vertragsstaats der Schiedsstelle bis zu einem vereinbarten Tag einen Regelungsvorschlag vor, in dem alle noch offenen Fragen des Falles behandelt werden (unter Berücksichtigung aller zuvor zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in diesem Fall erzielten Verständigungsregelungen). Der Regelungsvorschlag ist für jede Berichtigung oder vergleichbare Frage des Falles auf die Festlegung bestimmter Geldbeträge (zum Beispiel von Einkünften oder Aufwendungen) oder, wenn angegeben, des höchsten aufgrund dieses Abkommens erhobenen Steuersatzes zu beschränken. Konnten die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in einem Fall über eine Frage betreffend die Voraussetzungen für die Anwendung einer Bestimmung dieses Abkommens (im Folgenden als „Schwellenfrage“ bezeichnet) keine Verständigungsregelung erzielen, zum Beispiel darüber, ob eine natürliche Person eine ansässige Person ist oder ob eine Betriebsstätte besteht, so können die zuständigen Behörden alternative Regelungsvorschläge zu Fragen vorlegen, bei denen die Entscheidung von der Regelung dieser Schwellenfragen abhängt.

b) Die zuständige Behörde jedes Vertragsstaats kann außerdem ein erläuterndes Positionspapier zur Prüfung durch die Schiedsstelle vorlegen. Jede zuständige Behörde, die einen Regelungsvorschlag oder ein erläuterndes Positionspapier vorlegt, übermittelt der anderen zuständigen Behörde bis zu dem Tag, bis zu dem der Regelungsvorschlag und das erläuternde Positionspapier vorgelegt werden müssen, eine Abschrift. Jede zuständige Behörde kann der Schiedsstelle außerdem bis zu einem vereinbarten Tag eine Erwiderung zu dem von der anderen zuständigen Behörde vorgelegten Regelungsvorschlag und erläuternden Positionspapier übermitteln. Der anderen zuständigen Behörde wird bis zu dem Tag, bis zu dem die Erwiderung vorgelegt werden muss, eine Abschrift davon übermittelt.

c) Die Schiedsstelle wählt als Entscheidung einen der von den zuständigen Behörden in Bezug auf jede Frage und eventuelle Schwellenfragen vorgelegten Regelungsvorschläge für den Fall aus und

nimmt in ihre Entscheidung keine Begründung oder sonstige Erläuterung auf. Der Schiedsspruch wird mit einfacher Mehrheit der Mitglieder der Schiedsstelle erlassen. Die Schiedsstelle übermittelt den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten schriftlich ihre Entscheidung. Der Schiedsspruch hat keine Präzedenzwirkung.

*Artikel 25 (Kosten von Schiedsverfahren) des MLI*

In einem Schiedsverfahren nach diesem Teil werden die Vergütungen und Aufwendungen der Mitglieder der Schiedsstelle sowie sämtliche den Vertragsstaaten im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren entstandenen Kosten von den Vertragsstaaten in einer zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch Verständigung zu regelnden Weise getragen. In Ermangelung einer entsprechenden Verständigungsregelung trägt jeder Vertragsstaat seine eigenen Aufwendungen und die seines bestellten Mitglieds der Schiedsstelle. Die Kosten des Vorsitzenden der Schiedsstelle und sonstige mit der Durchführung des Schiedsverfahrens verbundene Aufwendungen tragen die Vertragsstaaten zu gleichen Teilen.

*Absätze 2 und 3 des Artikels 26 (Vereinbarkeit) des MLI*

(2) Jede noch offene Frage, die sich aus einem Fall ergibt, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist und der anderenfalls in den Anwendungsbereich des in diesem Teil vorgesehenen Schiedsverfahrens fallen würde, wird nicht einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn die Frage im Rahmen eines Falles zu betrachten ist, für den in Übereinstimmung mit einer zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft, die für noch offene Fragen, die sich aus einem Fall ergeben, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist, ein obligatorisches verbindliches Schiedsverfahren vorsieht, bereits eine Schiedsstelle oder ein ähnliches Gremium eingerichtet wurde.

(3) Dieser Teil berührt nicht die Erfüllung weiter reichender Verpflichtungen, die sich in Bezug auf das Schiedsverfahren für noch offene Fragen im Rahmen eines Verständigungsverfahrens aus anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten als Vertragsparteien angehören oder angehören werden, ergeben können.

*Absatz 2 Buchstabe a des Artikels 28 (Vorbehalte) des MLI*

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe a des MLI bringt die Republik Österreich den nachstehenden Vorbehalt in Bezug auf die Art der Fälle an, die nach Teil VI einem Schiedsverfahren unterworfen werden können.

Die Republik Österreich behält sich vor, Fälle, die die Anwendung ihrer in der Bundesabgabenordnung enthaltenen innerstaatlichen allgemeinen Missbrauchsregeln, insbesondere die §§ 21 und 22, zur Folge haben, vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen. Dies gilt auch für alle nachträglichen Bestimmungen, mit denen diese Missbrauchsregeln ersetzt, abgeändert oder aktualisiert werden. Die Republik Österreich notifiziert dem Verwahrer alle derartigen nachträglichen Bestimmungen.

## **Artikel 26**

### **Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die durch oder für Rechnung der Vertragsstaaten erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches steuerliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Trust, einer Stiftung, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen. Die Steuerverwaltung des ersuchenden Vertragsstaates ist, ungeachtet etwaiger anderer Bestimmungen des nationalen Steuerrechts, zum Zwecke der Erlangung solcher Informationen berechtigt, die Offenlegung von Informationen zu verlangen sowie Nachforschungen und Anhörungen durchzuführen.

## Artikel 27

### Verschiedenes

(1) Das Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern der diplomatischen Vertretungen und der Konsulate nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Für Zwecke des Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat akkreditiert sind und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, als im Entsendestaat ansässig, wenn sie dort auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögenden gleichen Verpflichtungen wie die in diesem Staat ansässigen Personen unterworfen sind.

(3) Das Abkommen gilt weder für internationale Organisationen, ihre Organe oder ihre Beamte noch für Personen, die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates sind, wenn sie sich auf dem Gebiet eines Vertragsstaates befinden und für Zwecke der Steuern vom Einkommen und Vermögen nicht als in dem einen oder dem anderen Vertragsstaat ansässig behandelt werden.

(4) Keine Bestimmung des Abkommens ist so auszulegen,

1. als hindere sie einen Vertragsstaat daran, die Bestimmungen seines innerstaatlichen Rechts über die Verhinderung von Steuerumgehungen und Steuerhinterziehungen anzuwenden;
2. als schränke sie die Besteuerung einer in Belgien ansässigen Gesellschaft im Fall des Rückkaufs ihrer eigenen Aktien oder Anteile oder anlässlich der Aufteilung ihres Gesellschaftsvermögens ein.

(5) Der belgische Minister der Finanzen oder seine hiezu bevollmächtigten Vertreter und der österreichische Bundesminister für Finanzen verkehren für Zwecke der Anwendung des Abkommens unmittelbar miteinander.

*Der folgende Absatz 1 des Artikels 7 des MLI ist anzuwenden und geht den Bestimmungen dieses Abkommens vor:<sup>8</sup>*

<sup>8</sup> Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 7 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch die Republik Österreich wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
- b) bei allen anderen durch die Republik Österreich erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen;

und,

gemäß Artikel 35 Absatz 1 des MLI ist Artikel 7 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens durch das Königreich Belgien wirksam:

**ARTIKEL 7 DES MLI – VERHINDERUNG VON ABKOMMENSMISSBRAUCH**  
*(Principal Purposes Test)*

Ungeachtet der Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach diesem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte oder Vermögenswerte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang steht.

**VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

**Artikel 28**

**Inkrafttreten**

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt am 15. Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und ist anzuwenden:

1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Einkünften, die nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind oder gezahlt werden, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus Veranlagungszeiträumen, die nach dem 31. Dezember desselben Jahres enden;

2. in Österreich:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von Einkünften, die den Bezugsberechtigten nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern, die für die Jahre erhoben werden, die dem genannten Jahr folgen.

**Artikel 29**

**Kündigung**

Das Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder Vertragsstaat vom fünften Jahr nach dem Ratifikationsjahr an das Abkommen bis einschließlich 30. Juni jeden Kalenderjahres gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Falle einer Kündigung vor dem 1. Juli eines solchen Jahres wird das Abkommen zum letzten Male angewendet:

1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen oder gezahlten Einkünften;
- b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus den spätestens am 31. Dezember desselben Jahres endenden Veranlagungszeiträumen;

2. in Österreich:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den den Bezugsberechtigten spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen Einkünften;
- b) auf die sonstigen für dasselbe Jahr erhobenen Steuern.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

- 
- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2020 eintritt; und
  - b) bei allen anderen durch das Königreich Belgien erhobenen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. April 2020 beginnen.

GESCHEHEN zu Wien, am 29. Dezember 1971

in zweifacher Urschrift, in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei diese drei Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:  
Hammerschmidt

Für das Königreich Belgien:  
Puttevils

### ZUSATZPROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, das heute zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgiens abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integralen Bestandteil des Protokolls bilden.

Zu Artikel 26:

1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).

3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 – neben den oben angeführten Grundsätzen – auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Brüssel am 10. September 2009 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:  
Andreas SCHIEDER m.p.

Für das Königreich Belgien:  
Didier REYNDERS m.p.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2016

Ausgegeben am 14. Jänner 2016

Teil III

---

**7. Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien und Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern**  
(NR: GP XXIV RV 445 AB 510 S. 51. BR: AB 8264 S. 780.)

---

### 7.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien und Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern**

[Protokoll und Zusatzprotokoll in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Protokoll und Zusatzprotokoll in französischer Sprache siehe Anlagen]

[Protokoll und Zusatzprotokoll in niederländischer Sprache siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 2 des Protokolls erfolgten am 28. Jänner 2010 bzw. 21. Dezember 2015; das Protokoll und das Zusatzprotokoll treten demnach mit 1. März 2016 in Kraft.

**Faymann**

PROTOKOLL  
ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH  
UND  
DEM KÖNIGREICH BELGIEN  
UND ZUSATZPROTOKOLL  
ZUR ABÄNDERUNG DES AM 29. DEZEMBER 1971 IN WIEN UNTERZEICHNETEN  
ABKOMMENS ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR  
REGELUNG BESTIMMTER ANDERER FRAGEN AUF DEM GEBIETE DER  
STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN EINSCHLIESSLICH DER  
GEWERBESTEUERN UND DER GRUNDSTEUERN

Die Republik Österreich und das Königreich Belgien, von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll und ein Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern<sup>1</sup> (im Folgenden „Abkommen“ genannt) abzuschließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

---

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 415/1973.

## Artikel 1

Artikel 26 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

### “Artikel 26

#### Informationsaustausch

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die durch oder für Rechnung der Vertragsstaaten erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches steuerliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Trust, einer Stiftung, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen. Die Steuerverwaltung des ersuchenden Vertragsstaates ist, ungeachtet etwaiger anderer Bestimmungen des nationalen Steuerrechts, zum Zwecke der Erlangung solcher Informationen berechtigt, die Offenlegung von Informationen zu verlangen sowie Nachforschungen und Anhörungen durchzuführen."

## Artikel 2

Jeder der Vertragsstaaten informiert den anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg über den Abschluss des Verfahrens, das aufgrund des jeweiligen nationalen Rechts für das Inkrafttreten dieses Protokolls erforderlich ist. Das Protokoll tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der oben genannten Mitteilungen folgt. Die Bestimmungen des Protokolls finden Anwendung:

a) betreffend im Abzugsweg erhobene Steuern, auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Jahres bezogen wurden oder fällig geworden sind, das dem Jahr folgt, in welchem das Protokoll in Kraft getreten ist;

b) betreffend sonstiger Steuern, auf Einkünfte aus Veranlagungszeiträumen, die am oder nach dem 1. Jänner des Jahres beginnen, das dem Jahr folgt, in welchem das Protokoll in Kraft getreten ist;

c) betreffend sonstiger anderer Steuern, die durch oder für einen Vertragsstaat erhoben werden, auf jede andere Steuerschuld im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Ereignissen, die am oder nach dem 1. Jänner des Jahres stattfinden, das dem Jahr folgt, in welchem das Protokoll in Kraft getreten ist.

### Artikel 3

Dieses Protokoll, das einen Bestandteil des Abkommens bildet, soll so lange in Kraft bleiben, wie das Abkommen in Kraft ist und soll so lange Anwendung finden wie das Abkommen selbst anwendbar ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Brüssel am 10. September 2009 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik  
Österreich:  
Andreas SCHIEDER m.p.

Für das Königreich  
Belgien:  
Didier REYNDERS m.p.

## ZUSATZPROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, das heute zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgiens abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integralen Bestandteil des Protokolls bilden.

Zu Artikel 26:

1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen ("fishing expeditions").

3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 – neben den oben angeführten Grundsätzen – auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Brüssel am 10. September 2009 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik  
Österreich:  
Andreas SCHIEDER m.p.

Für das Königreich  
Belgien:  
Didier REYNDERS m.p.

PROTOCOLE  
ENTRE  
LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE  
ET  
LE ROYAUME DE BELGIQUE  
  
ET PROTOCOLE ADDITIONNEL  
MODIFIANT LA CONVENTION EN VUE D'EVITER LES DOUBLES IMPOSITIONS  
ET DE REGLER CERTAINES AUTRES QUESTIONS,  
EN MATIERE D'IMPOTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE  
Y COMPRIS L'IMPOT SUR LES EXPLOITATIONS ET LES IMPOTS FONCIERS,  
SIGNEE A VIENNE LE 29 DECEMBRE 1971

La Republique d'Autriche

et

le Royaume de Belgique,

DESIREUX de conclure un Protocole et un Protocole additionnel modifiant la Convention en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris l'impôt sur les exploitations et les impôts fonciers, signée à Vienne le 29 décembre 1971, (ci-après dénommée "la Convention"),

Sont convenus des dispositions suivantes:

## Article 1

L'article 26 de la Convention est supprimé et remplacé par les dispositions suivantes:

### *"ARTICLE 26*

#### *Echange de renseignements*

1. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements vraisemblablement pertinents pour appliquer les dispositions de la présente Convention ou pour l'administration ou l'application de la législation interne relative aux impôts de toute nature ou dénomination perçus par ou pour le compte des Etats contractants dans la mesure où l'imposition qu'elle prévoit n'est pas contraire à la Convention. L'échange de renseignements n'est pas restreint par les articles 1 et 2.
2. Les renseignements reçus en vertu du paragraphe 1er par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts mentionnés au paragraphe 1er, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts, ou par le contrôle de ce qui précède. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent révéler ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements. Nonobstant ce qui précède, les renseignements reçus par un Etat contractant peuvent être utilisés à d'autres fins lorsque cette possibilité résulte des lois des deux Etats et lorsque l'autorité compétente de l'Etat qui fournit les renseignements autorise cette utilisation.
3. Les dispositions des paragraphes 1er et 2 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation:
  - a. de prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;
  - b. de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;
  - c. de fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

4. Si des renseignements sont demandés par un Etat contractant conformément au présent article, l'autre Etat contractant utilise les pouvoirs dont il dispose pour obtenir les renseignements demandés, même s'il n'en a pas besoin à ses propres fins fiscales. L'obligation qui figure dans la phrase précédente est soumise aux limitations prévues au paragraphe 3 sauf si ces limitations sont susceptibles d'empêcher un Etat contractant de communiquer des renseignements uniquement parce que ceux-ci ne présentent pas d'intérêt pour lui dans le cadre national.

5. Les dispositions du paragraphe 3 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme permettant à un Etat contractant de refuser de communiquer des renseignements uniquement parce que ceux-ci sont détenus par une banque, un autre établissement financier, un trust, une fondation, un mandataire ou une personne agissant en tant qu'agent ou fiduciaire ou parce que ces renseignements se rattachent aux droits de propriété d'une personne. En vue d'obtenir ces renseignements, l'administration fiscale de l'Etat contractant requis a le pouvoir de demander la communication de renseignements et de procéder à des investigations et à des auditions nonobstant toute disposition contraire de sa législation fiscale interne."

## Article 2

Chaque Etat contractant notifiera, par la voie diplomatique, à l'autre Etat contractant l'accomplissement des procédures requises par sa législation pour l'entrée en vigueur du présent Protocole. Le Protocole entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant immédiatement la date de réception de la seconde des notifications visées ci-avant. Les dispositions du présent Protocole seront applicables:

- a. aux impôts dus à la source sur les revenus attribués ou mis en paiement à partir du 1er janvier de l'année qui suit immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole;
- b. aux autres impôts établis sur des revenus de périodes imposables commençant à partir du 1er janvier de l'année qui suit immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole;
- c. en ce qui concerne les autres impôts perçus par ou pour le compte des Etats contractants, à tout autre impôt dû au titre d'événements imposables se produisant à partir du 1er janvier de l'année qui suit immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole.

### Article 3

Le présent Protocole, qui fait partie intégrante de la Convention, restera en vigueur aussi longtemps que la Convention reste en vigueur et s'appliquera aussi longtemps que la Convention elle-même est applicable.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

FAIT à Bruxelles le 10 septembre 2009, en double exemplaire, en langues allemande, française et néerlandaise, tous les textes faisant également foi.

pour la République  
d'Autriche:  
Andreas SCHIEDER m.p.

pour le Royaume de  
Belgique:  
Didier REYNDERS m.p.

## PROTOCOLE ADDITIONNEL

Au moment de procéder à la signature du Protocole modifiant la Convention en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris l'impôt sur les exploitations et les impôts fonciers, conclu ce jour entre la République d'Autriche et le Royaume de Belgique, les soussignés sont convenus que les dispositions suivantes font partie intégrante du Protocole:

Ad article 26:

1. L'autorité compétente de l'Etat requérant fournit les informations suivantes à l'autorité compétente de l'Etat requis lorsqu'elle soumet une demande de renseignements en vertu de la Convention, afin de démontrer la pertinence vraisemblable des renseignements demandés:

- a. l'identité de la personne faisant l'objet d'un contrôle ou d'une enquête;
- b. les indications concernant les renseignements recherchés, notamment leur nature et la forme sous laquelle l'Etat requérant souhaite recevoir les renseignements de l'Etat requis;
- c. le but fiscal dans lequel les renseignements sont demandés;
- d. les raisons qui donnent à penser que les renseignements demandés sont détenus dans l'Etat requis ou sont en la possession ou sous le contrôle d'une personne relevant de la compétence de l'Etat requis;
- e. les nom et adresse de toute personne dont il y a lieu de penser qu'elle est en possession des renseignements demandés;
- f. une déclaration précisant que l'Etat requérant a utilisé pour obtenir les renseignements tous les moyens disponibles sur son propre territoire, hormis ceux qui susciteraient des difficultés disproportionnées.

2. Il est entendu que l'échange de renseignements prévu à l'article 26 ne comprend pas les démarches consistant à « aller à la pêche aux renseignements » (« *fishing expeditions* »).

3. Il est entendu que l'article 26, paragraphe 5, n'oblige pas les Etats contractants à échanger des renseignements de manière automatique ou spontanée.

4. Il est entendu que – en plus des principes énoncés ci-dessus – les principes établis dans les Commentaires OCDE sont également pris en considération pour l'interprétation de l'article 26.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole additionnel.

FAIT à Bruxelles le 10 septembre 2009, en double exemplaire, en langues allemande, française et néerlandaise, tous les textes faisant également foi.

pour la République  
d'Autriche:

Andreas SCHIEDER m.p.

pour le Royaume de  
Belgique:

Didier REYNDERS m.p.

PROTOCOL  
TUSSEN  
DE REPUBLIEK OOSTENRIJK  
EN  
HET KONINKRIJK BELGIË

EN AANVULLEND PROTOCOL  
TOT WIJZIGING VAN DE OVEREENKOMST TOT HET VERMIJDEN VAN DUBBELE  
BELASTING EN TOT REGELING VAN SOMMIGE ANDERE AANGELEGENHEDEN  
INZAKE BELASTINGEN NAAR HET INKOMEN EN NAAR HET VERMOGEN,  
MET INBEGRIIP VAN DE ONDERNEMINGSBELASTING EN DE GRONDBELASTINGEN,  
ONDERTEKEND TE WENEN OP 29 DECEMBER 1971

De Republiek Oostenrijk

En

Het Koninkrijk België,

WENSENDE een Protocol en een Aanvullend Protocol te sluiten tot wijziging van de Overeenkomst tot het vermijden van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen naar het inkomen en naar het vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen, ondertekend te Wenen op 29 december 1971, (hierna te noemen “de Overeenkomst”),

Zijn het volgende overeengekomen:

## Artikel 1

Artikel 26 van de Overeenkomst wordt opgeheven en vervangen door de volgende tekst:

### *“ARTIKEL 26*

#### *Uitwisseling van inlichtingen*

1. De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit die naar verwachting relevant zullen zijn voor de uitvoering van de bepalingen van deze Overeenkomst of voor de toepassing of de tenuitvoerlegging van de nationale wetgeving met betrekking tot belastingen van elke soort en benaming die worden geheven door of ten behoeve van de overeenkomstsluitende Staten, voor zover de belastingheffing waarin die nationale wetgeving voorziet niet in strijd is met de Overeenkomst. De uitwisseling van inlichtingen wordt niet beperkt door de artikelen 1 en 2.

2. De door een overeenkomstsluitende Staat ingevolge paragraaf 1 verkregen inlichtingen worden op dezelfde wijze geheim gehouden als inlichtingen die onder de nationale wetgeving van die Staat zijn verkregen en worden alleen ter kennis gebracht van personen of autoriteiten (daaronder begrepen rechterlijke instanties en administratieve lichamen) die betrokken zijn bij de vestiging of invordering van de in paragraaf 1 bedoelde belastingen, bij de tenuitvoerlegging of vervolging ter zake van die belastingen, bij de beslissing in beroepszaken die betrekking hebben op die belastingen, of bij het toezicht daarop. Deze personen of autoriteiten gebruiken die inlichtingen slechts voor die doeleinden. Zij mogen van deze inlichtingen melding maken tijdens openbare rechtszittingen of in rechterlijke beslissingen. Niettegenstaande hetgeen voorafgaat, mogen de door een overeenkomstsluitende Staat verkregen inlichtingen voor andere doeleinden worden gebruikt indien ze overeenkomstig de wetgeving van beide Staten voor die andere doeleinden mogen worden gebruikt en indien de bevoegde autoriteit van de Staat die de inlichtingen verstrekt, de toestemming geeft voor dat gebruik.

3. In geen geval mogen de bepalingen van de paragrafen 1 en 2 aldus worden uitgelegd dat zij een overeenkomstsluitende Staat de verplichting opleggen:

a. administratieve maatregelen te nemen die afwijken van de wetgeving en de administratieve praktijk van die of van de andere overeenkomstsluitende Staat;

- b. inlichtingen te verstrekken die niet verkrijgbaar zijn volgens de wetgeving of in de normale gang van de administratieve werkzaamheden van die of van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- c. inlichtingen te verstrekken die een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een handelswijze zouden onthullen, dan wel inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

4. Wanneer op basis van dit artikel door een overeenkomstsluitende Staat om inlichtingen is verzocht, gebruikt de andere overeenkomstsluitende Staat de middelen waarover hij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verkrijgen, zelfs al heeft die andere Staat die inlichtingen niet nodig voor zijn eigen belastingdoeleinden. De verplichting die in de vorige zin is vervat, is onderworpen aan de beperkingen waarin paragraaf 3 voorziet, maar die beperkingen mogen in geen geval aldus worden uitgelegd dat ze een overeenkomstsluitende Staat toestaan het verstrekken van inlichtingen te weigeren enkel omdat die Staat geen binnenlands belang heeft bij die inlichtingen.

5. In geen geval mogen de bepalingen van paragraaf 3 aldus worden uitgelegd dat ze een overeenkomstsluitende Staat toestaan om het verstrekken van inlichtingen te weigeren enkel en alleen omdat de inlichtingen in het bezit zijn van een bank, een andere financiële instelling, een trust, een stichting, een gevolmachtigde of een persoon die werkzaam is in de hoedanigheid van een vertegenwoordiger of een zaakwaarnemer of omdat de inlichtingen betrekking hebben op eigendomsbelangen in een persoon. Teneinde zulke inlichtingen te verkrijgen heeft de belastingadministratie van de aangezochte overeenkomstsluitende Staat de bevoegdheid om te vragen inlichtingen bekend te maken en om een onderzoek en verhoren in te stellen, niettegenstaande andersluidende bepalingen in de binnenlandse belastingwetgeving van die Staat.”

## Artikel 2

Elk van de overeenkomstsluitende Staten stelt de andere overeenkomstsluitende Staat langs diplomatieke weg in kennis van de voltooiing van de procedures die door zijn wetgeving voor de inwerkingtreding van dit Protocol zijn vereist. Het Protocol zal in werking treden op de eerste dag van de derde maand die onmiddellijk volgt op de datum waarop de laatste van bovengenoemde kennisgevingen is ontvangen. De bepalingen van dit Protocol zullen van toepassing zijn:

- a. met betrekking tot de bij de bron verschuldigde belastingen: op inkomsten die zijn toegekend of betaalbaar gesteld op of na 1 januari van het jaar dat onmiddellijk volgt op dat waarin het Protocol in werking is getreden;
- b. met betrekking tot de andere dan bij de bron verschuldigde belastingen: op inkomsten van belastbare tijdperken die beginnen op of na 1 januari van het jaar dat onmiddellijk volgt op dat waarin het Protocol in werking is getreden;
- c. met betrekking tot alle andere belastingen geheven door of ten behoeve van de overeenkomstsluitende Staten: op elke andere belasting die verschuldigd is ter zake van belastbare feiten die zich voordoen op of na 1 januari van het jaar dat onmiddellijk volgt op dat waarin het Protocol in werking is getreden.

### Artikel 3

Dit Protocol, dat een integrerend deel uitmaakt van de Overeenkomst, zal van kracht blijven zolang de Overeenkomst van kracht blijft en zal van toepassing zijn zolang de Overeenkomst zelf van toepassing is.

TEN BLIJKE WAARVAN de gevolmachtigden van de twee overeenkomstsluitende Staten, daartoe behoorlijk gevolmachtigd, dit Protocol hebben ondertekend.

GEDAAN in tweevoud te Brussel op 10 september 2009, in de Duitse, Franse en Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Republiek

Oostenrijk:

Andreas SCHIEDER m.p.

Voor het Koninkrijk

België:

Didier REYNDERS m.p.

## AANVULLEND PROTOCOL

Bij de ondertekening van het Protocol tot wijziging van de Overeenkomst tot het vermijden van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen naar het inkomen en naar het vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen, dat vandaag werd gesloten tussen de Republiek Oostenrijk en het Koninkrijk België, zijn de ondergetekenden overeengekomen dat de volgende bepalingen een integrerend deel van het Protocol zullen uitmaken.

Ad artikel 26:

1. De bevoegde autoriteit van de verzoekende Staat verschafft de volgende inlichtingen aan de bevoegde autoriteit van de aangezochte Staat bij het indienen van een verzoek om inlichtingen ingevolge de Overeenkomst om de verwachte relevantie van de inlichtingen voor het verzoek aan te tonen:

- a. de identiteit van de persoon op wie de controle of het onderzoek betrekking heeft;
- b. een verklaring omtrent de gezochte inlichtingen met inbegrip van de aard ervan en de vorm waarin de verzoekende Staat de inlichtingen wenst te ontvangen van de aangezochte Staat;
- c. het fiscale doel waarvoor de inlichtingen gevraagd worden;
- d. de redenen om aan te nemen dat de gevraagde inlichtingen zich binnen de aangezochte Staat bevinden of in het bezit zijn van of onder toezicht zijn van een persoon die onder de bevoegdheid van de aangezochte Staat valt;
- e. de naam en het adres van elke persoon van wie verondersteld wordt dat hij in het bezit is van de gevraagde inlichtingen;
- f. een verklaring dat de verzoekende Staat alle op zijn eigen grondgebied beschikbare middelen heeft gebruikt om de inlichtingen te verkrijgen, met uitzondering van de middelen die tot onevenredige moeilijkheden zouden leiden.

2. Er is overeengekomen dat de uitwisseling van inlichtingen waarin artikel 26 voorziet geen maatregelen omvat waarbij op goed geluk "gehengeld" wordt naar inlichtingen ("*fishing expeditions*").

3. Er is overeengekomen dat paragraaf 5 van artikel 26 de overeenkomstsluitende Staten niet verplicht spontaan of automatisch inlichtingen uit te wisselen.

4. Er is overeengekomen dat er voor de interpretatie van artikel 26 naast de bovengenoemde principes eveneens rekening wordt gehouden met de principes die zijn vastgelegd in de OESO-Commentaar.

TEN BLIJKE WAARVAN de gevolmachtigden van de twee overeenkomstsluitende Staten, daartoe behoorlijk gevolmachtigd, dit aanvullend Protocol hebben ondertekend.

GEDAAN in tweevoud te Brussel op 10 september 2009, in de Duitse, Franse en Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Republiek  
Oostenrijk:

Andreas SCHIEDER m.p.

Voor het Koninkrijk  
België:

Didier REYNDERS m.p.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1974

Ausgegeben am 18. April 1974

69. Stück

- 216.** Verordnung: Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern
- 217.** ~~Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation für Kernforschung im Bereich der Sozialen Sicherheit~~

**216. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 19. März 1974 zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern**

Zur Durchführung des Abkommens vom 29. Dezember 1971, BGBl. Nr. 415/1973, zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) wird verordnet:

### Entlastung von der Kapitalertragsteuer in Österreich

§ 1. (1) Bei Einkünften, die gemäß den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440, in Österreich der Kapitalertragsteuer unterliegen, ist der volle Steuerabzug auch von den Einkünften solcher Personen vorzunehmen, die gemäß Art. 4 des Abkommens in Belgien ansässig sind.

(2) Der Steuerpflichtige ist berechtigt, die Rückerstattung jener Beträge an Kapitalertragsteuer zu begehren, die über das nach den Bestimmungen des Abkommens zulässige Ausmaß hinaus einbehalten wurden.

(3) Der Anspruch auf Steuerrückerstattung gemäß Abs. 2 steht nur jener Person zu, die im Zeitpunkt des Zufließens der Einkünfte das Recht auf Nutzung der diese Einkünfte abwerfenden Kapitalanlagen besaß.

(4) Steuerrückerstattungsanträge sind unter Verwendung der Vordrucke R-B (Anlage 1) zu stellen. Der Antrag ist bei der für die Einkommens(Körperschaft)besteuerung des Antragstellers

zuständigen belgischen Behörde einzureichen. Entstehen im Lauf eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sind sie möglichst zusammen in einem Antrag geltend zu machen. Es können jedoch höchstens Ansprüche, die sich aus drei Kalenderjahren ergeben, in einem Antrag zusammengefaßt werden. Soweit die in Österreich ansässigen Ertragschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden, sind gesonderte Anträge einzureichen.

(5) Die belgische Behörde prüft, ob der Antragsteller in Belgien ansässig (Art. 4 des Abkommens) ist. Zutreffendenfalls bestätigt sie dies auf der ersten Ausfertigung des Antrages, die sie sodann dem Antragsteller ausfolgt. Der Antragsteller hat dafür zu sorgen, daß die amtlich bestätigte Antragsausfertigung innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die besteuerten Einkünfte zugeflossen sind, bei jenem österreichischen Finanzamt eingebracht wird, das für die Veranlagung des Ertragschuldners zur Körperschaftsteuer in Österreich zuständig ist. Dieses Finanzamt hat über den Antrag zu entscheiden.

(6) Jedem Antrag sind Belege über den Bezug der Einkünfte anzuschließen. Wird der Antrag durch einen Vertreter unterzeichnet, so ist eine Vollmacht des Anspruchsberechtigten (Abs. 3) beizulegen.

### Entlastung von der Quellenbesteuerung in Belgien

§ 2. (1) Zur Erlangung der in den Art. 10, 11 und 12 des Abkommens vorgesehenen Entlastung von der belgischen Einkommensbesteuerung bei Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren hat der Steuerpflichtige diesbezügliche Anträge unter Verwendung der Vordrucke Nr. „276 Div. (A)“ (Anlage 2) oder Nr. „276 Int. (A)“

(Anlage 3) oder Nr. „276 R. (A)“ (Anlage 4) zu stellen. Die Vordrucke sind in Österreich von den Finanzlandesdirektionen zu beziehen. Der Anspruch auf Steuerentlastung steht nur jener Person zu, die im Zeitpunkt des Zufließens der Einkünfte das Recht auf Nutzung der diese Einkünfte abwerfenden Kapitalanlagen besaß.

(2) Jedem Antrag sind Belege über den Bezug der Einkünfte anzuschließen. Wird der Antrag durch einen Vertreter unterzeichnet, so ist eine Vollmacht des Anspruchsberechtigten beizulegen.

(3) Die Anträge sind in zweifacher Ausfertigung bei jenem Finanzamt einzureichen, das für die Einkommens(Körperschaft)besteuerung des Antragstellers in Österreich zuständig ist. Das Finanzamt hat zu prüfen, ob die Antragsangaben mit der Aktenlage übereinstimmen und ob der Antragsteller in Österreich ansässig (Art. 4 des Abkommens) ist; zutreffendenfalls ist dies auf der für die belgische Steuerverwaltung bestimm-

ten Antragsausfertigung zu bestätigen, die sodann dem Antragsteller auszufolgen ist. Die andere Antragsausfertigung bleibt beim Finanzamt. Der Antragsteller hat für die zeitgerechte Weiterleitung der ihm ausgefolgten Antragsausfertigung unter Anschluß aller Belege und einer allfälligen Vollmacht nach Belgien Sorge zu tragen.

#### Wohnsitzbescheinigung

§ 3. Steuerpflichtige, die zur Erlangung einer abkommensgemäßen Steuerentlastung in Österreich oder in Belgien den Nachweis erbringen müssen, daß sie in einem der beiden Staaten ansässig (Art. 4 des Abkommens) sind, können sich je nach Lage des Falles in Österreich oder in Belgien an die dort für ihre Einkommens(Körperschaft)besteuerung zuständige Behörde wenden und um Ausstellung einer diesbezüglichen Bestätigung (Wohnsitzbescheinigung) ansuchen.

Androsch

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

Anlage 1

**R-B****Antrag auf Rückerstattung**

österreichischer Quellensteuern von Dividenden und Zinsen

Belgisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen vom  
29. Dezember 19711. Ausfertigung für die  
österreichische Finanzverwaltung

Gebührenfrei

Antrag Nr.

Datum des Eingangs

Der Antrag ist unterzeichnet und in doppelter Ausfertigung bei der belgischen Steuerbehörde (dem für den Antragsteller zuständigen „contrôleur en chef des contributions directes“) einzureichen. Nach Erteilung der erforderlichen Ansässigkeitsbestätigung behält die belgische Finanzverwaltung, je nach Lage des Falles, die zweite oder die dritte Ausfertigung bei sich und folgt dem Antragsteller die erste Ausfertigung aus. Dieser hat diese Ausfertigung so rasch wie möglich, jedenfalls aber vor Ablauf des dritten Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Einkünfte zugeflossen sind, bei jenem österreichischen Finanzamt einzureichen, das für die Körperschaftbesteuerung des Ertragschuldners zuständig ist. Entstehen im Laufe eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sollen sie möglichst zusammen in einem Antrag geltend gemacht werden. Ansprüche aus drei Jahren können in einem Antrag zusammengefaßt werden. Gesonderte Anträge sind einzureichen, soweit die in Österreich wohnhaften Ertragschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden (siehe Rückseite oben). Allfällige Vertreter, die den Antrag unterzeichnen, haben eine Vollmacht beizulegen. Als Beweismittel sind der 1. Ausfertigung jedes Antrages die Belege über die erfolgte Auszahlung oder Gutschrift der Kapitalerträge (Couponschriften, Kassabestätigungen) beizufügen. Das Einholen von weiteren Beweismitteln und von Auskünften bleibt vorbehalten.

**I. ANTRAGSTELLER**

Name und Vorname oder Firma:

Beruf:

Adresse (Straße, Nr.):

Wohnsitz oder Sitz (Ort):

Allfälliger Vertreter (Name, Adresse):

Vollmacht vom ..... 19.... der 1. Ausfertigung belgeschlossen.

Reserviert für die  
österreichische  
Steuerbehörde**II. ANGABEN FÜR DIE BELGISCHEN STEUERBEHÖRDEN**

1. Der Antragsteller erklärt, daß er an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten im Sinne des belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommens in Belgien ansässig war.
2. Bemerkungen:

**III. ANGABEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN**

1. Haben Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten über eine Wohnung in Österreich verfügt?
2. Waren Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten berechtigt zur Nutzung der Vermögenswerte, deren Erträge in Spalte 7 enthalten sind, und haben Sie diese Erträge für die eigene Rechnung vereinnahmt? ..... (Wenn nein, in Ziffer 6 angeben, warum).
3. Haben Sie die auf der Rückseite aufgeführten Kapitalanlagen auf Grund eines Vertrages, einer Option oder einer sonstigen Vereinbarung erhalten, wonach Sie verpflichtet werden können, diese oder gleichartige Kapitalanlagen wieder zu verkaufen oder auf andere Weise zu übertragen?
4. Hatten Sie an einem der in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten eine Betriebsstätte in Österreich oder waren Sie an einer österreichischen Personenvereinigung ohne Rechtspersönlichkeit beteiligt?
5. An welche Bank, auf welches Postscheckkonto oder an welche sonstige Adresse ist der zurückzuerstattende Betrag für Ihre Rechnung zu überweisen?
6. Bemerkungen:

**IV. ALLGEMEINE ERKLÄRUNG**

Der Antragsteller erklärt, daß die in diesem Antrag (Vorder- und Rückseite) gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen.

Ort und Datum:

Unterschrift:

**Für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer ist zuständig bei Ertragschuldnern**

1. Ausfertigung

mit Sitz im Land Wien : das Finanzamt für Körperschaften Wien I  
 mit Sitz im Land Niederösterreich : das Finanzamt für Körperschaften Wien I  
 mit Sitz im Land Burgenland : das Finanzamt für Körperschaften Wien I  
 mit Sitz im Land Kärnten : das Finanzamt Klagenfurt  
 mit Sitz im Land Oberösterreich : das Finanzamt Linz  
 mit Sitz im Land Salzburg : das Finanzamt Salzburg

mit Sitz im Land Steiermark : das Finanzamt Graz-Stadt  
 mit Sitz im Land Tirol : das Finanzamt Innsbruck  
 mit Sitz im Land Vorarlberg : 1. das Finanzamt Bregenz (f. seinen Amtsbereich)  
 2. das Finanzamt Feldkirch (f. seinen Amtsbereich)

**V. BESTEUERTE ERTRÄGE**

1	2	3	4	5	Besteuerte Erträge (brutto)		7
					6	8	
Bezeichnung der Kapitalanlagen	Beleg Nr.	Datum des Erwerbs *)	Dividende oder Zinsen %	Anzahl und totaler Nennwert der Titel \$	Verfalldatum (Tag, Monat, Jahr)	\$	Leer lassen
*) Wenn in den letzten drei Jahren erworben, genaues Datum angeben. Wenn früher erworben, genügt Angabe „vor 19...“.						Summe der steuerbelasteten Erträge	\$
						(in Worten: .....	)
						Rückerstattungsanspruch:	\$
						(in Worten: .....	)

**BESTÄTIGUNG DER BELGISCHEN AN DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN  
 ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES BELGES  
 A L'INTENTION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
 BEVESTIGING DOOR DE BELGISCHE AAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN**

Wir bestätigen, daß der Antragsteller an den in Spalte 6 angegebenen Daten im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens in Belgien ansässig war.  
 Nous certifions, que le requérant étai, à la date mentionnée dans la colonne 6, résident de la Belgique au sens de la convention belgo-autrichienne préventive de la double imposition.  
 Wij bevestigen, dat de verzoeker op de in kolom 6 vermelde data verblijfhouder van België was in de zin van het Verdrag tot het vermijden van dubbele belasting.

Bemerkungen:  
 Remarques:  
 Opmerkingen:

Ort und Datum:  
 Lieu et date:  
 Plaats en datum:

Le Contrôleur en chef des contributions directes:  
 De Hoofdcontroleur der directe belastingen:  
 Stempel und Unterschrift:  
 Sceau du service et signature:  
 Dienststempel en handtekening:

Leer lassen für die österreichischen Steuerbehörden

**VERFÜGUNG**

Rückerstattung wird bewilligt für

\$ .....

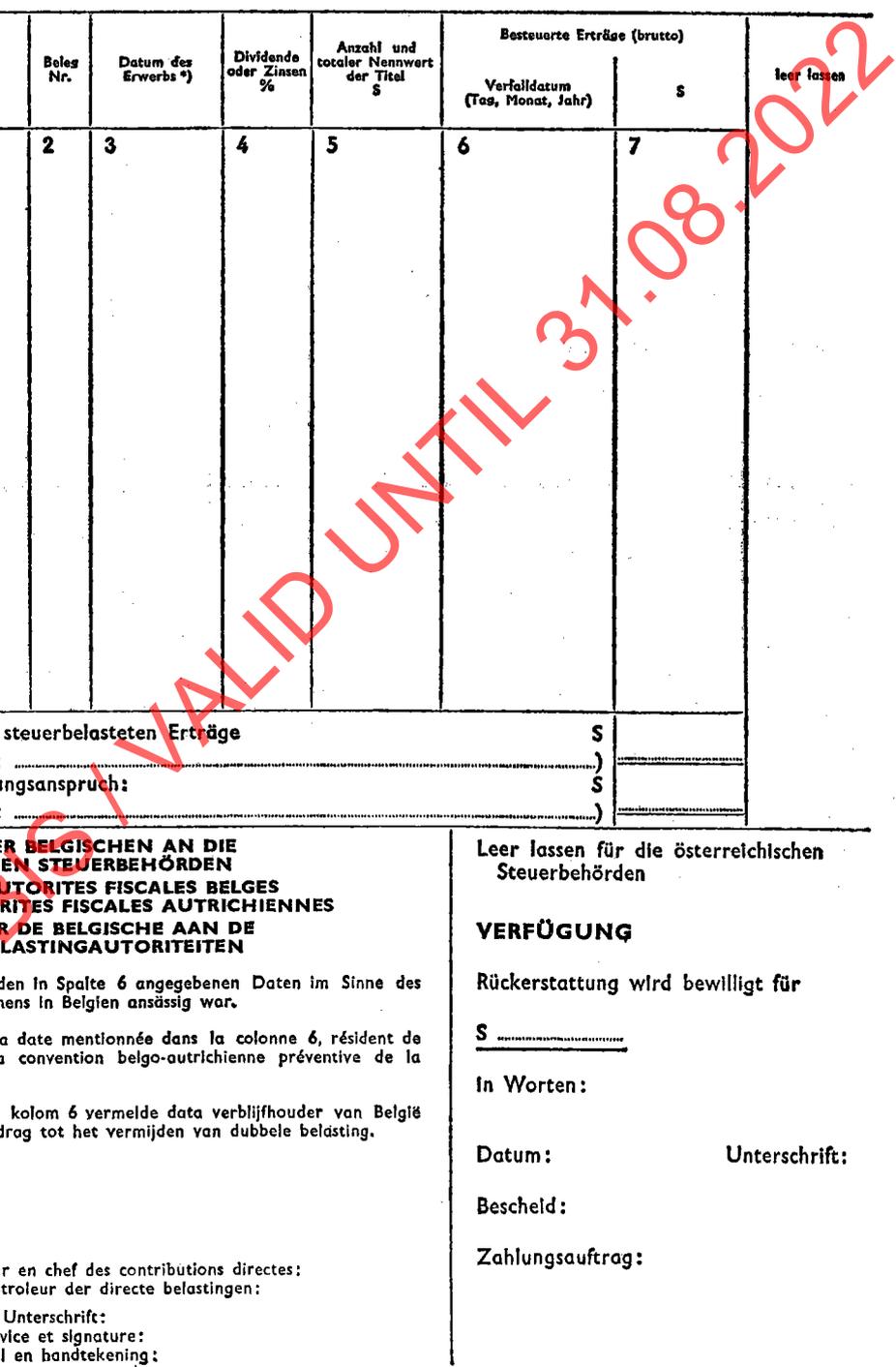
In Worten:

Datum:

Unterschrift:

Bescheld:

Zahlungsauftrag:



**R-B****Demande de Remboursement**

de l'impôt autrichien perçu à la source sur les dividendes et les intérêts

Gratuit

2ème exemplaire destiné à  
l'autorité fiscale belgeConvention belgo-autrichienne préventive de  
la double imposition du 29 décembre 1971

La demande R-B doit être remplie en double exemplaire et signée, et être ensuite adressée à l'autorité fiscale belge (le contrôleur en chef des contributions directes dont le bénéficiaire relève). Après avoir apposé l'attestation de résidence requise, le service de taxation belge conserve le deuxième ou le troisième exemplaire suivant le cas, et remet le premier exemplaire au requérant. Ce dernier transmet cet exemplaire au „Finanzamt" autrichien qui est compétent pour l'imposition au „Körperschaftsteuer" du débiteur des revenus, le plus rapidement possible et en tout cas avant l'expiration de la troisième année civile suivant celle de l'échéance des revenus. Les diverses prétentions à un remboursement au cours d'une même année civile doivent autant que possible faire l'objet d'une seule demande. Celles afférentes aux revenus de trois années peuvent être reprises sur une seule demande.

Il y a lieu d'introduire des demandes distinctes si les débiteurs autrichiens des revenus ne sont pas imposés au „Körperschaftsteuer" par le même Finanzamt (voir verso, en haut). Les représentants éventuels qui signent la demande sont tenus d'y joindre une procuration. Le premier exemplaire de la demande doit être appuyé de documents probants établissant que les revenus ont bien été payés ou portés en compte (relevé de dividendes ou bordereau de coupons, preuve de l'encaissement). D'autres documents probants ou des renseignements pourront toutefois être exigés.

Demande n°

Date de réception

**I. REQUERANT**

Nom et prénoms ou raison sociale:

Profession:

Adresse (rue, numéro):

Domicile ou siège:

Représentant éventuel (nom, adresse):

Une procuration du ..... 19..... est annexée au 1er exemplaire.

Réservé à l'autorité  
fiscale autrichienne**II. RENSEIGNEMENTS DESTINES AUX AUTORITES FISCALES BELGES**

1. Le requérant certifie qu'il était à la date mentionnée dans la colonne 6 (verso) résident de la Belgique au sens de la convention belgo-autrichienne préventive de la double imposition.
2. Remarques:

**III. RENSEIGNEMENTS DESTINES AUX AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES**

1. Disposiez-vous à la date mentionnée dans la colonne 6 (verso), d'une habitation en Autriche? .....
2. Aviez-vous à la date mentionnée dans la colonne 6 (verso), la jouissance des éléments de fortune dont les revenus figurent dans la colonne 7 et avez-vous recueilli ces revenus pour votre propre compte? ..... (Dans la négative, expliquez pourquoi sous le n° 6).
3. Avez-vous recueilli les placements mentionnés au verso en vertu d'un contrat, d'une option ou d'un autre règlement aux termes duquel vous pouvez être obligé de revendre ces placements ou des placements analogues ou de les recéder d'une autre manière? .....
4. Aviez-vous, à la date mentionnée dans la colonne 6 (verso), un établissement stable en Autriche ou étiez-vous associé d'une société de personnes autrichienne ne possédant pas la personnalité juridique? .....
5. A quelle banque, à quel compte de chèques postaux ou à quelle autre adresse le montant remboursable doit-il être transféré pour votre compte? .....
6. Remarques:

**IV. DECLARATION GENERALE**

Le requérant certifie que les renseignements portés dans la présente demande (recto et verso) sont sincères et véritables.

Lieu et date:

Signature:

**Pour l'imposition au „Körperschaftsteuer“ est compétent en ce qui concerne les débiteurs de revenus**

2ème exemplaire

établis dans le Land Wien :	le Finanzamt für Körperschaften Wien	établis dans le Land Steiermark :	le Finanzamt Graz-Stadt
établis dans le Land Niederösterreich :	le Finanzamt für Körperschaften Wien	établis dans le Land Tirol :	le Finanzamt Innsbruck
établis dans le Land Burgenland :	le Finanzamt für Körperschaften Wien	établis dans le Land Vorarlberg :	1. le Finanzamt Bregenz (pour son ressort)
établis dans le Land Kärnten :	le Finanzamt Klagenfurt		2. le Finanzamt Feldkirch (pour son ressort)
établis dans le Land Oberösterreich :	le Finanzamt Linz		
établis dans le Land Salzburg :	le Finanzamt Salzburg		

**V. REVENUS IMPOSES**

Désignation des placements	Docu- ment probant n°	Date d'acqui- sition *)	Dividende ou taux d'intérêt %	Nombre et valeur nominale totale des titres \$	Revenus imposés (bruts)	
					Date d'échéance (jour, mois, année)	\$ ne pas remplir
1	2	3	4	5	6	7
					*) En cas d'acquisition au cours des trois dernières années: Indiquez la date exacte. En cas d'acquisition antérieure, il suffit d'indiquer „avant 19...“.	
					Total des revenus imposés: S	
					(en toutes lettres: _____)	
					Montant du remboursement demandé: S	
					(en toutes lettres: _____)	

**BESTÄTIGUNG DER BELGISCHEN AN DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN  
ATTESTATION DES AUTORITÉS FISCALES BELGES  
A L'INTENTION DES AUTORITÉS FISCALES AUTRICHIENNES  
BEVESTIGING DOOR DE BELGISCHE AAN DE OOSTERRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN**

Wir bestätigen,  
daß der Antragsteller an den in Spalte 6 angegebenen Daten im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens in Belgien ansässig war.

Nous certifions,  
que le requérant était, à la date mentionnée dans la colonne 6, résident de la Belgique au sens de la convention belgo-autrichienne préventive de la double imposition.

Wij bevestigen,  
dat de verzoeker op de in kolom 6 vermelde data verblijfhouder van België was in de zin van het Verdrag tot het vermijden van dubbele belasting.

Bemerkungen:  
Remarques:  
Opmerkingen:  
Ort und Datum:  
Lieu et date:  
Plaats en datum:

Le Contrôleur en chef des contributions directes:  
De Hoofdcontroleur der directe belastingen:

Stempel und Unterschrift:  
Sceau du service et signature:  
Dienststempel en handtekening:

Réservé à l'autorité fiscale belge

VALID UNTIL 31.08.2022

**R-B****Verzoek om Terugbetaling**van Oostenrijkse bronbelasting op dividenden en interest  
Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag van  
29 december 1971

Kosteloos

3e exemplaar voor de  
Belgische belasting-autoriteit

Verzoek nr.

Datum van ontvangst

Het verzoek R-B moet in tweevoud worden ingevuld en ondertekend en aan de Belgische belastingautoriteit (de Hoofdcontroleur der directe belastingen waarvan de verzoeker afhangt) worden gezonden. Nadat het verzoek met de vereiste woonplaatsbevestiging werd aangevuld wordt het tweede of het derde exemplaar, naar het geval, bewaard door de Belgische belastingdienst, terwijl het eerste exemplaar aan de verzoeker wordt teruggezonden. Deze laatste stuurt dit exemplaar zo spoedig mogelijk en in elk geval uiterlijk vóór het einde van het derde kalenderjaar volgende op het jaar waarin de opbrengsten verderbaar zijn geworden naar het Oostenrijks „Finanzamt“ dat voor de aanslagregeling in de „Körperschaftsteuer“ van de schuldenaar van de opbrengsten bevoegd is. Verschillende in de loop van een kalenderjaar verkregen aanspraken op terugbetaling dienen zo veel mogelijk in één verzoek te worden opgenomen. Op drie jaren betrekking hebbende aanspraken mogen in één verzoek worden opgenomen. Afzonderlijke verzoeken moeten worden ingediend voor zover de in Oostenrijk gevestigde schuldenaren van de opbrengsten niet door hetzelfde Finanzamt in de Körperschaftsteuer worden aangeslagen (zie achterzijde, bovenaan). Eventuele vertegenwoordigers die het verzoek ondertekenen dienen daarbij een volmacht over te leggen. Tot staving van het verzoek moeten bij het eerste exemplaar de bewijsstukken met betrekking tot de plaatsgevonden uitbetaling van of creditering voor de opbrengsten worden bijgevoegd (dividend- of couponnota, bewijs van uitbetaling aan de kassa). Het recht tot het vragen van andere bewijsstukken en van inlichtingen blijft voorbehouden.

Gereserveerd voor de  
Oostenrijkse  
belastingautoriteit**I. VERZOEKER**

Naam en voornamen of handelsnaam:

Beroep:

Adres (straat, nummer):

Woonplaats of plaats van vestiging:

Eventuele vertegenwoordiger (naam, adres):

Volmacht van de ..... 19... is bij het 1e exemplaar gevoegd.

**II. GEGEVENS VOOR DE BELGISCHE BELASTINGAUTORITEITEN**

1. De verzoeker verklaart dat hij op de in kolom 6 (achterzijde) vermelde data verblijfhouder van België was in de zin van het Belgisch-Oostenrijks Verdrag tot het vermijden van dubbele belasting.
2. Opmerkingen:

**III. GEGEVENS VOOR DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN**

1. Beschikte U op de in kolom 6 (achterzijde) vermelde data over een woning in Oostenrijk? .....
2. Waart U op de in kolom 6 (achterzijde) vermelde data gerechtigd tot het genot van de vermogenswaarden, waarvan de opbrengsten in kolom 7 zijn vermeld, en hebt U deze opbrengsten voor eigen rekening ontvangen? ..... (Zo neen, onder nr. 6 aan te geven waarom niet).
3. Hebt U de op de achterzijde vermelde beleggingen verkregen ingevolge enige overeenkomst, optie of andere regeling, waarbij U kunt worden verplicht deze of soortgelijke beleggingen weer te verkopen of op andere wijze over te dragen? .....
4. Had U op een van de in kolom 6 (achterzijde) vermelde data een vaste inrichting in Oostenrijk of was U deelgenoot in een Oostenrijkse niet rechtspersoonlijkheid bezittende personenvennootschap? .....
5. Aan welke bank, op welke postrekening of naar welk ander adres dient het terug te betalen bedrag voor Uw rekening te worden overgemaakt? .....
6. Opmerkingen:

**IV. ALGEMENE VERKLARING**

De verzoeker verklaart dat de in dit verzoek (voor- en achterzijde) verstrekte gegevens overeenkomstig de waarheid zijn.

Plaats en datum:

Handtekening:

**Voor de aanslagregeling in de Körperschaftsteuer is bevoegd voor schuldenaren van de opbrengst**

3e exemplaar

gevestigd in het Land Wien:	het Finanzamt für Körperschaften Wien I	gevestigd in het Land Tirol:	het Finanzamt Innsbruck
gevestigd in het Land Niederösterreich:	het Finanzamt für Körperschaften Wien I	gevestigd in het Land Vorarlberg:	1. het Finanzamt Bregenz (voor zijn ambtsgebied)
gevestigd in het Land Burgenland:	het Finanzamt für Körperschaften Wien I		2. het Finanzamt Feldkirch (voor zijn ambtsgebied)
gevestigd in het Land Kärnten:	het Finanzamt Klagenfurt		
gevestigd in het Land Oberösterreich:	het Finanzamt Linz		
gevestigd in het Land Salzburg:	het Finanzamt Salzburg		
gevestigd in het Land Steiermark:	het Finanzamt Graz-Stadt		

**V. BELASTE OPBRENGSTEN**

Aanduiding der beleggingen	Bewijsstuk nr.	Datum van verkrijging *)	Dividend of rentevoet %	Aantal en totale nominale waarde der effecten S	Belaste opbrengsten (bruto)		aet invullen
					Vervaldatum (dag, maand, jaar)	S	
1	2	3	4	5	6	7	
					<p>*) Indien in de laatste drie jaren verkregen; datum nauwkeurig vermelden. Indien eerder verkregen, voldoende te vermelden: „vóór 19...“.</p>		
					<p>Totaal van de belaste opbrengsten: S</p> <p>(voluit: .....)</p> <p>Aanspraak op terugbetaling: S</p> <p>(voluit: .....)</p>		

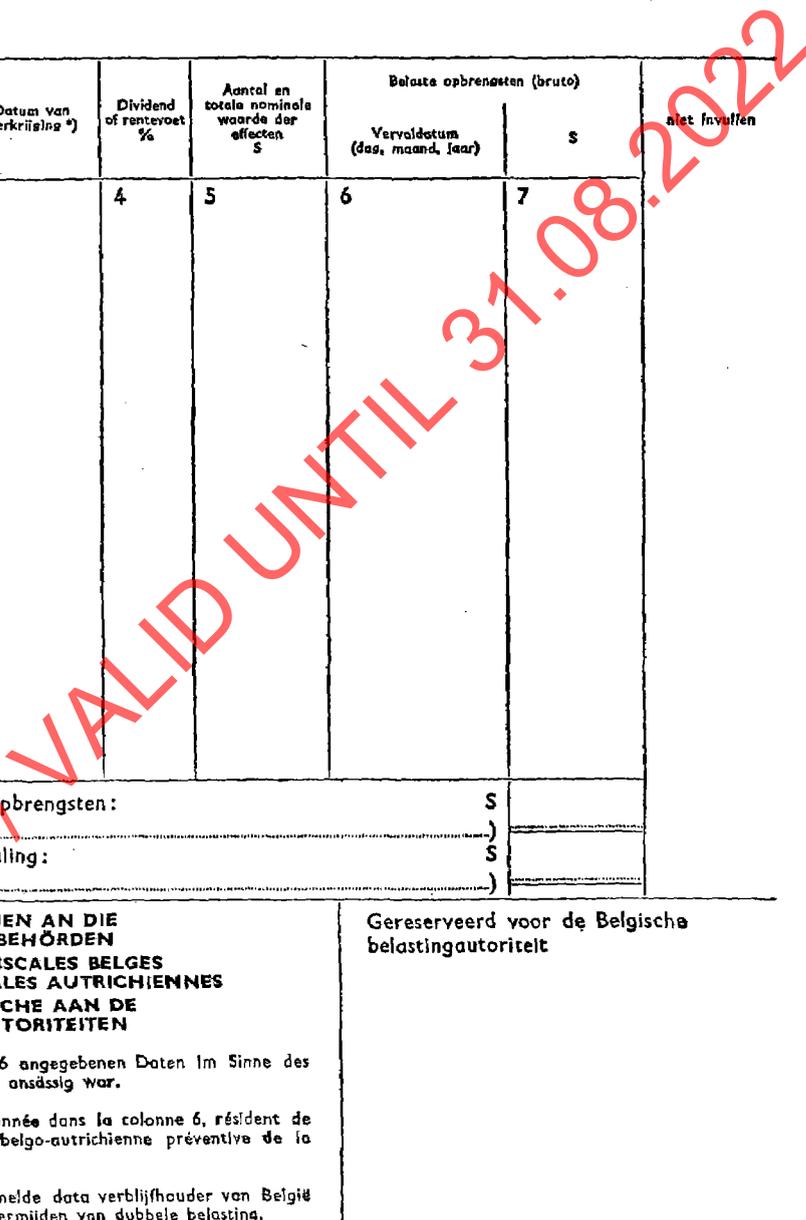
**BESTÄTIGUNG DER BELGISCHEN AN DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN**  
**ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES BELGES A L'INTENTION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES**  
**BEVESTIGING DOOR DE BELGISCHE AAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN**

Wir bestätigen, daß der Antragsteller an den in Spalte 6 angegebenen Daten im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens in Belgien ansässig war.  
 Nous certifions, que le requérant était, à la date mentionnée dans la colonne 6, résident de la Belgique au sens de la convention belgo-autrichienne préventive de la double imposition.  
 Wij bevestigen, dat de verzoeker op de in kolom 6 vermelde data verblijfhouder van België was in de zin van het Verdrag tot het vermijden van dubbele belasting.

Bemerkungen:  
 Remarques:  
 Opmerkingen:  
 Ort und Datum:  
 Lieu et date:  
 Plaats en datum:

Le Contrôleur en chef des contributions directes:  
 De Hoofdcontroleur der directe belastingen:  
 Stempel und Unterschrift:  
 Scannu du service et signature:  
 Dienststempel en handtekening:

Gereserveerd voor de Belgische belastingautoriteit



ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIË  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KONIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

DEMANDE DE REDUCTION (1)  
du précompte mobilier sur les dividendes en application de la convention  
belgo-autrichienne de double imposition  
AANVRAAG OM VERMINDERING (1)  
van de roerende voorheffing op dividenden ingevolge  
het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag  
ANTRAG AUF ERMÄSSIGUNG (1)  
der Vorsteuer auf Dividenden nach dem  
belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen

I  
Exemplaire destiné à  
l'Administration belge  
Exemplaar voor de  
Belgische administratie  
Für die belgische Verwaltung  
bestimmte Ausfertigung

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DE LA SOCIÉTÉ BELGE DÉBITRICE :  
BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE VENNOOTSCHAP  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DER AUSSCHÜTTENDEN BELGISCHEN GESELLSCHAFT :

Adresse ou siège social :  
Adres of zetel :  
Anschrift oder Sitz :

II. DECLARATION DU REQUERANT VERKLARING VAN DE AANVRAGER ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) des titres :  
Naam en voornaam, benaming of firma van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) van de effecten :  
Name und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Eigentümers (2) oder Nießbrauchers (2) der Wertpapiere:

2. Adresse complète :  
Volledig adres :  
Vollständige Anschrift :

3. Le soussigné certifie que le propriétaire (2), l'usufruitier (2) des titres désigné ci-dessus :  
De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide eigenaar (2), vruchtgebruiker (2)  
Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Eigentümer (2) oder Nießbraucher (2) der Wertpapiere:

- 1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;  
een verblijfhouder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist ;
- 2° n'avait pas en Belgique, à la date d'attribution ou de mise en paiement des dividendes mentionnés au verso et s'élevant à (en toutes lettres) :  
in België op de datum van toekenning of betaalbaarstelling van de op de keerzijde vermelde dividenden, bedragende (voluit) :  
zum Zeitpunkt des Zufließens oder der Fälligkeit der umseitig angeführten und sich auf (in Worten) :

d'établissement stable auquel se rattachaient effectivement les actions ou parts génératrices de ces dividendes ;  
geen vaste inrichting bezat waarmede de aandelen of delen, die de dividenden voortbrengen, wezenlijk waren verbonden ;  
belaufenden Dividenden in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Anteile, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich gehörten ;

3° demande à bénéficier de la réduction du précompte mobilier sur ces dividendes conformément aux dispositions de la convention belgo-autrichienne de double imposition.  
verzoekt om vermindering van de roerende voorheffing op die dividenden ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag,  
die Ermäßigung der Vorsteuer auf diesen Dividenden nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. L'excédent de précompte mobilier doit être remboursé à :  
De teveel geboven roerende voorheffing is terug te betalen aan :  
Der zuviel einbehaltene Betrag der Vorsteuer ist zu erstatten an:  
de la manière indiquée ci-contre :  
op de volgende wijze :  
auf folgende Weise :

5. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :  
Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :  
Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet:

Date et signature du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) ou de son représentant (2),  
Datum en handtekening van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2), vertegenwoordiger (2),  
Datum und Unterschrift des Eigentümers (2), des Nießbrauchers (2) oder seines Vertreters (2).

(1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.  
Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.  
Hinweis auf die Erläuterungen.

(2) Biffer la mention inutile.  
Het niet passende doorhalen.  
Nichtzutreffendes streichen.

III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRÄGE

Nature et forme des actions ou parts <i>Aard en vorm van de aandelen of delen</i> Art der Anteile	Numéro du coupon et date de mise en paiement <i>Nummer van de coupon en datum van de betaalbaarstelling</i> Nummer des Kupons und Tag der Fälligkeit	Nombre de coupons <i>Aantal coupons</i> Anzahl der Kupons	Dividende net d'impôt belge par coupon <i>Nettodividend na Belgische belasting, per coupon</i> Nettodividende je Kupon nach Abzug der belgischen Steuer.	Montant global net d'impôt belge des coupons <i>Totaal nettobedrag der coupons na Belgische belasting</i> Gesamtnettobetrag der Dividenden nach Abzug der belgischen Steuer
1	2	3	4	5

Documents annexés (nombre et nature) :  
*Hierbij gevoegde stukken (aantal en aard) :*  
 Beigefügte Unterlagen (Anzahl und Art) (a) .....

IV. ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
 BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
 BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien mentionné ci-dessous certifie que :  
*De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdiens bevestigt dat :*  
 Die nachstehende österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß:

- 1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;  
*de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;*  
 die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen ;
- 2° le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres est un résident de l'Autriche au sens de la convention ;  
*de eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten een verblijfhouder van Oostenrijk in de zin van het verdrag ;*  
 der Eigentümer (1), Nießbraucher (1) der Wertpapiere in Österreich im Sinn des Abkommens ansässig ist.

Date, signature et cachet,  
*Datum, handtekening en stempel,*  
 Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

V. ATTESTATION DU CONTROLEUR EN CHEF A SAINT-JOISS-TEEN-NOODE 1  
 BEVESTIGING VAN DE HOOFDCONTROLEUR TE SINT-JOOST-TIEN-NODE 1

Le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres dont l'adresse figure au cadre II n'a pas d'établissement stable en Belgique (1)  
*De in vak II aangeduide eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten heeft in België geen vaste inrichting (1)*

à ..... rue ..... n° ..... (1)  
 te ..... straat, nr ..... (1)

Attestation du Contrôleur en chef de l'établissement stable.  
*Bevestiging van de Hoofdcontroleur der vaste inrichting.*  
 Les actions ou parts mentionnées au cadre III sont investies (1) — ne sont pas investies (1) — dans l'établissement stable mentionné ci-dessus.  
*De in vak III vermelde aandelen of delen zijn belegd (1) — zijn niet belegd (1) — in de hierboven vermelde vaste inrichting.*  
 Le Contrôleur en chef à .....  
*De Hoofdcontroleur te .....*

(date et signature)  
*(datum en handtekening)*

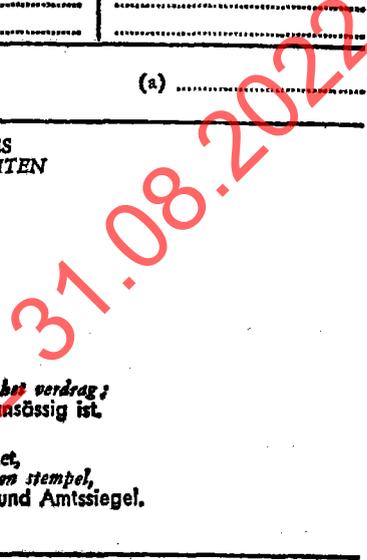
Date, signature et cachet,  
*Datum, handtekening en stempel,*

VI. CADRE A REMPLIR PAR L'ADMINISTRATION FISCALE BELGE  
 OU PAR LE DEBITEUR DES DIVIDENDES  
 IN TE VULLEN DOOR DE BELGISCHE BELASTINGADMINISTRATIE  
 OF DOOR DE SCHULDENAAR VAN DE DIVIDENDEN

- 1. Montant global net d'impôt belge des coupons (col. 5 du cadre III) :  
*Totaal nettobedrag der coupons na Belgische belasting (vak III, kol. 5) :* (a) .....
- 2. Montant à rembourser ou réduction résultant de la convention :  
*Terug te betalen of vermindering volgens de overeenkomst :* (a) ..... x 6,25 = (b) .....
- 3. Montant revenant au bénéficiaire des coupons :  
*Aan de genietter van de coupons toekomend bedrag :* (a) + (b) (c) .....

Date et signature du contrôleur en chef de la société débitrice des dividendes.  
*Datum en handtekening van de hoofdcontroleur van de vennootschap schuldenaar der dividenden.*

(1) Biffes la mention inutile.  
*Het niet passende doorkhalen.*  
 Nichtzutreffendes streichen.



ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIË  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KONIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

DEMANDE DE REDUCTION (1)  
du précompte mobilier sur les dividendes en application de la convention  
belgo-autrichienne de double imposition  
AANVRAAG OM VERMINDERING (1)  
van de roerende voorheffing op dividenden ingevolge  
het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag  
ANTRAG AUF ERMÄSSIGUNG (1)  
der Vorsteuer auf Dividenden nach dem  
belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen

2  
Exemplaire destiné à  
l'Administration autrichienne  
Exemplaar voor de  
Oostenrijkse administratie  
Für die österreichische Verwaltung  
bestimmte Ausfertigung

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DE LA SOCIÉTÉ BELGE DÉBITRICE :  
BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE VENNOOTSCHAP  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DER AUSSCHÜTTENDEN BELGISCHEN GESELLSCHAFT :

Adresse ou siège social :  
Adres of zetel :  
Anschrift oder Sitz :

II. DECLARATION DU REQUÉRANT VERKLARING VAN DE AANVRAGER ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) des titres :

*Naam en voornaam, benaming of firma van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) van de effecten :*

Name und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Eigentümers (2) oder Nießbrauchers (2) der Wertpapiere :

2. Adresse complète :

*Volledig adres :*

Vollständige Anschrift :

3. Le soussigné certifie que le propriétaire (2), l'usufruitier (2) des titres désigné ci-dessus :

*De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) :*

Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Eigentümer (2) oder Nießbraucher (2) der Wertpapiere :

1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;

*een verblijfhouder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;*  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist :

2° n'avait pas en Belgique, à la date d'attribution ou de mise en paiement des dividendes mentionnés au verso et s'élevant à (en toutes lettres) :  
*in België op de datum van toekenning of betaalbaarstelling van de op de keerzijde vermelde dividenden, bedragende (voluit) :*  
zum Zeitpunkt des Zufließens oder der Fälligkeit der umseitig angeführten und sich auf (in Worten) :

d'établissement stable auquel se rattachaient effectivement les actions ou parts génératrices de ces dividendes ;  
*geen vaste inrichting bezat waarmede de aandelen of delen, die de dividenden voortbragen, wezenlijk waren verbonden ;*

belaufenden Dividenden in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Anteile, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich gehörten ;

3° demande à bénéficier de la réduction du précompte mobilier sur ces dividendes conformément aux dispositions de la convention belgo-autrichienne de double imposition.

*verzoekt om vermindering van de roerende voorheffing op die dividenden ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag.*

die Ermäßigung der Vorsteuer auf diesen Dividenden nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. L'excédent de précompte mobilier doit être remboursé à :

*De teveel geheven roerende voorheffing is terug te betalen aan :*

Der zuviel einbehaltene Betrag der Vorsteuer ist zu erstatten an :

de la manière indiquée ci-contre :

*op de volgende wijze :*

auf folgende Weise :

5. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :

*Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :*

Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet :

Date et signature du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) ou de son représentant (2),  
*Datum en handtekening van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2), vertegenwoordiger (2),*  
Datum und Unterschrift des Eigentümers (2), des Nießbrauchers (2) oder seines Vertreters (2).

(1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.

*Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.*

Hinweis auf die Erläuterungen.

(2) Biffer la mention inutile.

*Het niet passende doorhalen.*

Nichtzutreffendes streichen.

III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRAGE				
Nature et forme des actions ou parts <i>Aard en vorm van de aandelen of delen</i> Art der Anteile	Numéro du coupon et date de mise en paiement <i>Nummer van de coupon en datum van de betaalbaarstelling</i> Nummer des Kupons und Tag der Fälligkeit	Nombre de coupons <i>Aantal coupons</i> Anzahl der Kupons	Dividende net d'impôt belge par coupon <i>Nettodividend na Belgische belasting, per coupon</i> Nettodividende je Kupon nach Abzug der belgischen Steuer	Montant global net d'impôt belge des coupons <i>Totaal nettobedrag der coupons na Belgische belasting</i> Gesamtnettobetrag der Dividenden nach Abzug der belgischen Steuer
1	2	3	4	5
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....

Documents annexés (nombre et nature) :

*Hierbij gevoegde stukken (aantal en aard) :*

Beigefügte Unterlagen (Anzahl und Art)

(a) .....

## IV.

ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien mentionné ci-dessous certifie que :

*De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdienst bevestigt dat :*

Die nachstehende österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß:

- 1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;  
*de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;*  
die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen;
- 2° le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres est un résident de l'Autriche au sens de la convention ;  
*de eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten een verblijfhouder van Oostenrijk in de zin van het verdrag ;*  
der Eigentümer (1), Nießbraucher (1) der Wertpapiere in Österreich im Sinn des Abkommens ansässig ist.

Date, signature et cachet  
*Datum, handtekening en stempel,*  
Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

## NOTICE EXPLICATIVE

1. En vertu de l'article 10, § 2, de la convention fiscale belgo-autrichienne, la Belgique limite sous certaines conditions à 15 p.c. du montant brut des dividendes, le taux du précompte mobilier sur les dividendes (y compris les revenus de capitaux investis imposables comme tels) attribués, par des sociétés résidentes de la Belgique à des résidents de l'Autriche.  
La limitation est subordonnée à la condition que la participation génératrice des dividendes ne se rattache pas effectivement à un établissement stable exploité en Belgique par le bénéficiaire de ces dividendes.
2. La réduction est normalement accordée par voie de remboursement du trop-perçu. A cette fin, l'actionnaire qui est un résident de l'Autriche et réunit certaines conditions (voir cadre II, n° 3 du formulaire) doit, pour chaque société belge dont il est actionnaire, remplir à l'aide d'un papier carbone et signer les deux exemplaires de la demande de réduction modèle 276 Div. (A) et les envoyer au service de taxation autrichien dont il relève. Ce service remet le premier exemplaire au requérant après y avoir apposé l'attestation requise (cadre IV) et conserve le second exemplaire.
3. Le premier exemplaire ainsi visé par le service de taxation autrichien doit être transmis à M. LE CONTROLEUR EN CHEF DES CONTRIBUTIONS DE SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, le plus rapidement possible et en tout cas avant l'expiration d'un délai de trois ans à partir du 1er janvier de l'année suivant celle de la mise en paiement des dividendes.
4. Pour les actions au porteur, la demande doit être appuyée de documents probants établissant que le requérant est propriétaire ou usufruitier des titres (bordereaux d'encaissement des coupons, etc.).
5. La formule relative à la demande de réduction en application de la convention belgo-autrichienne, peut être obtenue en Belgique auprès du Service de Documentation des Contributions directes, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, ou en Autriche auprès des « Finanzlandesdirektionen ».

## TOELICHTING

1. Volgens artikel 10, § 2, van het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag, beperkt België onder zekere voorwaarden tot 15 pct. van het brutodividend het tarief van de roerende voorheffing op dividenden (daaronder begrepen de als dusdanig belastbare inkomsten van belegde kapitalen), toegekend aan verblijfhouders van Oostenrijk door vennootschappen die verblijfhouder van België zijn.  
De vermindering is van toepassing op voorwaarde dat de participatie die de dividenden oplevert niet wezenlijk is verbonden met een vaste inrichting in België van de genietter van die dividendden.
2. De vermindering wordt normaal verleend door terugbetaling van het teveel gegeven bedrag. Te dien einde moet de aandeelhouder, die verblijfhouder is van Oostenrijk en aan zekere voorwaarden voldoet (zie vak II, nr. 3, van het formulier), per Belgische vennootschap waarin hij aandeelhouder is de twee exemplaren van een aanvraag om vermindering nr 276 Div. (A) met carbonpapier invullen en ondertekenen en aan de Oostenrijkse belastingdienst van zijn gebied zenden. Deze dienst bezorgt het eerste exemplaar aan de aanvrager terug na het van de vereiste bevestiging (vak IV) te hebben voorzien, en bewaart het tweede exemplaar.
3. Het eerste exemplaar, door de Oostenrijkse belastingdienst getekend, moet worden gestuurd aan de Hoofdcontroleur der belastingen van Sint-Joost-ten-Node 1, Paleizenstraat 48, 1030 Brussel, en wel zo spoedig mogelijk of alleszins vóór het verstrijken van een termijn van drie jaren, aanvangend op 1 januari van het jaar na dat waarin de dividendden betaalbaar gesteld zijn.
4. Met betrekking tot aandelen aan toonder moeten bij de aanvraag de bewijsstukken gevoegd worden, waaruit blijkt dat de aanvrager de eigenaar of vruchtgebruiker van de effecten is (couponbordereellen, enz.).
5. Het formulier voor het aanvragen van vermindering ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag kan in België worden bekomen bij de Documentatiedienst van de directe belastingen, Belliardstraat 45, 1040 Brussel, of in Oostenrijk bij de »Finanzlandesdirektionen«.

**ERLÄUTERUNGEN**

1. Gemäß Artikel 10 Absatz 2 des belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommens wird in Belgien bei Dividenden (einschließlich der Einkünfte aus investiertem Kapital, die als solche besteuert werden), die von den in Belgien ansässigen Gesellschaften an in Österreich ansässige Personen gezahlt werden, die Vorsteuer unter bestimmten Bedingungen auf 15 v. H. des Bruttobetragtes der Dividenden begrenzt. Die Begrenzung des Satzes kommt nur unter der Bedingung in Betracht, daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, nicht tatsächlich zu einer vom Empfänger dieser Dividenden in Belgien unterhaltenen Betriebsstätte gehört.
2. Die Ermäßigung wird in der Regel durch Erstattung des zuviel einbehaltenen Betrages gewährt. Hierzu hat der Aktionär, wenn er in Österreich ansässig ist und bestimmte Bedingungen erfüllt (siehe Abschnitt II, Nr. 3 des Vordrucks), für jede belgische Gesellschaft, an der er als Aktionär beteiligt ist, im Durchschreibverfahren die beiden Ausfertigungen des Antrages auf Ermäßigung — Vordruck 276 Div. (A) — auszufüllen, zu unterschreiben und an die für ihn zuständige österreichische Steuerbehörde zu senden. Diese Behörde gibt die erste Ausfertigung nach Erteilung der erforderlichen Bestätigung (Abschnitt IV) dem Antragsteller zurück und nimmt die zweite Ausfertigung zu den Akten.
3. Die von der österreichischen Steuerbehörde bestätigte Ausfertigung ist so bald als möglich, in jedem Fall jedoch binnen eines Zeitraumes von drei Jahren, beginnend am 1. Januar des Jahres, das dem Jahr der Fälligkeit der Dividenden folgt, dem CONTRÔLEUR EN CHEF DES CONTRIBUTIONS DE SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, zu übersenden.
4. Bei Inhaberaktien sind dem Antrag Beweisunterlagen beizufügen, aus denen hervorgeht, daß der Antragsteller Eigentümer oder Nießbraucher der Wertpapiere ist (Abrechnungsbeleg über die Einlösung der Kupons usw.).
5. Der Vordruck betreffend die Ermäßigung gemäß dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen kann in Belgien beim »Service de Documentation des Contributions directes, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, oder in Österreich bei den Finanzlandesdirektionen bezogen werden.

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

## Anlage 3

ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIE  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KÖNIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

<p>DEMANDE DE REDUCTION (1) du précompte mobilier sur les intérêts en application de la convention belgo-autrichienne de double imposition. <i>AANVRAAG OM VERMINDERING (1)</i> <i>van de roerende voorheffing op interesten ingevolge het</i> <i>Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag.</i> ANTRAG AUF ERMÄSSIGUNG der Vorsteuer (1) auf Zinsen nach dem belgisch- österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen.</p>	<p>I Exemplaire destiné à l'Administration belge Exemplaar voor de Belgische administratie Für die belgische Verwaltung bestimmte Ausfertigung</p>
--	--

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DU DEBITEUR BELGE DES REVENUS :  
BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE VENNOOTSCHAP  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DES BELGISCHEN SCHULDNERS DER ZINSEN:

Adresse ou siège social :  
Adres of zetel :  
Anschrift oder Sitz:

II. DECLARATION DU REQUERANT VERKLARING VAN DE AANVRAGER ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) des titres, du créancier (2) ou du déposant (2) :  
*Naam en voornaam, benaming of firma van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) der effecten, van de schuldeiser (2), deponent (2) :*  
Nama und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Eigentümers (2) oder Nießbrauchers (2) der Wertpapiere, des Gläubigers (2) oder des Deponenten (2):

2. Adresse complète :  
Volledig adres :  
Vollständige Anschrift:

3. Le soussigné certifie que le propriétaire (2), l'usufruitier (2) des titres, le créancier (2) ou le déposant (2) désigné ci-dessus :  
*De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) van de effecten, schuldeiser (2), deponent (2) :*  
Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Eigentümer (2) oder Nießbraucher (2) der Wertpapiere, Gläubiger (2) oder Deponent (2):

1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;  
*een verblijfhouder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;*  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist;

2° n'avait pas en Belgique, à la date d'échéance des intérêts mentionnés au verso et s'élevant à (en toutes lettres) :  
*in België op de vervaldag van de op de keerzijde vermelde interesten, bedragende (voluit) :*  
zum Zeitpunkt der Fälligkeit der umseitig angeführten und sich auf (in Worten):

d'établissement stable auquel se rattachaient effectivement les titres, créances ou dépôts générateurs de ces intérêts ;  
*geen vaste inrichting bezat waarmede de effecten, schuldborderingen of deposito's, die de interesten voortbrengen, wezenlijk verbonden waren ;*  
beloufenden Zinsen in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Wertpapiere, Forderungen oder Einlagen, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich gehörten;

3° demande à bénéficier de la réduction du précompte mobilier sur ces intérêts conformément aux dispositions de la convention belgo-autrichienne de double imposition.  
*verzoekt om vermindering van de roerende voorheffing op die interesten ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag.*  
die Ermäßigung der Vorsteuer auf diese Zinsen nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. L'excédent de précompte mobilier doit être remboursé à :  
*De teveel geheven roerende voorheffing is terug te betalen aan :*  
Der zuviel einbehaltene Betrag der Vorsteuer ist zu erstatten an:  
de la manière indiquée ci-contre :  
*op de volgende wijze :*  
auf folgende Weise:

5. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :  
*Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :*  
Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet:

Date et signature du propriétaire (2), de l'usufruitier (2),  
du créancier (2), du déposant (2) ou de son représentant (2).  
*Datum en handtekening van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2),*  
*schuldeiser (2), deponent (2), vertegenwoordiger (2),*  
Datum und Unterschrift des Eigentümers (2), Nießbrauchers (2),  
Gläubigers (2), Deponenten (2) oder seines Vertreters (2).

(1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.  
*Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.*  
Hinweis auf die Erläuterungen.

(2) Biffer la mention inutile.  
*Het niet passende doorhalen.*  
Nichtzutreffendes streichen.

## III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRÄGE

Nature et forme des titres, créances ou dépôts	Date d'émission ou de conclusion du contrat	Numéro du coupon (pour les titres) et date d'échéance des intérêts	Nombre de coupons (pour les titres)	Intérêt net d'impôt belge par coupon, créance ou dépôt	Montant global net d'impôt belge des coupons ou des intérêts
Aard en vorm van de effecten, schuldvorderingen of deposito's	Datum van uitgifte of van sluiting van het contract	Nummer van de coupon (voor effecten) en vervaldag van de interesten	Aantal coupons (voor effecten)	Netto-interest na Belgische belasting, per coupon, schuldvordering of deposito	Totaal nettobedrag der coupons of interesten na Belgische belasting
Art der Wertpapiere, Forderungen oder Einlagen	Tag der Ausgabe oder des Vertragsabschlusses	Nummer des Kupons (bei Wertpapieren) u. Tag der Fälligkeit der Zinsen	Anzahl der Kupons (bei Wertpapieren)	Nettozins je Kupon, Forderung oder Einlage nach Abzug der belgischen Steuer	Gesamtnettobetrag der Zinsen nach Abzug der belgischen Steuer
1	2	3	4	5	6
.....	.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....	.....

Documents annexés (nombre et nature) :  
 Hierbij gevoegde stukken (aantal en aard) :  
 Beigefügte Unterlagen (Anzahl und Art)

(a)

IV. ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
 BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
 BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien soussigné certifie que :

De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdienst bevestigt dat :  
 Die unterzeichnete österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß :

1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;  
 de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;

die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen ;

2° le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres, le créancier (1) ou le déposant (1) est un résident de l'Autriche au sens de la convention.  
 de eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten, schuldeiser (1) een verblijfhouder is van Oostenrijk in de zin van het verdrag.  
 der Eigentümer (1), Nießbraucher (1) der Wertpapiere, Gläubiger (1) oder Deponent (1) in Österreich ansässig ist.

Date, signature et cachet,  
 Datum, handtekening en stempel,  
 Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

V. ATTESTATION DU CONTROLEUR EN CHEF A SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1  
 BEVESTIGING VAN DE HOOFDCONTROLEUR TE SINT-JOOST-TEN-NODE 1

Le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres dont l'adresse figure au cadre II

n'a pas d'établissement stable en Belgique (1)  
 a un établissement stable

De in vak II aangeduide eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten, schuldeiser, deponent

beeft in België geen vaste inrichting (1)  
 heeft een vaste inrichting

à ..... rue .....  
 te .....

..... n° ..... (1)  
 straat, nr (1)

Date, signature et cachet,  
 Datum, handtekening en stempel,

Attestation du Contrôleur en chef de l'établissement stable.  
 Bevestiging van de Hoofdcontroleur der vaste inrichting.

Les titres, créances ou dépôts mentionnés au cadre III sont investis (1) — ne sont pas investis (1) — dans l'établissement stable mentionné ci-dessus.

De in vak III vermelde effecten, schuldvorderingen of deposito's zijn belegd (1) — zijn niet belegd (1) in de hierboven vermelde vaste inrichting.

Le Contrôleur en chef à .....  
 De Hoofdcontroleur te .....

(date et signature)  
 (datum en handtekening)

VI. CADRE A REMPLIR PAR L'ADMINISTRATION FISCALE BELGE  
 OU PAR LE DEBITEUR DES REVENUS

IN TE VULLEN DOOR DE BELGISCHE BELASTINGADMINISTRATIE  
 OF DOOR DE SCHULDENAAR VAN DE INKOMSTEN

1. Montant global net d'impôt belge des coupons ou des intérêts (col. 6 du cadre III) :  
 Totaal nettobedrag der coupons of interesten na Belgische belasting (vak III, kol. 6) : (a) .....
2. Montant à rembourser ou réduction résultant de la convention (2) : (a) ..... x 6,25 % = (b) .....
- Terug te betalen of vermindering volgens dubbelbelastingverdrag (2) :
3. Montant revenant au bénéficiaire des coupons ou des intérêts (a + b) : (c) .....
- Aan de genietter van de coupons of de interesten toekomend bedrag (a + b) :

Date et signature du contrôleur en chef du débiteur des intérêts,  
 Datum en handtekening van de hoofdcontroleur van de schuldenaar der interesten,

(1) Biffer la mention inutile.

Het niet passende doorhalen.

Nichtzutreffendes streichen.

(2) Voir n° 5 de la notice explicative.

Zie n° 5 van de toelichting.

ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIE  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KÖNIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

DEMANDE DE REDUCTION (1)  
du précompte mobilier sur les intérêts en application de la convention  
belgo-autrichienne de double imposition.

AANVRAAG OM VERMINDERING (1)  
van de roerende voorheffing op interesten ingevolge het  
Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag.

ANTRAG AUF ERMÄSSIGUNG der Vorsteuer (1)  
auf Zinsen nach dem belgisch-  
österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen.

2

Exemplaire destiné à  
l'Administration autrichienne

Exemplaar voor de  
Oostenrijkse administratie

Für die österreichische Verwaltung  
bestimmte Ausfertigung

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DU DEBITEUR BELGE DES REVENUS :  
BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE VENNOOTSCHAP  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DES BELGISCHEN SCHULDNERS DER ZINSEN:

Adresse ou siège social :  
Adres of zetel :  
Anschrift oder Sitz:

II. DECLARATION DU REQUERANT VERKLARING VAN DE AANVRAGER ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du propriétaire (2), de l'usufruitier (2) des titres, du créancier (2) ou du déposant (2) :  
Naam en voornaam, benaming of firma van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) der effecten, van de schuldeiser (2), deponent (2) :  
Name und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Eigentümers (2) oder Nießbrauchers (2) der Wertpapiere, des Gläubigers (2) oder des Deponenten (2):

2. Adresse complète :

Volledig adres :  
Vollständige Anschrift:

3. Le soussigné certifie que le propriétaire (2), l'usufruitier (2) des titres, le créancier (2) ou le déposant (2) désigné ci-dessus :  
De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide eigenaar (2), vruchtgebruiker (2) van de effecten, schuldeiser (2), deponent (2) :  
Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Eigentümer (2) oder Nießbraucher (2) der Wertpapiere, Gläubiger (2) oder Deponent (2):

1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;  
een verblijfhouder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist ;

2° n'avait pas en Belgique, à la date d'échéance des intérêts mentionnés au verso et s'élevant à (en toutes lettres) :  
in België op de vervaldag van de op de keerzijde vermelde interesten, bedragende (voluit) :  
zum Zeitpunkt der Fälligkeit der umseitig angeführten und sich auf (in Worten):

d'établissement stable auquel se rattachaient effectivement les titres, créances ou dépôts générateurs de ces intérêts ;  
geen vaste inrichting bezat waarmede de effecten, schuldvorderingen of deposito's, die de interesten voortbrengen, wezenlijk verbonden waren ;  
belaufenden Zinsen in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Wertpapiere, Forderungen oder Einlagen, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich gehörten ;

3° demande à bénéficier de la réduction du précompte mobilier sur ces intérêts conformément aux dispositions de la convention belgo-autrichienne de double imposition.  
verzoekt om vermindering van de roerende voorheffing op die interesten ingevolge het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag.  
die Ermäßigung der Vorsteuer auf diese Zinsen nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. L'excédent de précompte mobilier doit être remboursé à :  
De teveel geheven roerende voorheffing is terug te betalen aan :  
Der zuviel einbehaltene Betrag der Vorsteuer ist zu erstatten an:  
de la manière indiquée ci-contre :  
op de volgende wijze  
auf folgende Weise:

5. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :  
Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :  
Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet:

Date et signature du propriétaire (2), de l'usufruitier (2),  
du créancier (2), du déposant (2) ou de son représentant (2).  
Datum en handtekening van de eigenaar (2), vruchtgebruiker (2),  
schuldeiser (2), deponent (2), vertegenwoordiger (2),  
Datum und Unterschrift des Eigentümers (2), Nießbrauchers (2),  
Gläubigers (2), Deponenten (2) oder seines Vertreters (2).

- (1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.  
Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.  
Hinweis auf die Erläuterungen.  
(2) Biffer la mention inutile.  
Het niet passende doorhalen.  
Nichtzutreffendes streichen.

## III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRÄGE

Nature et forme des titres, créances ou dépôts	Date d'émission ou de conclusion du contrat	Numéro du coupon (pour les titres) et date d'échéance des intérêts	Nombre de coupons (pour les titres)	Intérêt net d'impôt belge par coupon, créance ou dépôt	Montant global net d'impôt belge des coupons ou des intérêts
<i>Aard en vorm van de effecten, schuldvorderingen of deposito's</i>	<i>Datum van uitgifte of van sluiting van het contract</i>	<i>Nummer van de coupon (voor effecten) en vervaldag van de interesten</i>	<i>Aantal coupons (voor effecten)</i>	<i>Netto-interest na Belgische belasting, per coupon, schuldvordering of deposito</i>	<i>Totaal nettobedrag der coupons of interesten na Belgische belasting</i>
Art der Wertpapiere, Forderungen oder Einlagen	Tag der Ausgabe oder des Vertragsabschlusses	Nummer des Kupons (bei Wertpapieren) u. Tag der Fälligkeit der Zinsen	Anzahl der Kupons (bei Wertpapieren)	Nettozins je Kupon, Forderung oder Einlage nach Abzug der belgischen Steuer	Gesamtnettobetrag der Zinsen nach Abzug der belgischen Steuer
1	2	3	4	5	6
.....	.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....	.....

Documents annexés (nombre et nature) :

Hierbij gevoegde stukken (aantal en aard) :

Beigefügte Unterlagen (Anzahl und Art)

(a) .....

## IV.

ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien soussigné certifie que :

De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdienst bevestigt dat :

Die unterzeichnete österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß:

1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;

de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;

die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen ;

2° le propriétaire (1), l'usufruitier (1) des titres, le créancier (1) ou le déposant (1) est un résident de l'Autriche au sens de la convention.

de eigenaar (1), vruchtgebruiker (1) van de effecten, schuldeiser (1) een verblijfhouder is van Oostenrijk in de zin van het verdrag.

der Eigentümer (1), Nießbraucher (1) der Wertpapiere, Gläubiger (1) oder Deponent (1) in Österreich ansässig ist.

Date, signature et cachet,

Datum, handtekening en stempel,

Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

## NOTICE EXPLICATIVE

1. En vertu de l'article 11, § 2, de la convention fiscale belgo-autrichienne la Belgique limite, sous certaines conditions à 15 p.c. du montant brut des intérêts le taux du précompte mobilier sur les intérêts recueillis par des résidents de l'Autriche.  
La limitation ne s'applique qu'aux intérêts normaux et elle est subordonnée à la condition que le prêt, la créance ou le dépôt générateur des intérêts ne se rattache pas effectivement à un établissement stable exploité en Belgique par le bénéficiaire de ces intérêts.
2. En ce qui concerne les intérêts d'obligations AU PORTEUR, la réduction est accordée par voie de remboursement du trop-perçu. A cette fin, le bénéficiaire des intérêts qui est un résident de l'Autriche et réunit certaines conditions (voir cadre II, n° 3 du formulaire), doit pour chaque débiteur belge, remplir à l'aide d'un papier carbone et signer les deux exemplaires de la demande de réduction modèle 276 Int. (A) et les envoyer au service de taxation autrichien dont il relève. Ce service remet le premier exemplaire au requérant après y avoir apposé l'attestation requise (cadre IV) et conserve le second exemplaire. Le premier exemplaire ainsi visé par le service de taxation autrichien doit être transmis à M. le Contrôleur en chef des contributions de Saint-Josse-ten-Noode 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, le plus rapidement possible ou en tout cas avant l'expiration d'un délai de trois ans à partir du 1er janvier de l'année suivant celle de l'attribution ou de la mise en paiement des intérêts; l'exemplaire précité doit être appuyé de documents probants établissant que le requérant est propriétaire ou usufruitier des obligations (bordereaux d'encaissement des coupons, etc.).
3. En ce qui concerne les intérêts de créances, prêts, obligations et dépôts NOMINATIFS, ou les intérêts d'obligations au porteur dont le paiement est assuré par le débiteur personnellement, la réduction peut être accordée d'emblée à la source. A cette fin, le bénéficiaire des intérêts doit également, pour chaque débiteur belge des intérêts, remplir et signer les deux exemplaires de la demande de réduction modèle 276 Int. (A) et les transmettre, pour visa, au service de taxation autrichien dont il relève. Le premier exemplaire, dûment visé par le service précité, doit être remis au débiteur des intérêts dans les dix jours de l'échéance de ceux-ci. Si la limitation du précompte mobilier n'a pu être accordée à la source, le remboursement du trop-perçu reste possible suivant la procédure tracée sub 2 ci-avant.
4. Si le paiement des intérêts de créances, prêts et dépôts nominatifs est effectué plusieurs fois l'an, la réduction peut, sous certaines conditions, être obtenue en souscrivant une seule demande pour l'ensemble des intérêts échus au cours de la même année.
5. La convention belgo-autrichienne reste sans effet et aucun remboursement ne doit donc être accordé à l'égard des revenus qui ne sont pas soumis au précompte mobilier au titre de revenus mobiliers.
6. La formule relative à la demande de réduction en application de la convention belgo-autrichienne, peut être obtenue en Belgique auprès du Service de Documentation des contributions directes, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, ou en Autriche auprès des « Finanzlandesdirektionen ».

## TOELICHTING

1. Krachtens artikel 11, § 2, van het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag beperkt België onder zekere voorwaarden, het tarief van de roerende voorheffing tot 15 pct. van de bruto-interest door verblijfbonnders van Oostenrijk.  
De vermindering is alleen van toepassing op interest van een normaal bedrag en op voorwaarde dat de lening, de schuldvordering of het deposito, die de interest opleveren, niet wezenlijk zijn verbonden met een vaste inrichting in België van de genietter van die interest.
2. Met betrekking tot interest van obligaties aan toonder, wordt de vermindering normaal verleend door terugbetaling van het teveel gebeven bedrag. Te dien einde moet de genietter van de interesten die verblijfhouder van Oostenrijk is en aan zekere voorwaarden voldoet (zie vak II, nr. 3 van het formulier), per Belgische schuldenaar de twee exemplaren van een aanvraag om vermindering nr. 276 Int. (A) met carbonpapier invullen en ondertekenen en aan de Oostenrijkse belastingdienst van zijn gebied zenden. Deze dienst bezorgt het eerste exemplaar aan de aanvrager terug na het van de vereiste bevestiging (vak IV) te hebben voorzien, en bewaart het tweede exemplaar. Het eerste exemplaar, door de Oostenrijkse belastingdienst getekend, moet worden gestuurd aan de Hoofddirectie der belastingen van St. Joost-ten-Node 1, Paleizenstraat 48, 1030 Brussel, en wel zo spoedig mogelijk of alleszins vóór het verstrijken van een termijn van drie jaren, aanvangend op 1 januari van het jaar na dat waarin de interesten toegekend of betaalbaar gesteld zijn; bij het voormelde exemplaar moeten de bewijsstukken gevoegd worden, waaruit blijkt dat de aanvrager de eigenaar of vruchtgebruiker van de obligaties is (couponbordereaux, enz.).
3. Met betrekking tot interest van schuldvorderingen, leningen obligaties en deposito's op naam of tot interest van obligaties aan toonder ingeval de schuldenaar persoonlijk voor de uitbetaling van de interest zorgt, mag de vermindering bij de bron worden verleend. Te dien einde moet de genietter van de interest, per Belgische schuldenaar, eveneens de twee exemplaren van de aanvraag om vermindering nr. 276 Int. (A) invullen en ondertekenen en aan de Oostenrijkse belastingdienst van zijn gebied zenden. Het eerste exemplaar, behoorlijk door de voormelde dienst getekend, moet binnen tien dagen na de vervaldag van de interest aan de schuldenaar worden afgegeven. Indien de beperking van de roerende voorheffing niet bij de bron kan worden verleend, is terugbetaling van het teveel gebeven bedrag mogelijk op de onder nr. 2 hierboven vermelde wijze.
4. Indien interest van schuldvorderingen, leningen en deposito's op naam meer dan eens per jaar wordt betaald, kan de vermindering, onder zekere voorwaarden, bekomen worden door één enkele aanvraag te doen voor al de in hetzelfde jaar vervallen interesten.
5. Het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag heeft geen uitwerking en geen terugbetaling moet dus worden verleend ter zake van inkomsten die niet als roerende inkomsten aan de roerende voorheffing zijn onderworpen.
6. Het formulier voor het aanvragen van vermindering ingevolge het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag kan in België worden bekomen bij de Documentatiedienst van de directie belastingen, Belliardstraat 45, 1040 Brussel, of in Oostenrijk bij de « Finanzlandesdirektionen ».

## ERLÄUTERUNGEN

1. Gemäß Artikel 11 Absatz 2 des belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommens wird in Belgien unter bestimmten Bedingungen die Vorsteuer auf 15 v. H. des Bruttobetragtes der Zinsen begrenzt, die in Österreich ansässigen Empfängern zufließen. Die Begrenzung des Steuersatzes wird nur für die üblichen Zinsen und nur unter der Bedingung gewährt, daß das Darlehen, die Forderung oder die Einlage, für die die Zinsen gezahlt werden, nicht tatsächlich zu einer vom Empfänger dieser Zinsen in Belgien unterhaltenen Betriebsstätte gehört.
2. Bei Zinsen aus INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN wird die Ermäßigung durch Erstattung des zuviel einbehaltenen Betrages gewährt. Hierzu hat der Empfänger der Zinsen, wenn er in Österreich ansässig ist und bestimmte Bedingungen erfüllt (siehe Abschnitt II Nr. 3 des Vordruckes), für jeden belgischen Schuldner im Durchschreibverfahren die beiden Ausfertigungen des Antrages auf Ermäßigung — Vordruck 276 Int. (A) — auszufüllen, zu unterschreiben und an die für ihn zuständige österreichische Steuerbehörde zu senden. Diese Behörde gibt die erste Ausfertigung nach Erteilung der erforderlichen Bestätigung (Abschnitt IV) dem Antragsteller zurück und nimmt die zweite Ausfertigung zu den Akten. Die von der österreichischen Steuerbehörde bestätigte erste Ausfertigung ist sobald als möglich, in jedem Falle jedoch binnen eines Zeitraumes von drei Jahren, beginnend am 1. Januar des Jahres, das dem Jahr des Zufließens oder der Fälligkeit der Zinsen folgt, dem Contrôleur en chef des contributions de Saint-Josse-ten-Noode 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, zu übersenden; dieser Ausfertigung sind Beweisunterlagen beizufügen, aus denen hervorgeht, daß der Antragsteller Eigentümer oder Nießbraucher der Schuldverschreibungen ist (Abrechnungsbeleg über die Einlösung der Kupons usw.).
3. Bei Zinsen aus den AUF NAMEN LAUTENDEN Forderungen, Darlehen, Schuldverschreibungen und Einlagen oder bei Zinsen aus Inhaberschuldverschreibungen, bei denen der Schuldner die Bedienung übernimmt, wird die Ermäßigung schon an der Quelle gewährt. Hierzu hat der Empfänger ebenfalls für jeden belgischen Schuldner die beiden Ausfertigungen des Antrages auf Ermäßigung — Vordruck 276 Int. (A) — auszufüllen, zu unterschreiben und zur Bestätigung an die für ihn zuständige österreichische Steuerbehörde zu senden. Die von der österreichischen Steuerbehörde entsprechend bestätigte Ausfertigung ist dem Schuldner binnen zehn Tagen nach Fälligkeit der Zinsen zu übersenden. Konnte die Ermäßigung der Vorsteuer nicht an der Quelle vorgenommen werden, bleibt die Möglichkeit der Erstattung des zuviel einbehaltenen Betrages nach Nr. 2.
4. Werden die Zinsen für auf Namen lautende Forderungen, Darlehen und Einlagen mehrere Male im Jahr gezahlt, so kann die Ermäßigung unter bestimmten Voraussetzungen mit der Einreichung eines einzigen Antrages für die gesamten, im gleichen Jahr fälligen Zinsen erlangt werden.
5. Das belgisch-österreichische Abkommen findet keine Anwendung bei Einkünften, die nicht als Einkünfte aus beweglichem Vermögen der Vorsteuer unterliegen; eine Erstattung darf in diesem Fall nicht gewährt werden.
6. Der Vordruck betreffend die Ermäßigung gemäß dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen kann in Belgien beim »Service de Documentation des Contributions directes«, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, oder in Österreich bei den Finanzlandesdirektionen bezogen werden.

GÜLTIG BIS 1. VALD 08.2022

## Anlage 4

ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIE  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KONIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

<p>DEMANDE D'EXONERATION OU DE REDUCTION (1) du précompte mobilier sur les redevances en application de la convention belgo-autrichienne de double imposition. <b>AANVRAAG OM VRIJSTELLING OF VERMINDERING (1)</b> <i>van de roerende voorheffing op royalty's ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag.</i> <b>ANTRAG AUF BEFREIUNG (1)</b> von der Vorsteuer auf Lizenzgebühren oder auf <b>ERMÄSSIGUNG (1)</b> der Vorsteuer auf Lizenzgebühren nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen.</p>	<p>I Exemplaire destiné à l'Administration belge 1 exemplaar voor de Belgische administratie Für die belgische Verwaltung bestimmte Ausfertigung</p>
--	--

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DU DEBITEUR BELGE DES REVENUS :  
**BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE SCHULDENAAR VAN DE INKOMSTEN**  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DES BELGISCHEN SCHULDNERS DER LIZENZGEBÜHREN:

Adresse ou siège social :

Adres of zetel :

Anschrift oder Sitz :

II. DECLARATION DU REQUERANT      VERKLARING VAN DE AANVRAGER      ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du bénéficiaire des redevances :  
*Naam en voornaam, benaming of firma van de genietter van de royalty's :*  
Name und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Empfängers der Lizenzgebühren:

2. Adresse complète :

*Volledig adres :*

Vollständige Anschrift

3. Le soussigné certifie que le bénéficiaire désigné ci-dessus :  
*De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide genietter :*  
Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Empfänger:

- 1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;  
*een verblijfhouder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;*  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist ;  
2° est le seul ayant droit aux redevances mentionnées au verso et s'élevant à (en toutes lettres)  
*de enige rechtshebbende is op de op keerzijde vermelde royalty's, bedragende (voluit)*  
als einziger Anspruch auf die umseitig genannten und sich auf (in Worten)

belaufenden Lizenzgebühren hat.

- 3° possède (2) — ne possède pas (2) plus de 50 pour cent du capital de la société qui paie les redevances (3) ;  
*meer bezit (2) — niet meer bezit (2) dan 50 ten honderd van het kapitaal van de vennootschap die de royalty's uitkeert (3) ;*  
nicht (2) zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der die Lizenzgebühren auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist (3) ;  
4° n'avait pas en Belgique, à la date d'échéance des redevances, un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien géné-  
*in België op de vervaldatum van de royalty's geen vaste inrichting bezat waarmede het rechts of het goed, die de royalty's opleveren, wesen-  
lijk zijn verbonden ;*  
zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Lizenzgebühren in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Rechte oder Vermögens-  
werte, für die die Lizenzgebühren bezahlt werden, tatsächlich gehörten ;  
5° demande à bénéficier de l'exonération (2), de la réduction (2) du précompte mobilier sur ces redevances conformément aux dispositions de la  
*verzoekt om vrijstelling (2), vermindering (2) van de roerende voorheffing op die royalty's ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelasting-  
verdrag.*  
die Befreiung von der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren (2), die Ermäßigung der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren (2) nach  
dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :  
*Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :*  
Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet:

Date et signature du bénéficiaire (2), ou de son représentant (2),  
*Datum en handtekening van de genietter (2), of zijn vertegenwoordiger (2),*  
Datum und Unterschrift des Empfängers (2) oder seines Vertreters (2),

(1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.  
*Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.*  
Hinweis auf die Erläuterungen.

(2) Biffer la mention inutile.  
*Het niet passende doorhalen.*  
Nichtzutreffendes streichen.

(3) Déclaration à souscrire uniquement lorsque le débiteur belge mentionné au cadre I est une société.  
*Verklaring enkel in te vullen indien de in kader I vermelde Belgische schuldenaar een vennootschap is.*  
Diese Erklärung ist nur dann abzugeben, wenn der in Abschnitt I genannte belgische Schuldner der Lizenzgebühren eine Gesell-  
schaft ist.

III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRÄGE

Date de conclusion et durée du contrat :  
*Datum waarop de overeenkomst werd gesloten en duur :* .....  
 Tag des Vertragsabschlusses und Dauer des Vertrages :  
 Nature des droits ou biens concédés :  
*Aard van de verleende rechten of goederen :* .....  
 Art der überlassenen Rechte oder Vermögenswerte:

Méthode de détermination des redevances :  
*Wijze van berekening van de royalty's :* .....  
 Art der Bemessung der Lizenzgebühren:  
 Date(s) d'échéance des redevances :  
*Vervaldag(en) van de royalty's :* .....  
 Fälligkeitstermin(e) der Lizenzgebühren:  
 Montant des redevances par échéance (1), pour la première échéance visée à la demande si ce montant est variable (1) :  
*Bedrag van de royalty's per vervaldag (1), voor de eerste vervaldag bedoeld in de aanvraag indien het bedrag veranderlijk is (1) :*  
 Betrag der Lizenzgebühren je Fälligkeitstermin (1) oder — bei nicht gleichbleibendem Betrag — Betrag des ersten in diesem Antrag genannten Fälligkeitstermins (1):

Montant total des redevances perçues en vertu du même contrat au cours de l'année précédente :  
*Totaal bedrag der royalty's tijdens het vorige jaar ter zake van dezelfde overeenkomst ontvangen :*  
 Gesamtbetrag der auf Grund des gleichen Vertrages während des vorhergehenden Jahres bezogenen Lizenzgebühren:

IV. ATTESTATION DES AUTORITES FISCALES AUTRICHIENNES  
 BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
 BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien soussigné certifie que :  
 De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdienst bevestigt dat :  
 Die unterzeichnete österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß:

- 1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;  
*de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;*  
 die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen ;
- 2° le bénéficiaire est un résident de l'Autriche au sens de la convention.  
*de geniet een verblijfshoofdstad van Oostenrijk in de zin van het verdrag.*  
 der Empfänger in Österreich im Sinne des Abkommens ansässig ist.

Date, signature et cachet,  
*Datum, handtekening en stempel,*  
 Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

V. ATTESTATION DU CONTROLEUR EN CHEF A SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1  
 BEVESTIGING VAN DE HOOFDCONTROLEUR TE SINT-JOOST-TEN-NODE 1

Le bénéficiaire des redevances dont l'adresse figure au cadre II n'a pas d'établissement stable en Belgique (1)  
 a un établissement stable

De in vak II aangeduide geniet van de royalty's heeft in België geen vaste inrichting (1)  
 heeft een vaste inrichting

à ..... rue ..... n° ..... (1)  
 te ..... straat, nr ..... (1)

Attestation du Contrôleur en chef de l'établissement stable.  
 Bevestiging van de Hoofdcontroleur der vaste inrichting.  
 Les droits, biens ou informations mentionnés au cadre III se rattachent (1) — ne se rattachent pas (1) — effectivement à l'établissement stable mentionné ci-dessus.  
 De in vak III vermelde rechten, goederen of inlichtingen zijn (1) — zijn niet (1) — wezenlijk verbonden met de hierboven vermelde vaste inrichting.  
 Le Contrôleur en chef à .....  
 De Hoofdcontroleur te .....  
 (date et signature)  
 (datum en handtekening)

Date, signature et cachet,  
 Datum, handtekening en stempel,

(1) Biffer la mention inutile.  
 Het niet passende doorhalen.  
 Nichtzutreffendes streichen.

ROYAUME DE BELGIQUE  
MINISTÈRE DES FINANCES  
Administration des contributions directes

KONINKRIJK BELGIE  
MINISTERIE VAN FINANCIËN  
Administratie der directe belastingen

KONIGREICH BELGIEN  
FINANZMINISTERIUM  
Verwaltung der direkten Steuern

DEMANDE D'EXONERATION OU DE REDUCTION (1)  
du précompte mobilier sur les redevances en application de la convention  
belgo-autrichienne de double imposition.

AANVRAAG OM VRIJSTELLING OF VERMINDERING (1)  
van de roerende voorheffing op royalty's ingevolge het Belgisch-Oostenrijks  
dubbelbelastingverdrag.

ANTRAG AUF BEFREIUNG (1)  
von der Vorsteuer auf Lizenzgebühren oder auf ERMASSIGUNG (1) der Vorsteuer auf  
Lizenzgebühren nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen.

2

Exemplaire destiné à  
l'Administration autrichienne

Exemplaar voor de  
Oostenrijks administratie

Für die österreichische Verwaltung  
bestimmte Ausfertigung

I. DENOMINATION OU RAISON SOCIALE DU DEBITEUR BELGE DES REVENUS :  
BENAMING OF FIRMA VAN DE BELGISCHE SCHULDENAAR VAN DE INKOMSTEN  
BEZEICHNUNG ODER FIRMA DES BELGISCHEN SCHULDNERS DER LIZENZGEBÜHREN:

Adresse ou siège social :  
Adres of zetel :  
Anschrift oder Sitz:

II. DECLARATION DU REQUERANT VERKLARING VAN DE AANVRAGER ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

1. Nom et prénom, dénomination ou raison sociale du bénéficiaire des redevances :  
Naam en voornaam, benaming of firma van de genietter van de royalty's :  
Name und Vorname, Bezeichnung oder Firma des Empfängers der Lizenzgebühren:

2. Adresse complète :

Volledig adres :  
Vollständige Anschrift:

3. Le soussigné certifie que le bénéficiaire désigné ci-dessus :  
De ondergetekende bevestigt dat de hierboven aangeduide genietter :  
Der Unterzeichnete erklärt, daß der vorgenannte Empfänger:

- 1° est un résident de l'Autriche au sens de l'article 4 de la convention ;  
een verblijfbonder van Oostenrijk is in de zin van artikel 4 van de overeenkomst ;  
in Österreich im Sinne von Artikel 4 des Abkommens ansässig ist ;
- 2° est le seul ayant droit aux redevances mentionnées au verso et s'élevant à (en toutes lettres)  
de enige rechtbebbende is op de op keerzijde vermelde royalty's, bedragende (voluit)  
als einziger Anspruch auf die umseitig genannten und sich auf (in Worten)

belaufenden Lizenzgebühren hat.

- 3° possède (2) — ne possède pas (2) plus de 50 pour cent du capital de la société qui paie les redevances (3) ;  
meer bezit (2) — niet meer bezit (2) dan 50 ten honderd van het kapitaal van de vennootschap die de royalty's uitkeert (3) ;  
nicht (2) zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der die Lizenzgebühren auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist (3) ;
- 4° n'avait pas en Belgique, à la date d'échéance des redevances, un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien générateur des redevances ;  
in België op de vervaldatum van de royalty's geen vaste inrichting bezat waarmede het recht of het goed, die de royalty's opleveren, wesenlijk zijn verbonden ;  
zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Lizenzgebühren in Belgien nicht eine Betriebsstätte hatte, zu der die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren bezahlt werden, tatsächlich gehörten ;
- 5° demande à bénéficier de l'exonération (2), de la réduction (2) du précompte mobilier sur ces redevances conformément aux dispositions de la convention belgo-autrichienne de double imposition.  
verzoekt om vrijstelling (2), vermindering (2) van de roerende voorheffing op die royalty's ingevolge het Belgisch-Oostenrijks dubbelbelastingverdrag.  
die Befreiung von der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren (2), die Ermäßigung der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren (2) nach dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen beantragt.

4. Nom, qualité et adresse du représentant dûment mandaté qui signe la présente demande (éventuellement) :  
Naam, hoedanigheid en adres van de gevolmachtigde vertegenwoordiger die deze aanvraag ondertekent (in voorkomend geval) :  
Name, Stellung und Anschrift des gehörig befugten Vertreters, der (gegebenenfalls) diesen Antrag unterzeichnet:

Date et signature du bénéficiaire (2), ou de son représentant (2),  
Datum en handtekening van de genietter (2), of zijn vertegenwoordiger (2),  
Datum und Unterschrift des Empfängers (2) oder seines Vertreters (2),

(1) Pour le mode d'utilisation du formulaire, voir notice explicative ci-jointe.  
Zie wijze van gebruik van het formulier in de hierbijgevoegde toelichting.

(2) Hinweis auf die Erläuterungen.

(2) Biffer la mention inutile.  
Het niet passende doorhalen.  
Nichtzutreffendes streichen.

(3) Déclaration à souscrire uniquement lorsque le débiteur belge mentionné au cadre I est une société.  
Verklaring enkel in te vullen indien de in kader I vermelde Belgische schuldenaar een vennootschap is.  
Diese Erklärung ist nur dann abzugeben, wenn der in Abschnitt I genannte belgische Schuldner der Lizenzgebühren eine Gesellschaft ist.

III. DESIGNATION DES REVENUS OMSCHRIJVING VAN DE INKOMSTEN ANGABEN ÜBER DIE ERTRÄGE

Date de conclusion et durée du contrat :  
*Datum waarop de overeenkomst werd gesloten en duur :* .....  
 Tag des Vertragsabschlusses und Dauer des Vertrages:  
 Nature des droits ou biens concédés :  
*Aard van de verleende rechten of goederen :* .....  
 Art der überlassenen Rechte oder Vermögenswerte:  
 .....  
 Méthode de détermination des redevances :  
*Wijze van berekening van de royalty's :* .....  
 Art der Bemessung der Lizenzgebühren:  
 Date(s) d'échéance des redevances :  
*Vervaldag(en) van de royalty's :* .....  
 Fälligkeitstermin(e) der Lizenzgebühren:  
 Montant des redevances par échéance (1), pour la première échéance visée à la demande si ce montant est variable (1) :  
*Bedrag van de royalty's per vervaldag (1), voor de eerste vervaldag bedoeld in de aanvraag indien het bedrag veranderlijk is (1) :*  
 Betrag der Lizenzgebühren je Fälligkeitstermin (1) oder — bei nicht gleichbleibendem Betrag — Betrag des ersten in diesem Antrag  
 genannten Fälligkeitstermins (1);  
 .....  
 Montant total des redevances perçues en vertu du même contrat au cours de l'année précédente :  
*Totaal bedrag der royalty's tijdens het vorige jaar ter zake van dezelfde overeenkomst ontvangen :*  
 Gesamtbetrag der auf Grund des gleichen Vertrages während des vorhergehenden Jahres bezogenen Lizenzgebühren:  
 .....

IV. ATTESTATION DES AUTORITÉS FISCALES AUTRICHIENNES  
 BEVESTIGING VAN DE OOSTENRIJKSE BELASTINGAUTORITEITEN  
 BESTÄTIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDE

Le service de taxation autrichien soussigné certifie que :  
*De hieronder aangeduide Oostenrijkse belastingdienst bevestigt dat :*  
 Die unterzeichnete österreichische Steuerbehörde bestätigt, daß:

- 1° les mentions portées par le déclarant sur la présente demande sont, à sa connaissance, exactes ;  
*de in deze aanvraag voorkomende verklaring van de aanvrager naar zijn weten juist is ;*  
 die Angaben des Antragstellers in diesem Antrag, soweit ihr bekannt, zutreffen;
- 2° le bénéficiaire est un résident de l'Autriche au sens de la convention.  
*de geniet een verblijfhouder is van Oostenrijk in de zin van het verdrag.*  
 der Empfänger in Österreich im Sinne des Abkommens ansässig ist.

Date, signature et cachet,  
*Datum, handtekening en stempel,*  
 Datum, Unterschrift und Amtssiegel.

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

## NOTICE EXPLICATIVE

1. En vertu de l'article 12 de la convention fiscale belgo-autrichienne, et sous les conditions prévues, la Belgique :
  - a) exonère du précompte mobilier les redevances recueillies par un résident de l'Autriche, à l'exclusion des redevances payées par une société belge à un résident de l'Autriche qui possède plus de 50 pour cent du capital de la société belge qui paie les redevances (si la demande vise cette exonération, il y a lieu de biffer au cadre II, 3, 5° les mots « de la réduction ») ;
  - b) limite le taux du précompte mobilier sur les redevances non exonérées (cf. litt. a) à 10 pour cent du montant brut de ces redevances recueillies par des résidents de l'Autriche (si la demande vise cette limitation, il y a lieu de biffer au cadre II, 3, 5° les mots « de l'exonération »).
2. L'exonération ou la réduction est normalement accordée à la source. A cette fin, le bénéficiaire des redevances qui est un résident de l'Autriche et réunit certaines conditions (voir cadre II, n° 3 de la formule) doit, pour chaque débiteur belge des redevances, remplir à l'aide d'un papier carbone et signer des deux exemplaires de la demande d'exonération ou de réduction modèle 276 R. (A) et les envoyer au service de taxation autrichien dont il relève. Ce service remet le premier exemplaire au requérant après y avoir apposé l'attestation requise (cadre IV) et conserve le second exemplaire. Le premier exemplaire ainsi visé par le service de taxation autrichien doit être remis au débiteur des redevances dans les dix jours de l'échéance de celles-ci.
3. Si l'exonération ou la réduction n'a pu être accordée à la source, le remboursement du précompte reste possible. A cette fin, le bénéficiaire des redevances doit également, pour chaque débiteur belge des redevances, remplir et signer les deux exemplaires de la demande d'exonération ou de réduction modèle 276 R. (A) et les transmettre, pour visa, au service de taxation autrichien dont il relève. Le premier exemplaire, dûment visé par le service précité, doit être transmis à M. LE CONTRÔLEUR EN CHEF DES CONTRIBUTIONS DE SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, le plus rapidement possible et en tout cas avant l'expiration d'un délai de trois ans à partir du 1er janvier de l'année suivant celle de l'attribution ou du paiement des redevances.
4. Si le paiement des redevances est effectué plusieurs fois l'an, l'exonération ou la réduction peut être obtenue en souscrivant une seule demande pour l'ensemble des redevances échues au cours de la même année.
5. La formule relative à la demande d'exonération ou de réduction en application de la convention belgo-autrichienne, peut être obtenue en Belgique auprès du Service de Documentation des contributions directes, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, ou en Autriche auprès des « Finanzlandesdirektionen ».

## TOELICHTING

1. *Krachtens artikel 12 van het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag en onder de gestelde voorwaarden*
  - a) *stelt België vrij van roerende voorheffing, royalty's genoten door een verblijfhouder van Oostenrijk, voor zoverre die royalty's niet door een Belgische vennootschap worden betaald aan een verblijfhouder van Oostenrijk die meer dan 50 ten honderd bezit van het kapitaal van de Belgische vennootschap die de royalty's betaalt (indien om vrijstelling wordt verzocht, dient in vak II, 3, 5° het woord « Vermindering » te worden geschrapt) ;*
  - b) *beperkt België het tarief van de roerende voorheffing op niet vrijgestelde royalty's (cf. lit. a) genoten door verblijfhouders van Oostenrijk tot 10 ten honderd van het brutobedrag van die royalty's (indien om vermindering wordt verzocht, in vak II, 3, 5° het woord « Vrijstelling » schrappen).*
2. *De vrijstelling of vermindering wordt normaal bij de bron verleend. Te dien einde moet de genietter van de royalty's die verblijfhouder van Oostenrijk is en aan zekere voorwaarden voldoet (zie vak II, nr. 3, van het formulier), per Belgische schuldenaar de twee exemplaren van een aanvraag om vrijstelling of vermindering nr. 276 R. (A) met carbonpapier invullen en ondertekenen en aan de Oostenrijkse belastingdienst van zijn gebied zenden. Deze dienst bezorgt het eerste exemplaar aan de aanvrager terug na het van de vereiste bevestiging (vak IV) te hebben voorzien en bewaart het tweede exemplaar. Het eerste exemplaar, door de Oostenrijkse belastingdienst getekend, moet binnen tien dagen na de vervalddag van de royalty's aan de schuldenaar worden afgegeven.*
3. *Indien de vrijstelling of vermindering niet bij de bron kan worden verleend, is evenwel terugbetaling van de roerende voorheffing mogelijk. Te dien einde moet de genietter van de royalty's, per Belgische schuldenaar, eveneens de twee exemplaren van de aanvraag om vrijstelling of vermindering nr. 276 R. (A) invullen en ondertekenen en aan de Oostenrijkse belastingdienst van zijn gebied zenden. Het eerste exemplaar, behoorlijk door de voormelde dienst getekend, moet worden gestuurd aan de H. HOOFDCONTROLEUR DER BELASTINGEN VAN SINT-JOOST-TEN-NODE 1, Paleizenstraat 48, 1030 Brussel en dit zo spoedig mogelijk en alleszins vóór het verstrijken van een termijn van drie jaren, aanvangend op 1 januari van het jaar na dat waarin de royalty's toegekend of betaald zijn.*
4. *Indien royalty's meer dan eens per jaar worden betaald, kan de vrijstelling of vermindering worden bekomen met één enkele aanvraag voor al de in hetzelfde jaar vervallen royalty's.*
5. *Het formulier voor het aanvragen van vrijstelling of vermindering ingevolge het Belgisch-Oostenrijkse dubbelbelastingverdrag kan in België worden bekomen bij de Documentatiedienst van de directe belastingen, Belliardstraat 45, 1040 Brussel, of in Oostenrijk bij de « Finanzlandesdirektionen ».*

## ERLAUTERUNGEN

1. Gemäß Artikel 12 des belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommens wird Belgien unter den vorgesehenen Bedingungen:
  - a) die einer in Österreich ansässigen Person zufließenden Lizenzgebühren von der Vorsteuer befreien, sofern es sich nicht um Lizenzgebühren handelt, die eine belgische Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Person zahlt, die zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der belgischen, die Lizenzgebühren zahlenden Gesellschaft beteiligt ist (falls der Antrag auf diese Befreiung gerichtet ist, sind in Abschnitt II,3,5<sup>o</sup> die Worte »die Ermäßigung der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren« zu streichen);
  - b) die Vorsteuer auf die nicht befreiten (vgl. Lit. a) Lizenzgebühren auf 10 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Lizenzgebühren ermäßigen, die in Österreich ansässigen Personen zufließen (falls der Antrag auf diese Ermäßigung gerichtet ist, sind in Abschnitt II,3,5<sup>o</sup> die Worte »die Befreiung von der Vorsteuer auf diese Lizenzgebühren« zu streichen).
2. Die Befreiung oder Ermäßigung wird in der Regel an der Quelle gewährt. Hierzu hat der Empfänger der Lizenzgebühren, wenn er in Österreich ansässig ist und bestimmte Bedingungen erfüllt (siehe Abschnitt II, Nr. 3 des Vordruckes) für jeden belgischen Schuldner der Lizenzgebühren im Durchschreibeverfahren die beiden Ausfertigungen des Antrages auf Befreiung oder Ermäßigung — Vordruck 276 R.(A) — auszufüllen, zu unterschreiben und an die für ihn zuständige österreichische Steuerbehörde zu senden. Diese Behörde gibt die erste Ausfertigung nach Erteilung der erforderlichen Bestätigung (Abschnitt IV) dem Antragsteller zurück und nimmt die zweite Ausfertigung zu den Akten. Die von der österreichischen Steuerbehörde bestätigte erste Ausfertigung ist dem Schuldner der Lizenzgebühren binnen zehn Tagen nach deren Fälligkeit zu übersenden.
3. Konnte die Befreiung oder Ermäßigung nicht an der Quelle gewährt werden, so ist die Möglichkeit der Erstattung der Vorsteuer weiterhin gegeben. Hierzu hat der Empfänger der Lizenzgebühren ebenfalls für jeden belgischen Schuldner der Lizenzgebühren die beiden Ausfertigungen des Antrages auf Befreiung oder Ermäßigung — Vordruck 276 R.(A) — auszufüllen, zu unterschreiben und zur Bestätigung an die für ihn zuständige österreichische Steuerbehörde zu senden. Die von der österreichischen Behörde entsprechend bestätigte erste Ausfertigung ist so bald als möglich, in jedem Fall jedoch binnen eines Zeitraumes von 3 Jahren, beginnend am ersten Januar des Jahres, das dem Jahr des Zufließens folgt, dem CONTROLEUR EN CHEF DES CONTRIBUTIONS DE SAINT-JOSSE-TEN-NOODE 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles, zu übersenden.
4. Werden die Lizenzgebühren mehrere Male im Jahr gezahlt, so kann die Befreiung oder Ermäßigung mit der Einreichung eines einzigen Antrages für die gesamten, im gleichen Jahr fälligen Lizenzgebühren erlangt werden.
5. Der Vordruck betreffend die Ermäßigung gemäß dem belgisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen kann in Belgien beim »Service de Documentation des Contributions directes«, rue Belliard 45, 1040 Bruxelles, oder in Österreich bei den Finanzlandesdirektionen bezogen werden.

GÜLTIG BIS 1. JANUAR 2022

## Anlage 5

## INFORMATION

## über die Steuerentlastung in Belgien

## 1. Dividenden und Zinsen

Der Eigentümer oder Nießbraucher von Wertpapieren, oder der Gläubiger oder Deponent (oder ein gehörig bevollmächtigter Vertreter), der die Vorteile des Abkommens in Anspruch nehmen will und der die hierfür vorgesehenen Bedingungen erfüllt, hat:

- i) die beiden Ausfertigungen des Vordruckes „276 Div. (A)“ betreffend Dividenden oder des Vordruckes „276 Int. (A)“ betreffend Zinsen auszufüllen und zu unterzeichnen; für jede belgische Gesellschaft oder jeden belgischen Schuldner ist ein gesondertes Formular zu verwenden;
- ii) die beiden Ausfertigungen dem zuständigen österreichischen Wohnsitzfinanzamt zu übermitteln; nach Erteilung der erforderlichen Bestätigung (Abschnitt IV) folgt das Finanzamt die erste Ausfertigung dem Antragsteller aus und nimmt die zweite Ausfertigung zu den Akten.

## a) Grundregel:

Die Vorsteuer („précompte mobilier“) wird nach belgischem Recht von der Gesellschaft oder dem Schuldner der Einkünfte einbehalten und an die belgische Finanzverwaltung überwiesen; der übersteigende Betrag der Vorsteuer wird gegebenenfalls rückerstattet.

Mit der ersten Ausfertigung des Vordruckes „276 Div. (A)“ oder „276 Int. (A)“, die von der österreichischen Finanzverwaltung gehörig bestätigt ist, kann unter Beachtung der im belgischen innerstaatlichen Recht vorgesehenen Rechtsmittelfristen und -voraussetzungen die Rückerstattung des übersteigenden Betrages der Vorsteuer beantragt werden.

Gemäß dem am häufigsten angewendeten — und im übrigen auch einfachsten — Verfahren wird die Rückerstattung auf Grund des Art. 277 Abs. 3 des Gesetzes über die Einkommensteuern („Code des impôts sur les revenus“) gewährt, das den Steuerrichter („directeur des contributions“) ermächtigt, von Amts wegen eine Entlastung vom übersteigenden Betrag der Vorsteuer herbeizuführen, soweit dieser übersteigende Betrag innerhalb von drei Jahren — gerechnet ab 1. Jänner des Steuerjahres dem jene Steuer zugehört, auf die die Vorsteuer anzurechnen ist — von der Verwaltung festgestellt oder vom Steuerpflichtigen ihr angezeigt worden ist. Es

genügt hiezu, daß der österreichische Gesellschafter oder der österreichische Bezieher der Zinsen die genannte Ausfertigung des Rückerstattungsantrages so rasch als möglich — jedenfalls aber vor Ablauf eines Zeitraumes von drei Jahren gerechnet ab 1. Jänner des Kalenderjahres, das jenem folgt, in dem die Dividenden gezahlt oder die Zinsen fällig geworden sind — an den „Contrôleur en chef des contributions de Saint-Josse-ten-Noode 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles“, übersendet.

Im Fall von Inhaberwertpapieren muß der Antragsteller in allen Fällen seinem Antrag den Abrechnungsbeleg über die Einlösung der Kupons oder einen anderen von einer belgischen oder österreichischen Bank ausgestellten Beleg beifügen, aus dem hervorgeht, daß er die im Antrag genannten Dividenden oder Zinsen tatsächlich erhalten hat.

## b) Ausnahme von der Grundregel:

Die die Dividenden zahlende belgische Gesellschaft oder der Schuldner der Zinsen kann auf eigene Verantwortung in folgenden Fällen die Vorsteuer bereits anlässlich des Quellensteuerabzuges entsprechend kürzen:

- i) im Fall von Dividenden, bei denen die Gesellschaft selbst die Bedienung übernimmt und die entweder aus Namensaktien oder aus einer Beteiligung stammen, die von der Gesellschaft als wesentlich angesehen wird, die aus Inhaberaktien besteht und deren Kupons ihr vorgelegt werden (beispielsweise Dividenden, die von belgischen Tochtergesellschaften an österreichische Muttergesellschaften ausgeschüttet werden);
- ii) im Fall von Zinsen aus auf Namen lautenden Forderungen, Darlehen, Schuldverschreibungen und Einlagen oder bei Zinsen aus Inhaberschuldverschreibungen, bei denen der Schuldner die Bedienung übernimmt.

Um die Beschränkung der Vorsteuer an der Quelle zu erlangen, hat der Aktionär oder der Bezieher der Zinsen ebenfalls einen Antrag auf Steuerermäßigung zu unterzeichnen (je nach Lage des Falles, entweder Vordruck „276 Div. (A)“ oder Vordruck „276 Int. (A)“ und ihn vom zuständigen österreichischen Wohnsitzfinanzamt bestätigen zu lassen. Er hat die von der österreichischen Finanzverwaltung entsprechend bestätigte erste Antragsausfertigung sowie im Fall von Inhaberwertpapieren die Kupons innerhalb von zehn Tagen nach Fälligkeit der Dividenden oder der Zinsen der ausschüttenden Gesellschaft oder dem Schuldner der Zinsen einzureichen.

## 2. Lizenzgebühren

Um die Abkommensvorteile für Lizenzgebühren zu erlangen, gilt ein analoges Verfahren wie es oben für Dividenden und Zinsen beschrieben ist; allerdings kann die Befreiung oder Ermäßigung vom Vorsteuerabzug im Regelfall unmittelbar an der Quelle gewährt werden.

Der Empfänger der Lizenzgebühren hat einen Antrag in doppelter Ausfertigung vorzulegen; der hierfür vorgesehene Vordruck „276 R. (A)“

muß zur Bestätigung beim österreichischen Wohnsitzfinanzamt eingereicht und in der Folge entweder dem belgischen Schuldner der Lizenzgebühren (zur Erlangung einer Befreiung oder Ermäßigung des Vorsteuerabzuges unmittelbar an der Quelle) oder dem „Contrôleur en chef des contributions à Saint-Josse-ten-Noode 1, rue des Palais 48, 1030 Bruxelles“ (um die Rückerstattung der Vorsteuer oder des übersteigenden Betrages der Vorsteuer zu erlangen) übersandt werden.

## 217.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

## ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation für Kernforschung im Bereich der Sozialen Sicherheit

Die Republik Österreich und die Europäische Organisation für Kernforschung

IM HINBLICK auf die Mitgliedschaft der Republik Österreich bei dieser Organisation, welche die Zusammenarbeit europäischer Staaten auf dem Gebiet der rein wissenschaftlichen und grundlegenden Kernforschung — zum Nutzen aller — zum Ziel hat,

ANGESICHTS DER TATSACHE, daß österreichische Staatsbürger bei dieser Organisation tätig sind, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten dem Ansehen der Republik Österreich sowie der österreichischen Wissenschaft und Lehre zugute kommen und

IN DEM WUNSCH, den aus dieser Organisation ausscheidenden österreichischen Staatsbürgern eine Reintegration in einzelne Zweige des österreichischen Systems der Sozialen Sicherheit zu ermöglichen,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

## TEIL I

## ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

## Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „CERN“ die Europäische Organisation für Kernforschung;
2. „Angestellte“ alle Angehörigen des Personals des CERN sowie alle Personen, die beim CERN für mehr als drei Monate tätig sind;
3. „Krankenversicherung des CERN“ das vom Rat des CERN eingerichtete Kran-

## AGREEMENT

between the European Organization for Nuclear Research and the Republic of Austria in the field of Social Security

The European Organization for Nuclear Research and the Republic of Austria,

CONSIDERING the Republic of Austria is a member of this Organization, the purpose of which is to provide for collaboration among European States in nuclear research of a pure scientific and fundamental character, to the advantage of all,

IN VIEW OF THE FACT that Austrian citizens are working at this Organization, that their knowledge and competence enhance the standing of the Republic of Austria and that of the Austrian science and learning, and

DESIRING to enable Austrian citizens who leave this Organization to be reintegrated into certain branches of the Austrian social security system,

HAVE AGREED as follows:

## PART I

## GENERAL PROVISIONS

## Article 1

In the present Agreement,

1. the expression “CERN” means the European Organization for Nuclear Research;
2. the expression “employees” means all members of the CERN staff and all persons occupied at CERN for more than three months;
3. the expression “CERN Health Insurance Scheme” means the health insurance scheme

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 21. August 1973

94. Stück

**415.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

### 415.

Nachdem das am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, welches also lautet:

ABKOMMEN	CONVENTION	OVEREENKOMST
<p>zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern</p>	<p>entre la République d'Autriche et le Royaume de Belgique en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris l'impôt sur les exploitations et les impôts fonciers</p>	<p>tussen de Republiek Oostenrijk en het Koninkrijk België tot het vermijden van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen naar het inkomen en naar het vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen</p>
<p>DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH und SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER</p>	<p>LE PRESIDENT FEDERAL DE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE et SA MAJESTE LE ROI DES BELGES</p>	<p>DE BONDSPRESIDENT VAN DE REPUBLIEK OOSTENRIJK en ZIJNE MAJESTEIT DE KÖNIG DER BELGEN</p>
<p>sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern die Doppelbesteuerung zu vermeiden und bestimmte andere Fragen zu regeln, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:</p>	<p>désireux d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris l'impôt sur les exploitations et les impôts fonciers, ont décidé de conclure une convention et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir :</p>	<p>de wens koesterende dubbele belasting te vermijden en sommige andere aangelegenheden inzake belastingen naar het inkomen en naar het vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen te regelen, hebben besloten een overeenkomst te sluiten en hebben te dien einde tot hun gevolmachtigden benoemd, te weten:</p>
<p>DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH: Herrn Dr. Josef Hammerschmidt, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen,</p>	<p>LE PRESIDENT FEDERAL DE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE:  M. Dr. Josef Hammerschmidt Directeur Général au Ministère des Finances,</p>	<p>DE BONDSPRESIDENT VAN DE REPUBLIEK OOSTENRIJK: De Heer Dr. Josef Hammerschmidt, Directeur-generaal bij het Ministerie van Financiën,</p>

<p>SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER: Herrn Georges C. Puttevils, Botschafter von Belgien in Wien.</p>	<p>SA MAJESTE LE ROI DES BELGES: Monsieur Georges C. Puttevils, Ambassadeur de Belgique à Vienne,</p>	<p>ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN: De Heer Georges C. Puttevils, Ambassadeur van België te Wenen,</p>
<p>Diese Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, folgendes vereinbart:</p>	<p>lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions sui- vantes :</p>	<p>die, na hun in goede en behoor- lijke vorm bevonden volmachten te hebben uitgewisseld, als volgt zijn overeengekomen:</p>
<p><b>I. GELTUNGSBEREICH DES ABKOMMENS</b></p>	<p><b>I. CHAMP D'APPLICATION DE LA CONVENTION</b></p>	<p><b>I. REIKWIJDTE VAN DE OVEREENKOMST</b></p>
<p>Artikel 1</p>	<p>Article 1<sup>er</sup></p>	<p>Artikel 1</p>
<p><b>Persönlicher Geltungsbereich</b></p>	<p><b>Personnes visées</b></p>	<p><b>Personen op wie de overeen- komst van toepassing is</b></p>
<p>Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertrag- staat oder in beiden Vertragstaa- ten ansässig sind.</p>	<p>La présente convention s'ap- plique aux personnes qui sont des résidents d'un Etat contrac- tant ou de chacun des deux Etats.</p>	<p>Deze overeenkomst is van toepassing op personen die ver- blijfhouder zijn van een over- eenkomstsluitende Staat of van beide overeenkomstsluitende Staten.</p>
<p>Artikel 2</p>	<p>Article 2</p>	<p>Artikel 2</p>
<p><b>Unter das Abkommen fallende Steuern</b></p>	<p><b>Impôts visés</b></p>	<p><b>Belastingen waarop de over- eenkomst van toepassing is</b></p>
<p>(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Ein- kommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten oder sei- ner Gebietskörperschaften er- hoben werden.</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. La présente convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de chacun des Etats contractants, de ses sub- divisions politiques et de ses collectivités locales, quel que soit le système de perception.</p>	<p>§ 1. Deze overeenkomst is van toepassing op belastingen naar het inkomen en naar het ver- mogen die, ongeacht de wijze van heffing, worden geheven ten behoefte van elk van de overeen- komstsluitende Staten of van de staatkundige onderdelen of plaatselijke gemeenschappen daarvan.</p>
<p>(2) Als Steuern vom Einkom- men und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamt- einkommen, vom Gesamtver- mögen oder von Teilen des Einkommens oder des Ver- mögens erhoben werden, ein- schließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweg- lichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögens- zuwachs.</p>	<p>§ 2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.</p>	<p>§ 2. Als belastingen naar het inkomen en naar het vermogen worden beschouwd alle be- lastingen die worden geheven naar het gehele inkomen, naar het gehele vermogen of naar bestanddelen van het inkomen of van het vermogen, daaronder begrepen belastingen naar voor- delen verkregen uit de ver- vreemding van roerende of on- roerende goederen, alsmede be- lastingen naar waardevermeer- dering.</p>
<p>(3) Zu den zurzeit bestehen- den Steuern, für die das Ab- kommen gilt, gehören</p>	<p>§ 3. Les impôts actuels aux- quels s'applique la convention sont :</p>	<p>§ 3. De bestaande belastingen, waarop de overeenkomst van toepassing is, zijn met name:</p>
<p>1. in Belgien:</p>	<p>1° en ce qui concerne la Bel- gique :</p>	<p>1° met betrekking tot België:</p>
<p>a) l'impôt des personnes physiques (die Einkom- mensteuer der natürlichen Personen);</p>	<p>a) l'impôt des personnes phy- siques ;</p>	<p>a) de personenbelasting;</p>

<p>b) l'impôt des sociétés (die Körperschaftsteuer);</p> <p>c) l'impôt des personnes morales (die Steuer vom Einkommen der nicht gewerblich tätigen juristischen Personen);</p> <p>d) l'impôt des non-résidents (die Steuer vom Einkommen der beschränkt Steuerpflichtigen), einschließlich der Vorsteuern (précomptes) und der Ergänzungsvorsteuern (compléments de précomptes), der Zuschläge (decimes et centimes additionnels) zu diesen Steuern und Vorsteuern sowie der Gemeindezusatzsteuer (taxe communale additionnelle) zur Einkommensteuer der natürlichen Personen.</p>	<p>b) l'impôt des sociétés ;</p> <p>c) l'impôt des personnes morales ;</p> <p>d) l'impôt des non-résidents, y compris les précomptes et les compléments de précomptes, les décimes et centimes additionnels auxdits impôts et précomptes, ainsi que la taxe communale additionnelle à l'impôt des personnes physiques ;</p>	<p>b) de vennootschapsbelasting;</p> <p>c) de rechtspersonenbelasting;</p> <p>d) de belasting der niet-verblijfhouders, met inbegrip van de voorheffingen en aanvullende voorheffingen, de opdecimen en opcentiemen op de hierboven vermelde belastingen en voorheffingen, alsmede de aanvullende gemeentebelasting op de personenbelasting;</p>
<p>2. in Österreich:</p>	<p>2° en ce qui concerne l'Autriche:</p>	<p>2° met betrekking tot Oostenrijk:</p>
<p>a) die Einkommensteuer;</p> <p>b) die Körperschaftsteuer;</p> <p>c) die Vermögensteuer;</p> <p>d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches;</p> <p>e) die Aufsichtsratsabgabe;</p> <p>f) die Gewerbesteuer;</p> <p>g) die Grundsteuer;</p> <p>h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;</p> <p>i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;</p>	<p>a) die Einkommensteuer (l'impôt sur le revenu) ;</p> <p>b) die Körperschaftsteuer (l'impôt des sociétés) ;</p> <p>c) die Vermögensteuer (l'impôt sur la fortune) ;</p> <p>d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches (l'impôt sur le revenu pour la construction de maisons d'habitation et pour la péréquation des charges familiales) ;</p> <p>e) die Aufsichtsratsabgabe (l'impôt sur les rétributions accordées aux membres des conseils d'administration) ;</p> <p>f) die Gewerbesteuer (l'impôt sur les exploitations), y compris la fraction de cet impôt portant sur les salaires (Lohnsummensteuer) ;</p> <p>g) die Grundsteuer (l'impôt foncier) ;</p> <p>h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (l'impôt sur les entreprises agricoles et forestières) ;</p> <p>i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken (l'impôt sur</p>	<p>a) die Einkommensteuer (de inkomstenbelasting);</p> <p>b) die Körperschaftsteuer (de vennootschapsbelasting);</p> <p>c) die Vermögensteuer (de vermogensbelasting);</p> <p>d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches (de belasting op het inkomen ter bevordering van de woningbouw en ter verevening van de gezinslasten);</p> <p>e) die Aufsichtsratsabgabe (de belasting op de tantièmes);</p> <p>f) die Gewerbesteuer (de ondernemingsbelasting), met inbegrip van het belastinggedeelte geheven naar het loonbedrag (Lohnsummensteuer);</p> <p>g) die Grundsteuer (de grondbelasting);</p> <p>h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (de heffing van land- en bosbouwondernemingen);</p> <p>i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken (de heffing</p>

	la valeur des propriétés foncières non bâties);	op de waarde van onbebouwde grondeigendommen);
j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;	j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind (l'impôt sur les parts de la fortune qui échappent à l'impôt sur les successions);	j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind (de heffing van aan successiebelasting onttrokken vermogen);
k) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;	k) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (les contributions des exploitations agricoles et forestières au fonds de péréquation pour les aides familiales);	k) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (de bijdragen van land- en bosbouwbedrijven ten behoeve van het vereveningsfonds voor gezinshulp);
l) die Sonderabgabe vom Einkommen;	l) die Sonderabgabe vom Einkommen (l'impôt spécial sur le revenu);	l) die Sonderabgabe vom Einkommen (de speciale belasting op het inkomen);
m) die Sonderabgabe vom Vermögen;	m) die Sonderabgabe vom Vermögen (l'impôt spécial sur la fortune);	m) die Sonderabgabe vom Vermögen (de speciale belasting op het vermogen);
n) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen;	n) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen (la contribution sur le revenu au fonds des calamités);	n) der Katastrophenfondsbeitrag vom Einkommen (de heffing op het inkomen ten behoeve van het rampenfonds);
o) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen,	o) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen (la contribution sur la fortune au fonds des calamités),	o) der Katastrophenfondsbeitrag vom Vermögen (de heffing op het vermogen ten behoeve van het rampenfonds),
gleichgültig, in welcher Form diese Steuern erhoben werden.	quel que soit le mode de perception de ces impôts.	ongeacht de wijze waarop die belastingen worden geheven.
(4) Die Bestimmungen des Abkommens über die Besteuerung der Unternehmensgewinne gelten entsprechend für die nicht nach dem Gewinn oder dem Vermögen erhobene Gewerbesteuer.	§ 4. Les dispositions de la convention concernant l'imposition des bénéfices des entreprises s'appliquent également par analogie à l'impôt sur les exploitations perçu en raison d'autres bases que le bénéfice ou la fortune.	§ 4. De bepalingen van de overeenkomst betreffende de belastingheffing van winsten van ondernemingen zijn op analoge wijze van toepassing op de ondernemingsbelasting die naar een andere grondslag dan de winst of het vermogen wordt geheven.
(5) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.	§ 5. La convention s'appliquera aussi aux impôts futurs de nature identique ou analogue qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront à la fin de chaque année les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.	§ 5. De overeenkomst zal ook van toepassing zijn op elke gelijke of in wezen gelijksoortige belasting, die in de toekomst naast of in de plaats van de bestaande belastingen wordt geheven. Aan het einde van elk jaar zullen de bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten elkaar de wijzigingen die in hun onderscheidene belastingwetten zijn aangebracht, mededelen.

**II. DEFINITIONEN****Artikel 3****Allgemeine Definitionen**

(1) Im Sinn dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

1. a) bedeutet der Ausdruck „Belgien“, in geographischem Sinn verwendet, das Gebiet des Königreichs Belgien; er schließt alle Gebiete ein, die außerhalb des Hoheitsgebietes von Belgien liegen und nach der belgischen Gesetzgebung und dem Völkerrecht als Gebiete gelten oder künftig gelten werden, in denen die Rechte Belgiens hinsichtlich des Meeresbodens und seiner Unterschicht einschließlich deren Bodenschätzen ausgeübt werden können;
- b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“, im gleichen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik Österreich;
2. bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Belgien oder Österreich;
3. umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
4. bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder andere Rechtsträger, die als solche in dem Staat, in dem sie ansässig sind, mit ihren Einkünften oder mit ihrem Vermögen besteuert werden;
5. bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird,

**II. DEFINITIONS****Article 3****Définitions générales**

§ 1<sup>er</sup>. Au sens de la présente convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente :

- 1° a) le terme « Belgique », employé dans un sens géographique, désigne le territoire du Royaume de Belgique ; il inclut tout territoire en dehors de la souveraineté nationale de la Belgique qui est ou sera désigné, selon la législation belge sur le plateau continental et conformément au droit international, comme territoire sur lequel les droits de la Belgique à l'égard du sol et du sous-sol de la mer et de leurs ressources naturelles peuvent être exercés ;
- b) le terme « Autriche » employé dans le même sens, désigne le territoire de la République d'Autriche ;
- 2° les expressions « un Etat contractant » et « l'autre Etat contractant » désignent, suivant le contexte, la Belgique ou l'Autriche ;
- 3° le terme « personne » comprend les personnes physiques et les sociétés ;
- 4° le terme « société » désigne toute personne morale ou toute autre entité qui est imposable comme telle sur ses revenus ou sur sa fortune dans l'Etat dont elle est un résident ;
- 5° les expressions « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un rési-

**II. BEGRIPSBEPALINGEN****Artikel 3****Algemene bepalingen**

§ 1. In deze overeenkomst, tenzij het zinsverband anders vereist:

- 1° a) betekent het woord « België », in aardrijkskundig verband gebruikt, het grondgebied van het Koninkrijk België; het omvat elk grondgebied buiten de nationale soevereiniteit van België dat, volgens de Belgische wetgeving betreffende het continentaal plat en overeenkomstig het internationaal recht is of zal worden aangeduid als een gebied waarin de rechten van België met betrekking tot de zeebodem en de ondergrond en de natuurlijke rijkdommen daarvan kunnen worden uitgeoefend;
- b) betekent het woord « Oostenrijk », in hetzelfde verband gebruikt, het grondgebied van de Republiek Oostenrijk;
- 2° betekenen de uitdrukkingen « een overeenkomstsluitende Staat » en « de andere overeenkomstsluitende Staat », België of Oostenrijk, al naar het zinsverband vereist;
- 3° omvat het woord « persoon » elke natuurlijke persoon en elke vennootschap;
- 4° betekent het woord « vennootschap » elke rechtspersoon of elk ander lichaam dat als zodanig in de Staat waarvan het een verblijfhouder is, belastbaar is ter zake van zijn inkomen of van zijn vermogen;
- 5° betekenen de uitdrukkingen « onderneming van een overeenkomstsluitende Staat » en « onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat », onderscheidenlijk een onderneming gedreven door een verblijfhouder van een over-

<p>oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;</p>	<p>dent de l'autre Etat contractant ;</p>	<p>eenkomstsluitende Staat en een onderneming gedreven door een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat;</p>
<p>6. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörden“</p> <p>a) in Belgien: die nach innerstaatlichem Recht zuständige Behörde und</p> <p>b) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen.</p>	<p>6° l'expression « autorités compétentes » désigne :</p> <p>a) en ce qui concerne la Belgique, l'autorité compétente suivant sa législation nationale et</p> <p>b) en ce qui concerne l'Autriche, le Ministre Fédéral des Finances.</p>	<p>6° betekent de uitdrukking « bevoegde autoriteit »:</p> <p>a) in België, de autoriteit die volgens de nationale wetgeving bevoegd is en</p> <p>b) in Oostenrijk, de Bondsminister van Financiën.</p>
<p>(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.</p>	<p>§ 2. Pour l'application de la convention par un Etat contractant, toute expression qui n'est pas autrement définie a le sens qui lui est attribué par la législation dudit Etat régissant les impôts qui font l'objet de la convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.</p>	<p>§ 2. Voor de toepassing van de overeenkomst door een overeenkomstsluitende Staat heeft, tenzij het zinsverband anders vereist, elke niet anders omschreven uitdrukking de betekenis welke die uitdrukking heeft volgens de wetgeving van die Staat met betrekking tot de belastingen die het onderwerp van de overeenkomst uitmaken.</p>
<p style="text-align: center;"><b>Artikel 4</b> <b>Steuerlicher Wohnsitz</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Article 4</b> <b>Domicile fiscal</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 4</b> <b>Fiscale woonplaats</b></p>
<p>(1) Im Sinn dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist; er bedeutet ferner Gesellschaften des belgischen Rechts — ausgenommen Gesellschaften auf Aktien —, die sich dafür entschieden haben, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. Au sens de la présente convention, l'expression « résident(e) d'un Etat contractant » désigne toute personne qui, en vertu de la législation dudit Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue ; elle désigne également les sociétés de droit belge — autres que les sociétés par actions — qui ont opté pour l'assujettissement de leurs bénéficiaires à l'impôt des personnes physiques.</p>	<p>§ 1. Voor de toepassing van deze overeenkomst betekent de uitdrukking « verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat » iedere persoon die, ingevolge de wetgeving van die Staat, aldaar aan belasting is onderworpen op grond van zijn woonplaats, verblijf, plaats van leiding of enige andere soortgelijke omstandigheid; zij omvat ook de vennootschappen naar Belgisch recht — niet zijnde vennootschappen op aandelen — die de aanslag van hun winsten in de personenbelasting hebben gekozen.</p>
<p>(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:</p>	<p>§ 2. Lorsque, selon la disposition du § 1<sup>er</sup>, une personne physique est considérée comme résidente de chacun des Etats contractants, le cas est résolu d'après les règles suivantes :</p>	<p>§ 2. Indien een natuurlijke persoon ingevolge de bepaling van paragraaf 1 verblijfhouder van beide overeenkomstsluitende Staten is, gelden de volgende regels:</p>
<p>1. Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertrag-</p>	<p>1° cette personne est considérée comme résidente de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Lorsqu'elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans chacun des</p>	<p>1° hij wordt geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarin hij een duurzaam tehuis tot zijn beschikking heeft. Indien hij in beide overeenkomstsluitende Staten een duurzaam</p>

<p>staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).</p>	<p>Etats contractants, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux) ;</p>	<p>tehuis tot zijn beschikking heeft, wordt hij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarmee zijn persoonlijke en economische betrekkingen het nauwste zijn (middelpunt van de levensbelangen);</p>
<p>2. Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p>	<p>2° si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé ou qu'elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle ;</p>	<p>2° indien niet kan worden bepaald in welke overeenkomstsluitende Staat hij het middelpunt van zijn levensbelangen heeft, of indien hij in geen van de overeenkomstsluitende Staten een duurzaam tehuis tot zijn beschikking heeft, wordt hij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarin hij gewoonlijk verblijft;</p>
<p>3. Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.</p>	<p>3° si cette personne séjourne de façon habituelle dans chacun des Etats contractants ou qu'elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité ;</p>	<p>3° indien hij in beide overeenkomstsluitende Staten of in geen van beide gewoonlijk verblijft, wordt hij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarvan hij onderdaan is;</p>
<p>4. Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragstaaten gemäß Artikel 25 verständigen.</p>	<p>4° si cette personne possède la nationalité de chacun des Etats contractants ou qu'elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants se consultent conformément à l'article 25.</p>	<p>4° indien hij onderdaan is van beide overeenkomstsluitende Staten of van geen van beide, zullen de bevoegde autoriteiten overeenkomstig artikel 25 overleg plegen.</p>
<p>(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.</p>	<p>§ 3. Lorsque, selon la disposition du § 1<sup>er</sup>, une société est considérée comme résidente de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où se trouve son siège de direction effective.</p>	<p>§ 3. Indien een vennootschap ingevolge de bepaling van § 1 verblijfhouder van beide overeenkomstsluitende Staten is, wordt zij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarin de plaats van haar werkelijke leiding is gelegen.</p>
<p>Artikel 5</p>	<p>Article 5</p>	<p>Artikel 5</p>
<p>Betriebstätte</p>	<p>Etablissement stable</p>	<p>Vaste inrichting</p>
<p>(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. Au sens de la présente convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.</p>	<p>§ 1. Voor de toepassing van deze overeenkomst betekent de uitdrukking « vaste inrichting » een vaste bedrijfsinrichting waarin de onderneming haar werkzaamheden geheel of gedeeltelijk uitoefent.</p>

<p>(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. einen Ort der Leitung,</li> <li>2. eine Zweigniederlassung,</li> <li>3. eine Geschäftsstelle,</li> <li>4. eine Fabrikationsstätte,</li> <li>5. eine Werkstatt,</li> <li>6. ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,</li> <li>7. eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.</li> </ol>	<p>§ 2. L'expression « établissement stable » comprend notamment :</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1° un siège de direction ;</li> <li>2° une succursale ;</li> <li>3° un bureau ;</li> <li>4° une usine ;</li> <li>5° un atelier ;</li> <li>6° une mine, une carrière ou tout autre lieu d'exploitation de ressources naturelles ;</li> <li>7° un chantier de construction ou de montage dont la durée dépasse douze mois.</li> </ol>	<p>§ 2. De uitdrukking « vaste inrichting » omvat in het bijzonder:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1° een plaats waar leiding wordt gegeven;</li> <li>2° een filiaal;</li> <li>3° een kantoor;</li> <li>4° een fabriek;</li> <li>5° een werkplaats;</li> <li>6° een mijn, een steengroeve of enige andere plaats waar natuurlijke rijkdommen worden geëxploiteerd;</li> <li>7° de uitvoering van een bouwwerk of van constructiewerkzaamheden waarvan de duur twaalf maanden overschrijdt.</li> </ol>
<p>(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;</li> <li>2. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;</li> <li>3. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;</li> <li>4. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;</li> <li>5. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.</li> </ol>	<p>§ 3. On ne considère pas qu'il y a établissement stable si:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1° il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise ;</li> <li>2° des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison ;</li> <li>3° des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise ;</li> <li>4° une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise ;</li> <li>5° une installation fixe d'affaires est utilisée pour l'entreprise aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherches scientifiques ou d'activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire.</li> </ol>	<p>§ 3. Een vaste inrichting wordt niet aanwezig geacht indien:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1° gebruik wordt gemaakt van inrichtingen, uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering van aan de onderneming toebehorende goederen;</li> <li>2° een aan de onderneming toebehorende goederenvoorraad wordt aangehouden, uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering;</li> <li>3° een aan de onderneming toebehorende goederenvoorraad wordt aangehouden, uitsluitend voor de bewerking of verwerking door een andere onderneming;</li> <li>4° een vaste bedrijfsinrichting wordt aangehouden, uitsluitend om voor de onderneming goederen aan te kopen of inlichtingen in te winnen;</li> <li>5° een vaste bedrijfsinrichting ten behoeve van de onderneming wordt aangehouden, uitsluitend voor reclamedoeleinden, voor het geven van inlichtingen, voor wetenschappelijk onderzoek of voor soortgelijke werkzaamheden die van voorbereidende aard zijn of het karakter van hulpwerkzaamheden hebben.</li> </ol>
<p>(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen</p>	<p>§ 4. Une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut</p>	<p>§ 4. Een persoon — niet zijnde een onafhankelijke vertegen-</p>

Vertreter im Sinn des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte des Unternehmens als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Für ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaates wird eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat von dem Zeitpunkt an als begründet erachtet, in dem es durch einen Vertreter im Sinn des Absatzes 4 oder durch einen unabhängigen Vertreter, der eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und der diese Vollmacht gewöhnlich ausübt, Prämien im Gebiet dieses Staates einhebt oder gegen in diesem Gebiet gelegene Risiken versichert.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

indépendant, visé au § 5 — qui agit dans un Etat contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant est considérée comme constituant un établissement stable de l'entreprise dans le premier Etat si elle dispose dans cet Etat de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement, lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que l'activité de cette personne ne soit limitée à l'achat de marchandises pour l'entreprise.

§ 5. On ne considère pas qu'une entreprise d'un Etat contractant a un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

§ 6. Une entreprise d'assurances d'un Etat contractant est considérée comme ayant un établissement stable dans l'autre Etat dès l'instant où, par l'intermédiaire d'un représentant visé au § 4 ou d'un agent jouissant d'un statut indépendant et disposant de pouvoirs, qu'il exerce habituellement, lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, elle perçoit des primes sur le territoire dudit Etat ou assure des risques situés sur ce territoire.

§ 7. Le fait qu'une société résidente d'un Etat contractant contrôle une société qui est un résident de l'autre Etat ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

woordiger in de zin van § 5 — die in een overeenkomstsluitende Staat voor een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat werkzaam is, wordt als een in de eerstbedoelde Staat aanwezige vaste inrichting van de onderneming beschouwd, indien hij in die Staat een machtiging bezit om namens de onderneming overeenkomsten af te sluiten en dit recht aldaar gewoonlijk uitoefent, tenzij zijn werkzaamheden beperkt blijven tot de aankoop van goederen voor de onderneming.

§ 5. Een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat wordt niet geacht een vaste inrichting in de andere overeenkomstsluitende Staat te bezitten op grond van de enkele omstandigheid dat zij aldaar zaken doet door middel van een makelaar, een algemeen commissiounair of enige andere onafhankelijke vertegenwoordiger, op voorwaarde dat deze personen in de normale uitoefening van hun bedrijf handelen.

§ 6. Een verzekeringsonderneming van een overeenkomstsluitende Staat wordt beschouwd in de andere Staat een vaste inrichting te hebben zodra zij op het grondgebied van die andere Staat premies int of op dat grondgebied gelegen risico's verzekert door bemiddeling van een in § 4 bedoelde vertegenwoordiger of van een onafhankelijke vertegenwoordiger die een machtiging bezit om namens de onderneming overeenkomsten af te sluiten en dit recht gewoonlijk uitoefent.

§ 7. De enkele omstandigheid dat een vennootschap die verblijfhouder is van een overeenkomstsluitende Staat een vennootschap beheerst, die verblijfhouder is van de andere Staat of die in die andere Staat zaken doet (hetzij met behulp van een vaste inrichting hetzij op andere wijze), stempelt een van beide vennootschappen niet tot een vaste inrichting van de andere.

**III. BESTEUERUNG DES EINKOMMENS****Artikel 6****Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung oder Nutznießung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

**Artikel 7****Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Gebiet besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus-

**III. IMPOSITION DES REVENUS****Article 6****Revenus de biens immobiliers**

§ 1<sup>er</sup>. Les revenus provenant de biens immobiliers sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

§ 2. L'expression « biens immobiliers » est définie conformément au droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. L'expression englobe en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres richesses du sol.

§ 3. La disposition du § 1<sup>er</sup> s'applique aux revenus provenant de l'exploitation ou de la jouissance directes, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

§ 4. Les dispositions des §§ 1<sup>er</sup> et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

**Article 7****Bénéfices des entreprises**

§ 1<sup>er</sup>. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable

**III. BELASTINGHEFFING NAAR HET INKOMEN****Artikel 6****Inkomsten uit onroerende goederen**

§ 1. Inkomsten uit onroerende goederen zijn belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin die goederen zijn gelegen.

§ 2. De uitdrukking « onroerende goederen » heeft de betekenis die daaraan wordt toegekend door het recht van de overeenkomstsluitende Staat waarin de desbetreffende goederen zijn gelegen. De uitdrukking omvat in ieder geval de goederen die bij de onroerende goederen behoren, levende en dode have van landbouw- en bosbouwbedrijven, rechten waarop de bepalingen van het privaatrecht betreffende de grondeigendom van toepassing zijn, vruchtgebruik van onroerende goederen en rechten op veranderlijke of vaste vergoedingen ter zake van de exploitatie, of het recht tot exploitatie van minerale aardlagen, bronnen en andere bodemrijksdommen.

§ 3. De bepaling van § 1 is van toepassing op inkomsten verkregen uit de rechtstreekse exploitatie of het rechtstreeks genot, uit de verhuring of verpachting, of uit elke andere vorm van exploitatie van onroerende goederen.

§ 4. De bepalingen van de §§ 1 en 3 zijn ook van toepassing op inkomsten uit onroerende goederen van een onderneming en op inkomsten uit onroerende goederen gebezigd voor de uitoefening van een vrij beroep.

**Artikel 7****Winsten van ondernemingen**

§ 1. Winsten van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat zijn slechts in die Staat belastbaar, tenzij de onderneming in de andere overeenkomstsluitende Staat haar bedrijf uitoefent met behulp van

<p>übt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.</p>	<p>qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.</p>	<p>een aldaar gevestigde vaste inrichting. Indien de onderneming aldus haar bedrijf uitoefent, zijn de winsten van de onderneming in de andere Staat belastbaar, maar slechts voor zover zij aan die vaste inrichting kunnen worden toegerekend.</p>
<p>(2) Unbeschadet des Absatzes 3 sind, wenn ein Unternehmen eines Vertragstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt, in jedem Vertragstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und völlig unabhängig gewesen wäre.</p>	<p>§ 2. Sans préjudice de l'application du § 3, lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et agissant en toute indépendance.</p>	<p>§ 2. Onverminderd de toepassing van § 3 worden, indien een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat haar bedrijf uitoefent met behulp van een aldaar gevestigde vaste inrichting, in elke overeenkomstsluitende Staat aan die vaste inrichting de winsten toegerekend die zij zou kunnen behalen indien zij een onafhankelijke en zelfstandige onderneming zou zijn, die dezelfde of soortgelijke werkzaamheden zou uitoefenen onder dezelfde of soortgelijke omstandigheden en die geheel onafhankelijk zou handelen.</p>
<p>(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.</p>	<p>§ 3. Dans le calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.</p>	<p>§ 3. Bij het bepalen van de winsten van een vaste inrichting worden als aftrek toegelaten kosten die zijn gemaakt ten behoeve van die vaste inrichting, daaronder begrepen kosten van leiding en algemene beheerskosten, aldus gemaakt hetzij in de Staat waarin de vaste inrichting is gevestigd, hetzij elders.</p>
<p>(4) Bei Fehlen einer ordnungsmäßigen Buchführung oder anderer Beweismittel, die es ermöglichen, die von einem Unternehmen eines Vertragstaates erzielten Gewinne zu ermitteln, die seiner in dem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, darf die Steuer in diesem anderen Staat insbesondere dadurch festgesetzt werden, daß entsprechend dem Recht dieses anderen Staates die Gewinne zugrunde gelegt werden, die ein ähnliches Unternehmen dieses anderen Staates bei einer gleichen oder ähnlichen Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen üblicherweise erzielen würde.</p>	<p>§ 4. A défaut de comptabilité régulière ou d'autres éléments probants permettant de déterminer le montant des bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant, qui est imputable à son établissement stable situé dans l'autre Etat, l'impôt peut notamment être établi dans cet autre Etat conformément à sa propre législation, compte tenu des bénéfices normaux d'entreprises analogues du même Etat, se livrant à la même activité ou à des activités analogues dans des conditions identiques ou analogues.</p>	<p>§ 4. Bij gebrek aan een regelmatige boekhouding of andere afdoende gegevens die het mogelijk maken het bedrag te bepalen van de winsten van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat, dat aan haar vaste inrichting in de andere overeenkomstsluitende Staat kan worden toegerekend, mag de belasting in die andere Staat volgens diens wetgeving worden gevestigd, onder meer met inachtneming van de normale winsten van soortgelijke ondernemingen van die Staat, die dezelfde of gelijksoortige werkzaamheden onder dezelfde of soortgelijke omstandigheden uitoefenen.</p>

Unter der im vorstehenden Absatz angeführten Voraussetzung darf dieser Betriebsstätte zuzurechnende Gewinn auch durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile bestimmt werden, sofern das so ermittelte Ergebnis mit den in diesem Artikel dargelegten Grundsätzen übereinstimmt.

(5) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Einkünfte anzuwenden, die einem stillen Gesellschafter aus seiner Beteiligung an einer „stillen Gesellschaft“ des österreichischen Rechts zufließen.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln des Abkommens behandelt werden, so stehen die Bestimmungen dieses Artikels der Anwendung der Bestimmungen jener Artikel bei der Besteuerung dieser Einkünfte nicht entgegen.

#### Artikel 8

##### Gewinne von Unternehmen der Seeschifffahrt oder der Luftfahrt

(1) Abweichend von den Bestimmungen des Artikels 7 Absätze 1 bis 6 dürfen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Allein- oder Hauptunternehmer ansässig ist.

Dans l'éventualité visée à l'alinéa précédent, le bénéfice imputable audit établissement stable peut également être déterminé sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, pour autant que le résultat ainsi obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

§ 5. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

§ 6. Les dispositions du présent article s'appliquent également aux bénéfices d'un associé dans une « stille Gesellschaft » de droit autrichien.

§ 7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la convention, les dispositions du présent article ne font pas obstacle à l'application des dispositions de ces autres articles pour la taxation de ces éléments de revenu.

#### Article 8

##### Bénéfices des entreprises de navigation maritime ou aérienne

§ 1<sup>er</sup>. Par dérogation à l'article 7, §§ 1<sup>er</sup> à 6, les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

§ 2. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime est à bord d'un navire, ce siège est réputé situé dans l'Etat contractant dont l'exploitant unique ou principal est le résident.

In gevallen als in vorig lid bedoeld zijn, mag de winst die aan de vaste inrichting is toe te rekenen ook worden bepaald op basis van een verdeling van de totale winst van de onderneming over haar verschillende delen, voor zover het aldus bekomen resultaat in overeenstemming is met de in dit artikel neergelegde beginselen.

§ 5. Voor de toepassing van de voorgaande paragrafen worden de winsten die aan de vaste inrichting kunnen worden toegerekend, ieder jaar volgens dezelfde methode bepaald, tenzij er een goede en genoegzame reden bestaat om anders te handelen.

§ 6. De bepalingen van dit artikel zijn ook van toepassing op de winsten van een vennoot in een « stille Gesellschaft » naar Oostenrijks recht.

§ 7. Indien in de winsten inkomstenbestanddelen zijn begrepen, die afzonderlijk in andere artikelen van de overeenkomst worden behandeld, beletten de bepalingen van dit artikel geenszins de toepassing van die andere artikelen voor de belastingheffing van die inkomstenbestanddelen.

#### Artikel 8

##### Winsten van zee- en lucht-scheepvaartondernemingen

§ 1. In afwijking van artikel 7, §§ 1 tot 6, zijn winsten uit de exploitatie van schepen of luchtvaartuigen in internationaal verkeer slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen.

§ 2. Indien de plaats van de werkelijke leiding van een zeescheepvaartonderneming zich aan boord van een schip bevindt, wordt deze plaats geacht te zijn gelegen in de overeenkomstsluitende Staat waarvan de enige of voornaamste exploitant verblijfhouder is.

Artikel 9 Verbundene Unternehmen	Article 9 Entreprises interdépendantes	Artikel 9 Onderling afhankelijke ondernemingen
<p>Wenn</p> <p>a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder</p> <p>b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder an der Finanzierung eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,</p>	<p>Lorsque</p> <p>a) une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au financement d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que</p> <p>b) les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au financement d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,</p>	<p>Indien</p> <p>a) een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat onmiddellijk of middellijk deelneemt aan de leiding van, aan het toezicht op, dan wel aan de financiering van een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat, of</p> <p>b) dezelfde personen onmiddellijk of middellijk deelnemen aan de leiding van, aan het toezicht op, dan wel aan de financiering van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat en van een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat,</p>
<p>und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.</p>	<p>et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient conclues entre des entreprises indépendantes, les bénéficiaires qui, sans ces conditions, auraient été obtenus par l'une des entreprises, mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.</p>	<p>en in het ene of in het andere geval tussen de twee ondernemingen in hun handels- of financiële betrekkingen, voorwaarden zijn aanvaard of opgelegd die afwijken van die welke zouden worden overeengekomen tussen onafhankelijke ondernemingen, mogen winsten, welke zonder deze voorwaarden door een van de ondernemingen zouden zijn behaald maar ten gevolge van die voorwaarden niet zijn behaald, worden begrepen in de winsten van die onderneming en dienovereenkomstig worden belast.</p>
<p>Artikel 10 Dividenden</p>	<p>Article 10 Dividendes</p>	<p>Artikel 10 Dividenden</p>
<p>(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.</p> <p>(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. Les dividendes attribués par une société résidente d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.</p> <p>§ 2. Toutefois, ces dividendes peuvent être imposés dans l'Etat contractant dont la société qui attribue les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat ; mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. c.</p>	<p>§ 1. Dividenden toegekend door een vennootschap die verblijfhouder is van een overeenkomstsluitende Staat aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat, zijn in die andere Staat belastbaar.</p> <p>§ 2. Die dividenden mogen echter in de overeenkomstsluitende Staat, waarvan de vennootschap die de dividenden toekent verblijfhouder is, overeenkomstig de wetgeving van die Staat worden belast; maar de aldus</p>

Bruttobetrag dieser Dividenden nicht übersteigen.

Die Besteuerung der Gesellschaft hinsichtlich der Gewinne, die zur Zahlung der Dividenden dienen, wird durch diesen Absatz nicht eingeschränkt.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, wie Einkünfte aus Aktien behandelt werden. Dieser Ausdruck umfaßt auch Einkünfte — selbst wenn sie in der Form von Zinsen gezahlt werden —, die als Einkünfte aus dem Kapitalvermögen zu besteuern sind, das Gesellschafter in Gesellschaften — ausgenommen Gesellschaften auf Aktien —, die in Belgien ansässig sind, investiert haben.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden, wobei diese Dividenden gemäß dem Recht des anderen Vertragsstaates entweder gesondert oder als Teil des Gewinnes besteuert werden dürfen.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser weder die Dividenden besteuern, die die Gesell-

du montant brut desdits dividendes.

Les dispositions du présent paragraphe ne limitent pas l'imposition de la société sur les bénéficiaires qui servent au paiement des dividendes.

§ 3. Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateurs ou autres parts bénéficiaires, à l'exception des créances, ainsi que les revenus d'autres parts sociales soumis au même régime que les revenus d'actions par la législation fiscale de l'Etat dont la société distributrice est un résident. Ce terme comprend les revenus — même attribués sous la forme d'intérêts — imposables au titre de revenus de capitaux investis par les associés dans les sociétés — autres que les sociétés par actions — résidentes de la Belgique.

§ 4. Les dispositions des §§ 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des dividendes, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident un établissement stable auquel se rattache effectivement la participation génératrice des dividendes. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables, étant entendu que lesdits dividendes peuvent être imposés soit séparément, soit comme des bénéfices, conformément à la législation de cet autre Etat contractant.

§ 5. Lorsqu'une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, celui-ci ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés

gegeben belasting mag niet hoger zijn dan 15 t. h. van het brutobedrag van die dividenden.

De bepalingen van deze paragraaf stellen geen beperking aan de belastingheffing van de vennootschap ter zake van de winsten waaruit de dividenden worden betaald.

§ 3. Het woord « dividenden » betekent in dit artikel inkomsten uit aandelen, genootsaandelen of -rechten, mijn aandelen, oprichters aandelen of andere winstaandelen met uitzondering van schuldvorderingen, alsmede inkomsten van andere maatschappelijke delen, die volgens de belastingwetgeving van de Staat, waarvan de uitkerende vennootschap verblijfhouder is, op dezelfde wijze als inkomsten uit aandelen worden belast. Het omvat de inkomsten — zelfs toegekend in de vorm van interesten — die belastbaar zijn als inkomsten van belegde kapitalen van vennoten in andere vennootschappen dan op aandelen, die verblijfhouder van België zijn.

§ 4. De bepalingen van de §§ 1 en 2 zijn niet van toepassing indien de genietter van de dividenden, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waarvan de vennootschap die de dividenden betaalt verblijfhouder is, een vaste inrichting heeft waarmee de participatie die de dividenden oplevert wezenlijk is verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing, met dien verstande dat die dividenden, hetzij afzonderlijk, hetzij als winsten mogen worden belast volgens de wetgeving van die andere overeenkomstsluitende Staat.

§ 5. Indien een vennootschap die verblijfhouder is van een overeenkomstsluitende Staat winsten of inkomsten verkrijgt uit de andere overeenkomstsluitende Staat, mag die andere Staat

schaft außerhalb dieses anderen Staates an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch eine zusätzliche Steuer von dem nichtausgeschütteten Gewinn der Gesellschaft erheben, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen. Diese Bestimmung hindert den anderen Staat nicht, Dividenden aus einer Beteiligung zu besteuern, die tatsächlich zu einer Betriebsstätte gehört, die von einer im erstgenannten Staat ansässigen Person in diesem anderen Staat unterhalten wird.

#### Artikel 11

##### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Betrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und, vorbehaltlich des Absatzes 4, aus Forderungen oder Einlagen jeder Art sowie Trefen aus Anleihen und alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, wie Einkünfte aus Darlehen oder Einlagen behandelt werden.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht anzuwenden auf:

par cette société en dehors de cet autre Etat à des personnes qui n'en sont pas des résidents, ni aucun impôt au titre d'imposition complémentaire des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes distribués ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat. La disposition qui précède n'empêche pas ledit autre Etat d'imposer les dividendes afférents à une participation qui se rattache effectivement à un établissement stable exploité dans cet autre Etat par un résident du premier Etat.

#### Article 11

##### Intérêts

§ 1<sup>er</sup>. Les intérêts provenant d'un Etat contractant et attribués à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

§ 2. Toutefois, ces intérêts peuvent être imposés dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet Etat ; mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. c. de leur montant.

§ 3. Le terme « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus des fonds publics, des obligations d'emprunts, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices et, sous réserve du § 4 ci-après, des créances ou dépôts de toute nature, ainsi que les lots d'emprunts et tous autres produits soumis au même régime que les revenus de sommes prêtées ou déposées par la législation fiscale de l'Etat d'où proviennent les revenus.

§ 4. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas

geen belasting heffen op de dividenden, door die vennootschap betaald aan personen die geen verblijfhouder van die andere Staat zijn, noch de niet uitgedeelde winst van de vennootschap onderwerpen aan een bijkomende belasting, zelfs indien de uitgekeerde dividenden of de niet uitgedeelde winst geheel of gedeeltelijk bestaan uit winst of inkomsten afkomstig uit die andere Staat. De voorgaande bepaling belet die andere Staat niet de dividenden te belasten die verband houden met een deelneming die wezenlijk verbonden is met een door een verblijfhouder van de eerstbedoelde Staat in die andere Staat aangehouden vaste inrichting.

#### Artikel 11

##### Interest

§ 1. Interest afkomstig uit een overeenkomstsluitende Staat en toegekend aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat is in die andere Staat belastbaar.

§ 2. Die interest mag echter in de overeenkomstsluitende Staat waaruit hij afkomstig is, overeenkomstig de wetgeving van die Staat worden belast; maar de aldus geheven belasting mag niet hoger zijn dan 15 t. h. van het bedrag van de interest.

§ 3. Het woord « interest » betekent in dit artikel inkomsten van overheidsfondsen, van leningobligaties met of zonder hypothecaire waarborg of recht van deelneming in de winsten en, onder voorbehoud van § 4 hierna, van schuldvorderingen of deposito's van allerlei aard, alsmede loten van leningen en alle andere opbrengsten die overeenkomstig de belastingwetgeving van de Staat waaruit de inkomsten afkomstig zijn, op dezelfde wijze worden belast als inkomsten van geleende of gedeponeerde gelden.

§ 4. De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op:

1. Zinsen, die nach Artikel 10 Absatz 3 zweiter Satz als Dividenden gelten;	1° aux intérêts considérés comme des dividendes en vertu de l'article 10, § 3, deuxième phrase ;	1° interest die als dividend wordt beschouwd ingevolge artikel 10, § 3, tweede zin;
2. Zinsen aus Kundenforderungen, einschließlich Wechselforderungen, für Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gegen Einräumung eines Zahlungszieles erbringt;	2° aux intérêts de créances commerciales — y compris celles qui sont représentées par des effets de commerce — résultant du paiement à terme de fournitures de marchandises, produits ou services, par une entreprise d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant ;	2° interest van handelsschuldvorderingen — met inbegrip van vorderingen vertegenwoordigd door handelspapier — wegens termijnbetaling van leveringen van koopwaar, goederen of diensten door een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat;
3. Kontokorrent- und Vorauszahlungszinsen zwischen Bankunternehmen der beiden Vertragsstaaten;	3° aux intérêts de comptes courants ou d'avances entre des entreprises bancaires de chacun des deux Etats ;	3° interest van rekeningen-courant of van voorschotten tussen bankondernemingen van elk van de twee Staten;
4. Zinsen aus Geldeinlagen bei Banken, einschließlich öffentlicher Kreditinstitute, über die nicht mit auf Überbringer lautenden Papieren verfügt werden kann.	4° aux intérêts de dépôts de sommes d'argent, non représentés par des titres au porteur, effectués dans des entreprises bancaires, y compris les établissements publics de crédit.	4° interest van niet in effecten aan toonder verdeelde gelddeposito's bij bankondernemingen, daaronder begrepen openbare kredietinstellingen.
Die in den Ziffern 2 bis 4 des vorstehenden Unterabsatzes angeführten Zinsen sind, je nach der Lage des Falles, gemäß Artikel 7 oder Artikel 21 zu behandeln.	Les intérêts visés sub 2° à 4° de l'alinéa qui précède sont soumis, suivant le cas, au régime prévu à l'article 7 ou à l'article 21.	
(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und das Darlehen, die Forderung oder die Einlage, für die diese Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.	§ 5. Les dispositions des §§ 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des intérêts, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant d'où proviennent ceux-ci un établissement stable auquel se rattache effectivement le prêt, la créance ou le dépôt générateur de ces revenus. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.	§ 5. De bepalingen van de §§ 1 en 2 zijn niet van toepassing indien de genietter van de interest, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waaruit de interest afkomstig is, een vaste inrichting heeft waarmede de lening, de schuldvordering of het deposito, die de interest opleveren, wezenlijk zijn verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing.
(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der	§ 6. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel l'emprunt générateur des intérêts a été contracté	§ 6. Interest wordt geacht uit een overeenkomstsluitende Staat afkomstig te zijn als de schuldenaar die Staat zelf is, een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of een verblijfhouder van die Staat. Indien evenwel de schuldenaar van de interest, ongeacht of hij verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of niet, in een overeenkomstsluitende Staat een vaste inrichting

Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die eigentliche Last der Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung oder Einlage, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Zinsen nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen des Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

#### Artikel 12

##### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren, die von einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Kapital der auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist, dürfen in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages dieser Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzge-

et qui supporte comme telle la charge de ceux-ci, ces intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où est situé l'établissement stable.

§ 7. Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou déposant ou que l'un et l'autre entretiennent avec des tierces personnes, le montant des intérêts attribués, compte tenu de la créance ou du dépôt pour lequel ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier ou déposant en l'absence de pareilles relations, les dispositions des §§ 1 et 2 ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des intérêts reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la Convention applicables aux revenus auxquels cette partie excédentaire peut être assimilée.

#### Article 12

##### Redevances

§ 1<sup>er</sup>. Les redevances provenant d'un Etat contractant et attribuées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

§ 2. Les redevances payées par une société résidente de l'un des Etats contractants à une personne résidente de l'autre Etat contractant qui possède plus de 50 pour cent du capital de la société qui paie les redevances peuvent être imposées dans le premier Etat, mais le taux de cet impôt ne peut pas excéder 10 p. c. du montant brut de ces redevances.

§ 3. Le terme « redevances » employé dans le présent article

heeft ten behoeve waarvan de lening die de interest voortbrengt werd aangegaan en die de last van die interest als zodanig draagt, wordt die interest geacht afkomstig te zijn uit de overeenkomstsluitende Staat waarin de vaste inrichting is gelegen.

§ 7. Indien, ten gevolge van een bijzondere verhouding tussen de schuldenaar en de schuldeiser of deponent of tussen hen beiden en derden, het bedrag van de toegekende interest, gelet op de schuldvordering of het deposito waarvoor hij wordt betaald, hoger is dan het bedrag dat zonder zulk een verhouding door de schuldenaar en de schuldeiser of deponent zou zijn overeengekomen, zijn de bepalingen van de §§ 1 en 2 slechts op het laatstbedoelde bedrag van toepassing. In een zodanig geval blijft het daarboven uitgaande deel van de interest belastbaar overeenkomstig de wetgeving van elke overeenkomstsluitende Staat en met inachtneming van de overige bepalingen van de overeenkomst die van toepassing zijn op de inkomsten waarmede dat deel kan worden gelijkgesteld.

#### Artikel 12

##### Royalty's

§ 1. Royalty's afkomstig uit een overeenkomstsluitende Staat en toegekend aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat zijn in die andere Staat belastbaar.

§ 2. Royalty's door een vennootschap die verblijfhouder is van een van de overeenkomstsluitende Staten betaald aan een persoon die verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat is en die meer dan 50 ten honderd bezit van het kapitaal van de vennootschap die de royalty's betaalt, mogen in de eerste Staat worden belast, maar het tarief van die belasting mag niet hoger zijn dan 10 t. h. van het brutobedrag van die royalty's.

§ 3. Het woord « royalty's » betekent in dit artikel beta-

bühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme sowie von Filmen und Tonaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen, die nicht unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 darstellen, oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques et les films ou les enregistrements conçus pour la radio et la télévision, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique ne constituant pas un bien immobilier visé à l'article 6 et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

§ 4. Les dispositions des §§ 1<sup>er</sup> et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien générateur des redevances. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

§ 5. Les redevances sont considérées comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel le contrat donnant lieu au paiement des redevances a été conclu et qui supporte comme telle la charge de celles-ci, ces redevances sont réputées provenir de l'Etat contractant où est situé l'établissement stable.

lingen van elke aard als vergoeding voor het gebruik of voor het recht van gebruik van een auteursrecht op een werk op het gebied van letterkunde, kunst of wetenschap, daaronder begrepen bioscoopfilms en films of opnamen voor radio en televisie, van een octrooi, van een fabrieks- of handelsmerk, van een ontwerp of model, van een plan, van een geheim recept of werkwijze, dan wel voor het gebruik of voor het recht van gebruik van een nijverheids-, handels-, of wetenschappelijke uitrusting die geen onroerend goed is als bedoeld in artikel 6, of voor inlichtingen omtrent ervaringen op het gebied van nijverheid, handel of wetenschap.

§ 4. De bepalingen van de §§ 1 en 2 zijn niet van toepassing indien de genietter van de royalty's, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waaruit de royalty's afkomstig zijn, een vaste inrichting heeft waarmede het recht of het goed, die de royalty's opleveren, wezenlijk zijn verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing.

§ 5. Royalty's worden geacht uit een overeenkomstsluitende Staat afkomstig te zijn als de schuldenaar die Staat zelf is, een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of een verblijfhouder van die Staat. Indien evenwel de schuldenaar van de royalty's, ongeacht of hij verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of niet, in een overeenkomstsluitende Staat een vaste inrichting heeft ten behoeve waarvan de overeenkomst welke tot de betaling van de royalty's aanleiding geeft werd aangegaan en die de last van de royalty's als zodanig draagt, worden die royalty's geacht afkomstig te zijn uit de overeenkomstsluitende Staat waarin de vaste inrichting is gelegen.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den üblichen Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so werden die Absätze 1 und 2 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Lizenzgebühren nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung jener Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden, die für die Einkünfte gelten, denen dieser übersteigende Betrag gleichgestellt werden kann.

#### Artikel 13

##### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne sind die Grundsätze des Artikels 7 Absätze 2 und 3 anzuwenden.

§ 6. Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretiennent avec des tierces personnes, le montant des redevances attribuées, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont versées, excède le montant normal dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions des §§ 1<sup>er</sup> et 2 ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des redevances reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la convention applicables aux revenus auxquels cette partie excédentaire peut être assimilée.

#### Article 13

##### Gains en capital

§ 1<sup>er</sup>. Les gains provenant de l'aliénation des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis à l'article 6, § 2, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

§ 2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris de tels gains provenant de l'aliénation globale de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat. Les règles prévues à l'article 7, §§ 2 et 3, s'appliquent à la détermination du montant de ces gains.

§ 6. Indien ten gevolge van een bijzondere verhouding tussen de schuldenaar en de genietter of tussen hen beiden en derden het bedrag van de toegekende royalty's, gelet op de prestatie waarvoor zij worden betaald, hoger is dan het normale bedrag dat zonder zulk een verhouding door de schuldenaar en de genietter zou zijn overeengekomen, zijn de bepalingen van de §§ 1 en 2 slechts op het laatstbedoelde bedrag van toepassing. In een zodanig geval blijft het daarboven uitgaande deel van de royalty's belastbaar overeenkomstig de wetgeving van elke overeenkomstsluitende Staat en met inachtneming van de overige bepalingen van de overeenkomst die van toepassing zijn op de inkomsten waarmede dat deel kan worden gelijkgesteld.

#### Artikel 13

##### Vermogenswinsten

§ 1. Winsten verkregen uit de vervreemding van onroerende goederen als omschreven in artikel 6, § 2, zijn belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin die goederen zijn gelegen.

§ 2. Winsten verkregen uit de vervreemding van roerende goederen, deel uitmakende van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting die een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat heeft, of van roerende goederen behorende tot een vaste basis die een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat voor de uitoefening van een vrij beroep tot zijn beschikking heeft, daaronder begrepen winsten verkregen uit de vervreemding van de vaste inrichting (alleen of te zamen met de gehele onderneming) of van de vaste basis, zijn in die andere Staat belastbaar. De regels van artikel 7, §§ 2 en 3, zijn van toepassing bij het bepalen van het bedrag van die winsten.

Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung jedes anderen Vermögens einschließlich einer Beteiligung — die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte gehört — an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

##### Freie Berufe

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 und 17 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Staat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der Tätigkeit, die mittels dieser festen Einrichtung ausgeübt wird, zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Wirtschaftstreuhänder.

Toutefois, les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers visés à l'article 22, § 3, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où ces biens eux-mêmes sont imposables en vertu dudit article.

§ 3. Les gains provenant de l'aliénation de tous autres biens, y compris une participation — ne faisant pas partie de l'actif d'un établissement stable visé au § 2 — dans une société par actions ou une autre société de capitaux, ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

#### Article 14

##### Professions libérales

§ 1<sup>er</sup>. Sous réserve des dispositions des articles 16 et 17, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que ce résident ne dispose de façon habituelle dans l'autre Etat d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables aux activités exercées à l'intervention de ladite base fixe.

§ 2. L'expression « professions libérales » comprend en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Winsten verkregen uit de vervreemding van roerende goederen als bedoeld in artikel 22, § 3, zijn echter slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin die goederen zelf volgens dat artikel belastbaar zijn.

§ 3. Winsten verkregen uit de vervreemding van alle andere goederen, daaronder begrepen een participatie — welke geen deel uitmaakt van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting als bedoeld in § 2 — in een vennootschap op aandelen of een andere kapitaalvennootschap, zijn slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarvan de vervreemder verblijfhouder is.

#### Artikel 14

##### Vrije beroepen

§ 1. Onder voorbehoud van de bepalingen van de artikelen 16 en 17, zijn inkomsten verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat uit de uitoefening van een vrij beroep of andere zelfstandige werkzaamheden van soortgelijke aard slechts in die Staat belastbaar, tenzij die verblijfhouder in de andere Staat voor het verrichten van zijn werkzaamheden geregeld over een vaste basis beschikt. Indien hij over zulk een vaste basis beschikt, zijn de inkomsten in de andere Staat belastbaar, maar slechts voor zover zij kunnen worden toegerekend aan de werkzaamheden welke met behulp van die vaste basis worden uitgeoefend.

§ 2. De uitdrukking « vrij beroep » omvat met name zelfstandige werkzaamheden op het gebied van wetenschap, letterkunde, kunst, opvoeding, of onderwijs, alsmede de zelfstandige werkzaamheden van artsen, advocaten, ingenieurs, architecten, tandartsen en accountants.

Artikel 15 Unselbständige Arbeit	Article 15 Professions dépendantes	Artikel 15 Niet zelfstandige beroepen
(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.	§ 1 <sup>er</sup> . Sous réserve des dispositions des articles 16, 17, 18, 19 et 20, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.	§ 1. Onder voorbehoud van de bepalingen van de artikelen 16, 17, 18, 19 en 20, zijn lonen, salarissen en andere soortgelijke beloningen verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat ter zake van een dienstbetrekking slechts in die Staat belastbaar, tenzij de dienstbetrekking in de andere overeenkomstsluitende Staat wordt uitgeoefend. Indien de dienstbetrekking aldaar wordt uitgeoefend, zijn de ter zake daarvan verkregen beloningen in die andere Staat belastbaar.
(2) Abweichend von Absatz 1 und unter den dort angeführten Vorbehalten dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn	§ 2. Par dérogation au § 1 <sup>er</sup> et sous la réserve y mentionnée, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si:	§ 2. In afwijking van § 1 en onder het aldaar vermelde voorbehoud zijn beloningen verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat ter zake van een in de andere overeenkomstsluitende Staat uitgeoefende dienstbetrekking slechts in de eerstbedoelde Staat belastbaar, indien:
1. sie für eine Tätigkeit gezahlt werden, die in dem anderen Staat einschließlich gewöhnlicher Arbeitsunterbrechungen nicht länger als insgesamt 183 Tage während des Kalenderjahres ausgeübt wird, und	1° elles rétribuent l'activité exercée dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes — y compris la durée des interruptions normales de travail — n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile, et	1° de beloningen werkzaamheden vergelden, die in de andere Staat werden uitgeoefend tijdens een tijdvak of tijdvakken welke — met inbegrip van de normale arbeidsonderbrekingen — gedurende het kalenderjaar een totaal van 183 dagen niet te boven gaan, en
2. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und	2° les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre Etat, et	2° de beloningen worden betaald door of namens een werkgever die geen verblijfhouder van de andere Staat is, en
3. die eigentliche Last der Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen wird, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.	3° la charge des rémunérations n'est pas supportée comme telle par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.	3° de last van de beloningen als zodanig niet wordt gedragen door een vaste inrichting of een vaste basis, die de werkgever in de andere Staat heeft.
(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 und unter den in Absatz 1 angeführten Vorbehalten gelten Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit als Vergütungen für eine Tätigkeit,	§ 3. Par dérogation aux §§ 1 <sup>er</sup> et 2 et sous la réserve mentionnée audit § 1 <sup>er</sup> , les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont considérées comme se rapportant à une activité exercée dans l'Etat con-	§ 3. In afwijking van de §§ 1 en 2 en onder het in § 1 gemaakte voorbehoud, worden beloningen ter zake van een dienstbetrekking uitgeoefend aan boord van een schip of luchtvaartuig in internationaal verkeer geacht betrekking te hebben op werkzaamheden uitgeoefend in de

die in dem Vertragsstaat ausgeübt wird, in dem der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens liegt, und dürfen in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 16

##### Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmitglieder von Gesellschaften auf Aktien oder Kapitalgesellschaften

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines entsprechenden Organs einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft bezieht, dürfen in diesem anderen Staat besteuert werden. Dies gilt auch für Vergütungen, die ein Komplementär einer in Belgien ansässigen Kommanditgesellschaft auf Aktien bezieht.

(2) Vergütungen, die einer in Absatz 1 genannten Person für eine tageweise Tätigkeit in einer Betriebsstätte gezahlt werden, die in dem Vertragsstaat liegt, in dem die Gesellschaft nicht ansässig ist, dürfen in diesem Staat besteuert werden, wenn die Betriebsstätte die eigentliche Last dieser Vergütungen trägt.

#### Artikel 17

##### Künstler und Sportler

Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

tractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise et sont imposables dans cet Etat.

#### Article 16

##### Administrateurs et commissaires de sociétés par actions ou de capitaux

§ 1<sup>er</sup>. Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance ou d'un organe analogue d'une société par actions ou d'une autre société de capitaux, résidente de l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet autre Etat. Il en est de même des rémunérations d'un associé commandité d'une société en commandite par actions, résidente de la Belgique.

§ 2. Les rémunérations allouées à une personne visée au § 1<sup>er</sup> pour une activité journalière exercée dans un établissement stable situé dans l'Etat contractant autre que celui dont la société est un résident sont imposables dans cet autre Etat si elles sont supportées comme telles par cet établissement stable.

#### Article 17

##### Artistes et sportifs

Les revenus que les professionnels du spectacle, tels les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision et les musiciens, ainsi que les sportifs, retirent de leurs activités personnelles en cette qualité, sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

overeenkomstsluitende Staat, waarin de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen, en zijn zij in die Staat belastbaar.

#### Artikel 16

##### Beheerders en commissarissen van vennootschappen op aandelen of van kapitaalvennootschappen

§ 1. Tantièmes, presentiegelden en andere soortgelijke uitkeringen, door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat verkregen in zijn hoedanigheid van lid van de raad van beheer of van toezicht, of van een gelijkaardig orgaan van een vennootschap op aandelen of van een andere kapitaalvennootschap, die verblijfhouder is van de andere overeenkomstsluitende Staat, zijn in die andere Staat belastbaar. Dit geldt ook voor de beloningen van een gecommanditeerde vennoot van een vennootschap bij wijze van geldschieting op aandelen, verblijfhouder van België.

§ 2. De beloningen die aan een persoon als bedoeld in § 1 worden toegekend voor de uitoefening van dagelijkse werkzaamheden in een vaste inrichting, gelegen in de andere overeenkomstsluitende Staat dan die waarvan de vennootschap verblijfhouder is, zijn in die andere Staat belastbaar indien zij als zodanig door die vaste inrichting worden gedragen.

#### Artikel 17

##### Artiesten en sportbeoefenaars

Inkomsten die beroepsartiesten, zoals toneelspelers, film-, radio- of televisieartiesten en musici, alsmede sportbeoefenaars, als zodanig verkrijgen uit hun persoonlijke werkzaamheden, zijn belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin die werkzaamheden worden verricht.

Artikel 18 Ruhegehälter	Article 18 Pensions	Artikel 18 Pensioenen
<p>(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.</p> <p>(2) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Bezüge, die auf Grund der Sozialgesetzgebung eines Vertragsstaates von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates gezahlt werden, dürfen jedoch in diesem Staat besteuert werden.</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. Sous réserve des dispositions de l'article 19, les pensions et autres rémunérations similaires versées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.</p> <p>§ 2. Toutefois, les pensions et toutes autres allocations, périodiques ou non, payées en exécution de la législation sociale d'un Etat contractant par cet Etat, une subdivision politique, une collectivité locale ou une personne morale de droit public de cet Etat sont imposables dans cet Etat.</p>	<p>§ 1. Onder voorbehoud van de bepalingen van artikel 19 zijn pensioenen en andere soortgelijke beloningen, betaald aan een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat ter zake van een vroegere dienstbetrekking, slechts in die Staat belastbaar.</p> <p>§ 2. Pensioenen en andere al dan niet periodieke uitkeringen ter uitvoering van de sociale wetgeving van een overeenkomstsluitende Staat betaald door die Staat, door een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of door een rechtspersoon naar het publiek recht van die Staat, zijn echter in die Staat belastbaar.</p>
<p>Artikel 19 Vergütungen und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen</p>	<p>Article 19 Rémunérations et pensions publiques</p>	<p>Artikel 19 Openbare beloningen en pensioenen</p>
<p>(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts dieses Staates unmittelbar oder aus einem von diesen errichteten Sondervermögen für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der juristischen Person des öffentlichen Rechts erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.</p> <p>Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Empfänger dieser Einkünfte die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzt, ohne gleichzeitig die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates zu besitzen.</p> <p>(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Ver-</p>	<p>§ 1<sup>er</sup>. Les rémunérations, y compris les pensions, versées par un Etat contractant ou par l'une de ses subdivisions politiques, collectivités locales ou personnes morales de droit public, soit directement, soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, au titre de services rendus à cet Etat ou à une de ses subdivisions politiques, collectivités locales ou personnes morales de droit public, sont imposables dans ledit Etat.</p> <p>Cette disposition ne s'applique pas lorsque le bénéficiaire de ces revenus possède la nationalité de l'autre Etat sans posséder en même temps la nationalité du premier Etat.</p> <p>§ 2. Le § 1<sup>er</sup> ne s'applique pas aux rémunérations ou pensions versées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par un Etat contractant,</p>	<p>§ 1. Beloningen, daaronder begrepen pensioenen, door een overeenkomstsluitende Staat of door een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan of door een rechtspersoon naar publiek recht van die Staat, of wel rechtstreeks of wel uit door hen in het leven geroepen fondsen betaald ter zake van diensten bewezen aan die Staat, aan een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of aan een rechtspersoon naar het publiek recht van die Staat, zijn in die Staat belastbaar.</p> <p>Deze bepaling is niet van toepassing indien de genietter van die inkomsten onderdaan is van de andere Staat zonder tezelfdertijd onderdaan te zijn van de eerstbedoelde Staat.</p> <p>§ 2. De bepaling van § 1 is niet van toepassing op beloningen of pensioenen ter zake van diensten verricht in verband met enig handels- of nijverheidsbedrijf uitgeoefend door een</p>

tragstaates, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden.

#### Artikel 20

##### Studenten, Lehrlinge und Praktikanten

(1) Zahlungen, die ein Student, ein Lehrling oder ein Praktikant, der in einem Vertragstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(2) Vergütungen, die die in Absatz 1 genannten Personen für eine unselbständige Tätigkeit beziehen, die in dem anderen Staat ausschließlich zu dem Zweck ausgeübt wird, praktische Berufserfahrung zu erwerben, und deren Dauer einen Zeitraum von 183 Tagen im Kalenderjahr nicht überschreitet, dürfen in diesem Staat nicht besteuert werden.

#### Artikel 21

##### Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Eine in einem Vertragstaat ansässige Person darf mit den Einkünften, die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, in dem anderen Vertragstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß diese Einkünfte in dem Einkommen enthalten sind, das einer in dem anderen Staat gelegenen und von der in dem erstgenannten Staat ansässigen Person unterhaltenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung zuzurechnen ist.

par une subdivision politique, une collectivité locale ou une personne morale de droit public de cet Etat.

#### Article 20

##### Etudiants, apprentis ou stagiaires

§ 1<sup>er</sup>. Les sommes qu'un étudiant, un apprenti ou un stagiaire qui est, ou qui était auparavant, un résident d'un Etat contractant et qui séjourne dans l'autre Etat contractant à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet autre Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet autre Etat.

§ 2. Les rémunérations que les personnes visées au § 1<sup>er</sup> reçoivent au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat à seule fin d'acquérir des pratiques professionnelles pour une durée qui ne dépasse pas 183 jours dans l'année civile ne sont pas imposables dans cet Etat.

#### Article 21

##### Revenus non expressément mentionnés

Un résident d'un Etat contractant n'est pas imposable dans l'autre Etat contractant sur les éléments de son revenu qui ne sont pas expressément mentionnés dans les articles précédents, à moins que ces éléments de revenu ne soient compris dans les revenus attribuables à un établissement stable ou une base fixe exploité dans ce dernier Etat par ledit résident du premier Etat.

overeenkomstsluitende Staat, door een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of door een rechtspersoon naar het publiek recht van die Staat.

#### Artikel 20

##### Studenten, leerlingen en stagiaires

§ 1. Sommen ten behoeve van zijn onderhoud, onderwijs of opleiding ontvangen door een student, een leerling of een voor een beroep of bedrijf opgeleid wordende persoon, die verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of vroeger was en uitsluitend voor zijn onderwijs of opleiding in de andere overeenkomstsluitende Staat verblijft, zijn in die andere Staat niet belastbaar, op voorwaarde dat die sommen afkomstig zijn uit bronnen buiten die andere Staat.

§ 2. Beloningen die de in § 1 bedoelde personen ontvangen ter zake van een dienstbetrekking die zij in de andere Staat, tijdens een tijdvak dat in het kalenderjaar 183 dagen niet te boven gaat, uitoefenen uitsluitend om beroepservaring op te doen, zijn in die Staat niet belastbaar.

#### Artikel 21

##### Niet uitdrukkelijk vermelde inkomsten

Een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is in de andere overeenkomstsluitende Staat niet belastbaar ter zake van bestanddelen van zijn inkomen die niet uitdrukkelijk in de voorgaande artikelen zijn vermeld, tenzij die bestanddelen van het inkomen begrepen zijn in inkomsten die kunnen worden toegerekend aan een vaste inrichting of een vaste basis welke die verblijfhouder van de eerstbedoelde Staat in de andere Staat exploiteert.

**IV. BESTEUERUNG DES VERMÖGENS****Artikel 22**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinn des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf vorbehaltlich des Absatzes 3 in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person einschließlich einer Beteiligung — die nicht gemäß Absatz 2 zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte gehört — an einer Gesellschaft auf Aktien oder einer anderen Kapitalgesellschaft dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

**V. METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPEL-BESTEUERUNG****Artikel 23**

(1) Bei Personen, die in Österreich ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus Belgien stammenden Einkünfte — mit Ausnahme der unter Ziffer 2 fallenden

**IV. IMPOSITION DE LA FORTUNE****Article 22**

§ 1<sup>er</sup>. La fortune constituée par des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis à l'article 6, § 2, est imposable dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

§ 2. Sous réserve des dispositions du § 3, la fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable d'une entreprise ou par des biens mobiliers constitutifs d'une base fixe servant à l'exercice d'une profession libérale est imposable dans l'Etat contractant où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

§ 3. Les navires et les aéronefs exploités en trafic international, ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

§ 4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant, y compris une participation — ne faisant pas partie de l'actif d'un établissement stable visé au § 2 — dans une société par actions ou une autre société de capitaux, ne sont imposables que dans cet Etat.

**V. DISPOSITIONS PREVENTIVES DE LA DOUBLE IMPOSITION****Article 23**

§ 1<sup>er</sup>. En ce qui concerne les résidents de l'Autriche, la double imposition est évitée de la manière suivante :

1° les revenus provenant de la Belgique — à l'exclusion des revenus visés au 2° — et les

**IV. BELASTINGHEFFING NAAR HET VERMOGEN****Artikel 22**

§ 1. Vermögen bestaande uit onroerende goederen, als omschreven in artikel 6, § 2, is belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin die goederen zijn gelegen.

§ 2. Onder voorbehoud van de bepalingen van § 3, is vermögen bestaande uit roerende zaken die deel uitmaken van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting van een onderneming, of uit roerende zaken die behoren tot een vaste basis gebezigd voor de uitoefening van een vrij beroep, belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin de vaste inrichting of de vaste basis is gelegen.

§ 3. In internationaal verkeer geëxploiteerde schepen en luchtvaartuigen, zomede roerende zaken die voor de exploitatie daarvan worden gebezigd, zijn slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waarin de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen.

§ 4. Alle andere vermogensbestanddelen van een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, daaronder begrepen een deelneming — geen deel uitmakend van het bedrijfsvermogen van een in § 2 bedoelde vaste inrichting — in een vennootschap op aandelen of een andere kapitaalvennootschap, zijn slechts in die Staat belastbaar.

**V. BEPALINGEN TOT VOORKOMING VAN DUBBELE BELASTING****Artikel 23**

§ 1. Met betrekking tot verblijfhouders van Oostenrijk wordt dubbele belasting op de volgende wijze voorkomen:

1° inkomsten afkomstig uit België — met uitzondering van inkomsten als bedoeld in

- |  |  |   |
|--|--|---|
| <p>Einkünfte — und die in Belgiengelegenen Vermögenseile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Österreich von der Besteuerung ausgenommen. Diese Befreiung schränkt das Recht Österreichs nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögenseile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.</p>  | <p>éléments de la fortune situés en Belgique, qui sont imposables dans cet Etat en vertu des articles précédents, sont exemptés d'impôts en Autriche. Cette exemption ne limite pas le droit de l'Autriche de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de fortune ainsi exemptés ;</p>  | <p>2° — en in België gelegen vermogensbestanddelen, die op grond van de voorgaande artikelen in die Staat belastbaar zijn, zijn in Oostenrijk vrijgesteld van belastingen. Deze vrijstelling beperkt niet het recht van Oostenrijk om met de aldus vrijgestelde inkomsten en vermogensbestanddelen rekening te houden bij het bepalen van het tarief van zijn belastingen;</p>  |
| <p>2. Die in Belgien nach diesem Abkommen erhobene Steuer</p> <p>a) von Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind und nicht unter Ziffer 3 fallen,</p> <p>b) von Zinsen, die nach Artikel 11 Absatz 2 zu besteuern sind, und</p> <p>c) von Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absatz 2 zu besteuern sind, wird auf die von diesen Einkünften in Österreich erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der anteilig auf diese in Belgien steuerpflichtigen Einkünfte entfällt.</p> | <p>2° l'impôt perçu en Belgique conformément à la présente convention</p> <p>a) sur les dividendes soumis au régime prévu à l'article 10, § 2 et non visés au 3° ci-après,</p> <p>b) sur les intérêts imposables conformément à l'article 11, § 2 et</p> <p>c) sur les redevances imposables conformément à l'article 12, § 2 est imputé sur l'impôt afférent à ces mêmes revenus qui est perçu en Autriche. Le montant ainsi déduit ne peut toutefois excéder la fraction de l'impôt, calculé avant la déduction, qui correspond proportionnellement auxdits revenus imposables en Belgique ;</p> | <p>2° de in België volgens deze overeenkomst geheven belasting</p> <p>a) op dividenden, onderworpen aan de regeling van artikel 10, § 2 en niet bedoeld in 3° hierna,</p> <p>b) op interest die volgens artikel 11, § 2 belastbaar is, en</p> <p>c) op royalty's die volgens artikel 12, § 2 belastbaar zijn, wordt verrekend met de belasting die op dezelfde inkomsten betrekking heeft en in Oostenrijk wordt geheven. Het in mindering te brengen bedrag mag echter het deel van de belasting, berekend zonder de vermindering, dat evenredig betrekking heeft op die in België belastbare inkomsten, niet te boven gaan;</p> |
| <p>3. Auf die Anteile, die auf einen in Österreich ansässigen Gesellschafter einer in Belgien ansässigen offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft vom Gesellschaftsgewinn und vom Gesellschaftsvermögen entfallen, sind die Bestimmungen der Ziffer 1 anzuwenden. Das gleiche gilt für Einkünfte — ausgenommen Einkünfte aus Kapitalinvestitionen —, die eine in Österreich ansässige Person als Gesellschafter einer in Belgien ansässigen Personengesellschaft mit beschränkter Haftung bezieht.</p>   | <p>3° lorsque le résident de l'Autriche est un associé d'une société en nom collectif ou d'une société en commandite simple, résidente de la Belgique, les dispositions du 1° s'appliquent à sa quote-part dans les bénéfices sociaux et à sa participation dans la fortune de la société ; le même régime s'applique aux revenus, autres que les revenus de capitaux investis, recueillis par un résident de l'Autriche en qualité d'associé d'une société de personnes à responsabilité limitée, résidente de la Belgique.</p>   | <p>3° indien de verblijfhouder van Oostenrijk een vennoot is van een vennootschap onder gemeenschappelijke naam of van een vennootschap bij wijze van eenvoudige geldschieting, verblijfhouder van België, zijn de bepalingen van 1° van toepassing op zijn aandeel in de maatschappelijke winsten en op zijn deelneming in het vermogen van de vennootschap; dezelfde regeling is van toepassing op de andere inkomsten dan inkomsten van belegde kapitalen, door een verblijfhouder van Oostenrijk verkregen in zijn hoedanig-</p>  |

(2) Bei Personen, die in Belgien ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus Österreich stammenden Einkünfte — mit Ausnahme der unter Ziffern 2 und 3 fallenden Einkünfte — und die in Österreich gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden dürfen, sind in Belgien von der Besteuerung ausgenommen. Diese Befreiung schränkt das Recht Belgiens nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Satzes seiner Steuern zu berücksichtigen.
2. Bei Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, bei Zinsen, die nach Artikel 11 Absätze 2 oder 7 zu besteuern sind, und bei Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absätze 2 oder 6 zu besteuern sind, wird der im belgischen Recht vorgesehene Pauschbetrag der ausländischen Steuer unter den von diesem Recht geforderten Voraussetzungen und mit dem vorgeschriebenen Steuersatz angerechnet, und zwar auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen, die auf diese Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren entfällt, oder auf die Körperschaftsteuer, die auf diese Zinsen oder Lizenzgebühren entfällt.
3. a) Gehören einer in Belgien ansässigen Gesellschaft Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen Kapitalgesellschaft, so sind die von der letztgenannten Gesellschaft an sie ausgeschütteten Dividenden, die nach Artikel 10 Absatz 2 zu behandeln sind, in Belgien

§ 2. En ce qui concerne les résidents de la Belgique, la double imposition est évitée de la manière suivante :

- 1° les revenus provenant de l'Autriche — à l'exclusion des revenus visés aux 2° et 3° — et les éléments de la fortune situés en Autriche, qui sont imposables dans cet État en vertu des articles précédents, sont exemptés d'impôts en Belgique. Cette exemption ne limite pas le droit de la Belgique de tenir compte, pour la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de la fortune ainsi exemptés ;
- 2° en ce qui concerne les dividendes soumis au régime prévu à l'article 10, § 2, les intérêts imposables conformément à l'article 11, §§ 2 ou 7 et les redevances imposables conformément à l'article 12, §§ 2 ou 6, la quotité forfaitaire d'impôt étranger prévue par la législation belge est imputée dans les conditions et au taux prévus par cette législation, soit sur l'impôt des personnes physiques afférent auxdits dividendes, intérêts et redevances, soit sur l'impôt des sociétés afférent auxdits intérêts et redevances ;
- 3° a) lorsqu'une société résidente de la Belgique a la propriété d'actions ou parts d'une société de capitaux, résidente de l'Autriche, les dividendes qui lui sont attribués par cette dernière société et qui ont été soumis au régime prévu à l'article 10, § 2, sont exemptés d'impôt des

heid van vennoot in een personenvennootschap met beperkte aansprakelijkheid, verblijfhouder van België.

§ 2. Met betrekking tot verblijfhouders van België wordt dubbele belasting op de volgende wijze voorkomen:

- 1° inkomsten afkomstig uit Oostenrijk — met uitzondering van inkomsten als bedoeld in 2° en 3° — en in Oostenrijk gelegen vermogensbestanddelen, die volgens de voorgaande artikelen in die Staat belastbaar zijn, zijn in België vrijgesteld van belastingen. Deze vrijstelling beperkt niet het recht van België om met de aldus vrijgestelde inkomsten en vermogensbestanddelen rekening te houden bij het bepalen van het tarief van zijn belastingen.
- 2° met betrekking tot dividenden onderworpen aan de in artikel 10, § 2, bedoelde regeling, interest belastbaar volgens artikel 11, §§ 2 of 7, en royalty's belastbaar volgens artikel 12, §§ 2 of 6, wordt het forfaitaire gedeelte van de buitenlandse belasting, waarin de Belgische wetgeving voorziet, onder de voorwaarden en volgens het tarief van die wetgeving verrekend, hetzij met de personenbelasting in verband met die dividenden, interesten en royalty's, hetzij met de vennootschapsbelasting in verband met die interesten en royalty's.
- 3° a) indien een vennootschap, verblijfhouder van België, aandelen of delen in eigendom bezit van een kapitaalvennootschap, verblijfhouder van Oostenrijk, worden de dividenden die haar door deze laatste vennootschap worden toegerekend en die aan de regeling van artikel 10,

von der Körperschaftsteuer befreit, soweit diese Befreiung gewährt würde, wenn die beiden Gesellschaften in Belgien ansässig wären; diese Bestimmung schließt nicht aus, daß von diesen Dividenden die nach belgischem Recht zu zahlende Vorsteuer (précompte mobilier) erhoben wird;

- b) standen Aktien oder sonstige Anteile an einer in Österreich ansässigen und dort der Körperschaftsteuer unterliegenden Gesellschaft während des ganzen Geschäftsjahres dieser Gesellschaft im ausschließlichen Eigentum einer in Belgien ansässigen Gesellschaft, so kann die letztgenannte Gesellschaft auch von der Vorsteuer befreit werden, die nach belgischem Recht von den Dividenden dieser Aktien oder sonstigen Anteile erhoben wird, sofern sie dies spätestens innerhalb der Frist für die Abgabe der Jahressteuererklärung schriftlich beantragt; in diesem Fall können bei einer Wiederausschüttung die so befreiten Dividenden nicht von den ausgeschütteten Dividenden abgesetzt werden, die der Vorsteuer unterliegen. Diese Bestimmung wird nicht angewendet, wenn sich die belgische Gesellschaft verbindlich für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.

Falls die Bestimmungen des belgischen Rechts, nach denen der Nettobetrag von Dividenden, die eine in Belgien ansässige Gesellschaft von einer anderen in Belgien ansäs-

sociétés en Belgique, dans la mesure où cette exemption serait accordée si les deux sociétés étaient résidentes de la Belgique; cette disposition n'exclut pas le prélèvement sur ces dividendes du précompte mobilier exigible suivant la législation belge;

- b) lorsqu'une société résidente de la Belgique a eu pendant toute la durée de l'exercice social d'une société de capitaux, résidente de l'Autriche et soumise à l'impôt des sociétés dans cet Etat, la propriété exclusive d'actions ou parts de cette dernière société, elle peut également être exemptée du précompte mobilier exigible, suivant la législation belge, sur les dividendes de ces actions ou parts, à la condition d'en faire la demande par écrit au plus tard dans le délai prescrit pour la remise de sa déclaration annuelle; lors de la redistribution à ses propres actionnaires de ces dividendes ainsi exemptés, ceux-ci ne peuvent, dans ce cas, être déduits des dividendes distribués passibles du précompte mobilier. Cette disposition n'est pas applicable lorsque la première société a valablement opté pour l'assujettissement de ses bénéfices à l'impôt des personnes physiques.

Dans l'éventualité où les dispositions de la législation belge, exemptant de l'impôt des sociétés le montant net des dividendes qu'une société résidente de la Belgique

§ 2, werden onderworpen, in België vrijgesteld van de vennootschapsbelasting voor zover vrijstelling zou worden verleend indien beide vennootschappen verblijfhouder van België waren geweest; deze bepaling belet niet dat van die dividenden de roerende voorheffing wordt geheven welke volgens de Belgische wetgeving verschuldigd is;

- b) indien een vennootschap, verblijfhouder van België, gedurende het volledige boekjaar van een kapitaalvennootschap, die verblijfhouder is van Oostenrijk en aldaar aan de vennootschapsbelasting is onderworpen, aandelen of delen van deze laatste vennootschap in uitsluitende eigendom heeft bezeten, kan zij eveneens worden vrijgesteld van de roerende voorheffing welke volgens de Belgische wetgeving op de dividenden van die aandelen of delen is verschuldigd, op voorwaarde dat zij zulks schriftelijk aanvraagt binnen de termijn waarin haar jaarlijkse aangifte moet worden ingediend; bij de wederuitkering van de aldus vrijgestelde dividenden aan haar eigen aandeelhouders, mogen deze dividenden niet in mindering worden gebracht van de aan de roerende voorheffing te onderwerpen uitgekeerde dividenden. Deze bepaling is niet van toepassing als de eerste vennootschap op geldige wijze de aanslag van haar winsten in de personenbelasting heeft gekozen.

Ingeval de bepalingen van de Belgische wetgeving betreffende de vrijstelling van vennootschapsbelasting tot het nettobetrag van de dividenden die een vennootschap,

sigen Gesellschaft erhält, von der Körperschaftsteuer befreit ist, in der Weise geändert werden, daß die Befreiung auf Dividenden beschränkt wird, die auf ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis an der zweiten Gesellschaft entfallen, so wird der vorhergehende Unterabsatz nur auf Dividenden angewendet, die von in Österreich ansässigen Gesellschaften gezahlt werden und auf ein gleich großes Beteiligungsverhältnis an diesen Gesellschaften entfallen.

4. Ist die ansässige Person eine Gesellschaft — ausgenommen eine Gesellschaft auf Aktien —

a) so gilt die unter Ziffer 1 vorgesehene Befreiung auch für die Gesellschafter dieser Gesellschaft, gleichgültig, ob sie in Belgien ansässig sind oder nicht, soweit die Einkünfte oder Vermögensteile dieser Gesellschaft, die nach dem Abkommen in Österreich besteuert werden dürfen, auch in Belgien nach belgischem Recht bei diesen Gesellschaftern — außer als Einkünfte aus investiertem Kapital — besteuert werden dürfen;

b) so wird die unter Ziffer 2 vorgesehene Anrechnung in gleichem Maß den Gesellschaftern dieser Gesellschaft gewährt, sofern sich diese für die Heranziehung ihrer Gewinne zur Einkommensteuer der natürlichen Personen entschieden hat.

5. Die in Ziffer 1 vorgesehene Befreiung gilt nicht für Einkünfte einer in Belgien ansässigen Person, die als Gesell-

çoit d'une autre société résidente de la Belgique, seraient modifiées de manière à limiter l'exemption aux dividendes afférents à des participations d'une importance déterminée dans le capital de la seconde société, la disposition de l'alinéa précédent ne s'appliquera qu'aux dividendes attribués par des sociétés résidentes de l'Autriche et afférents à des participations de même importance dans le capital desdites sociétés.

4° lorsque le résident est une société autre que par actions :

a) l'exemption prévue au 1° s'applique aussi aux associés de cette société, qu'ils soient ou non des résidents de la Belgique, dans la mesure où les revenus ou éléments de fortune de ladite société qui sont imposables en Autriche en vertu de la convention, sont également imposables en Belgique, autrement qu'au titre de revenus de capitaux investis, à charge de ces associés en vertu de la législation belge ;

b) la déduction prévue au 2° s'applique dans la même mesure aux associés de ladite société, lorsque celui-ci a opté pour l'assujettissement de ses bénéfices à l'impôt des personnes physiques ;

5° l'exemption prévue au 1° ne s'applique pas aux revenus d'un résident de la Belgique, associé d'une société en nom

verblijfhouder van België, ontvangt van een andere vennootschap, verblijfhouder van België, zodanig worden gewijzigd dat de vrijstelling wordt beperkt tot dividenden in verband met deelnemingen van een bepaalde belangrijkheid in het kapitaal van de tweede vennootschap, zal de bepaling van vorig lid slechts van toepassing zijn op door vennootschappen, verblijfhouders van Oostenrijk, toegekende dividenden voor zover deze verband houden met deelnemingen van dezelfde belangrijkheid in het kapitaal van zulke vennootschappen.

4° indien de verblijfhouder een andere vennootschap is dan een vennootschap op aandelen:

a) is de in 1° bedoelde vrijstelling ook van toepassing op de vennoten van die vennootschap, ongeacht of zij verblijfhouders van België zijn of niet, voor zover de inkomsten of de vermogensbestanddelen van die vennootschap, die volgens de overeenkomst in Oostenrijk belastbaar zijn, ook in België volgens de Belgische wetgeving ten name van de vennoten belastbaar zijn op een andere wijze dan als inkomsten van belegde kapitalen;

b) is de in 2° bedoelde vermindering in dezelfde mate van toepassing op de vennoten van de vennootschap indien zij de aanslag van haar winsten in de personenbelasting heeft gekozen.

5° de in 1° bedoelde vrijstelling is niet van toepassing op de inkomsten van een verblijfhouder van België, vennoot

schafter an einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht des österreichischen Rechts, die den Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung in Österreich hat, beteiligt ist, wenn diese Einkünfte in dem letztgenannten Staat nach dessen Recht nicht besteuert werden dürfen.

(3) Werden nach dem Recht eines Vertragsstaates Verluste, die ein Unternehmen dieses Staates durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erlitten hat, bei der Besteuerung dieses Unternehmens von seinen Gewinnen, die in dem erstgenannten Staat besteuert werden dürfen, tatsächlich abgezogen, so gilt die in Absatz 1 Ziffer 1 und in Absatz 2 Ziffer 1 vorgesehene Befreiung in dem erstgenannten Staat nicht für die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne aus anderen Besteuerungszeiträumen, soweit diese Gewinne auch in dem anderen Staat auf Grund eines Ausgleichs mit diesen Verlusten nicht besteuert worden sind.

## VI. BESONDERE BESTIMMUNGEN

### Artikel 24

#### Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit

collectif ou d'une société en commandite simple ou d'une société civile, de droit autrichien, qui a son siège de direction effective en Autriche, lorsque ces revenus ne constituent pas des revenus imposables dans ce dernier Etat en vertu de sa législation.

§ 3. Lorsque, conformément à la législation d'un Etat contractant, des pertes subies par une entreprise de cet Etat dans un établissement stable situé dans l'autre Etat sont, pour l'imposition de cette entreprise, effectivement déduites de ses bénéfices imposables dans le premier Etat, l'exemption prévue aux §§ 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, et 2, 1<sup>o</sup>, ne s'applique pas dans ce premier Etat aux bénéfices d'autres périodes imposables qui sont imputables à cet établissement, dans la mesure où ces bénéfices ont aussi été exemptés d'impôt dans l'autre Etat en raison de leur compensation avec lesdites pertes.

## VI. DISPOSITIONS SPECIALES

### Article 24

#### Non-discrimination

§ 1<sup>er</sup>. Les nationaux d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet autre Etat se trouvant dans la même situation.

§ 2. Le terme « nationaux » désigne :

- a) les personnes physiques qui possèdent la natio-

van een vennootschap onder gemeenschappelijke naam of van een vennootschap bij wijze van eenvoudige geldschieting of van een burgerlijke vennootschap, naar Oostenrijks recht, waarvan de plaats van de werkelijke leiding in Oostenrijk is gelegen, indien die inkomsten in deze laatste Staat volgens diens wetgeving geen belastbare inkomsten zijn.

§ 3. Indien volgens de wetgeving van een overeenkomstsluitende Staat, verliezen welke een onderneming van die Staat in een in de andere Staat gelegen vaste inrichting heeft geleden, voor de belastingheffing van die onderneming werkelijk in mindering worden gebracht van haar in de eerstbedoelde Staat belastbare winsten, is de in §§ 1, 1<sup>o</sup>, en 2, 1<sup>o</sup>, neergelegde vrijstelling in die eerstbedoelde Staat niet van toepassing op de winsten van andere belastbare tijdperken die aan die inrichting zijn toe te rekenen, in de mate dat die winsten ook in de andere Staat van belasting werden vrijgesteld wegens hun compensatie met dezelfde verliezen.

## VI. BIJZONDERE BEPALINGEN

### Artikel 24

#### Non-discriminatie

§ 1. Onderdanen van een overeenkomstsluitende Staat worden in de andere overeenkomstsluitende Staat niet onderworpen aan enige belastingheffing of daarmede verband houdende verplichting, die anders of drukkender is dan de belastingheffing en daarmede verband houdende verplichtingen, waaraan onderdanen van die andere Staat onder gelijke omstandigheden zijn of kunnen worden onderworpen.

§ 2. De uitdrukking « onderdanen » betekent:

- 1<sup>o</sup> natuurlijke personen, die de nationaliteit van een overeen-

<p>eines Vertragsstaates besitzen;</p> <p>b) Gesellschaften, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.</p>	<p>nalité d'un Etat contractant ;</p> <p>b) les sociétés constituées conformément à la législation en vigueur dans un Etat contractant.</p>	<p>komstsluitende Staat bezitten;</p> <p>2° vennootschappen opgericht overeenkomstig de wetgeving die van kracht is in een overeenkomstsluitende Staat.</p>
<p>(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.</p>	<p>§ 3. L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité.</p>	<p>§ 3. De belastingheffing van een vaste inrichting, die een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat heeft, is in die andere Staat niet ongunstiger dan de belastingheffing van ondernemingen van die andere Staat die dezelfde werkzaamheden uitoefenen.</p>
<p>Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen,</p>	<p>Cette disposition ne peut être interprétée</p>	<p>Deze bepaling mag niet dusdanig worden uitgelegd</p>
<p>1. als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt;</p>	<p>1° comme obligé un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents ;</p>	<p>1° dat zij een overeenkomstsluitende Staat de verplichting oplegt aan verblijfhouders van de andere overeenkomstsluitende Staat de persoonlijke verminderingen, aftrekken en belastingverlagingen uit hoofde van de gezinstoestand of de gezinslasten te verlenen, die hij aan zijn eigen verblijfhouders verleent;</p>
<p>2. als hindere sie Belgien daran, den Gesamtbetrag der Gewinne, die einer in diesem Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, über die eine in Österreich ansässige Gesellschaft oder eine Personenvereinigung verfügt, die den Ort ihrer Geschäftsleitung in Österreich hat, zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgeschriebenen Satz zu besteuern, sofern dieser nicht den Höchstsatz übersteigt, der für den Gesamtgewinn oder einen Teilbetrag der Gewinne der in Belgien ansässigen Gesellschaften gilt;</p>	<p>2° comme empêchant la Belgique d'imposer globalement le total des bénéfices imputables à l'établissement stable dont dispose dans cet Etat une société résidente de l'Autriche, ou tout autre groupement ou société de personnes ayant son siège de direction effective en Autriche, au taux fixé par sa législation, à condition que celui-ci n'excède pas, en principal, le taux maximal applicable à l'ensemble ou à une fraction des bénéfices des sociétés résidentes de la Belgique ;</p>	<p>2° dat zij België belet de totale winst die kan worden toegerekend aan de in die Staat gelegen vaste inrichting van een vennootschap, verblijfhouder van Oostenrijk, of van elke andere vereniging van personen of personenvennootschap, waarvan de plaats van de werkelijke leiding in Oostenrijk is gelegen, gezamenlijk aan belasting te onderwerpen tegen het tarief dat door zijn wetgeving is bepaald, op voorwaarde dat dit laatste in hoofdsom niet hoger is dan het hoogste tarief dat van toepassing is ter zake van het geheel of enig deel van de winsten van vennootschappen, verblijfhouders van België;</p>
<p>3. als hindere sie Belgien daran, österreichische Staatsbürger, die in Belgien nicht ansässig sind, aber dort über eine Wohnstätte verfügen, mit dem</p>	<p>3° comme empêchant la Belgique d'imposer sur le montant minimal de revenu, déterminé par sa législation et applicable aux non-rési-</p>	<p>3° dat zij België belet onderdanen van Oostenrijk, die geen verblijfhouder van België zijn maar aldaar over een woning beschikken, te</p>

Mindesteinkommen zu besteuern, das sich nach belgischem Recht ergibt und mit dem in Belgien nicht ansässige Personen besteuert werden, die dort über eine Wohnstätte verfügen, gleichgültig, ob sie belgische Staatsbürger sind oder nicht.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

#### Artikel 25 Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die dem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel bei der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem sie ansässig ist, schriftlich einen Antrag auf Überprüfung dieser Besteuerung stellen.

Die Antragstellung ist nur zulässig, wenn sie innerhalb einer Frist von zwei Jahren, von dem Tag an gerechnet, an dem die Besteuerung dieser Person bekanntgegeben oder im Abzugswege vorgenommen worden ist, erfolgt.

dents de cet Etat qui en sont ou non des nationaux et qui y disposent d'une habitation, les nationaux de l'Autriche qui ne sont pas des résidents de la Belgique mais y disposent d'une habitation.

§ 4. Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier Etat.

§ 5. Le terme « imposition » désigne, dans le présent article, les impôts de toute nature ou dénomination.

#### Article 25 Procédure amiable

§ 1<sup>er</sup>. Lorsqu'un résident d'un Etat contractant estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par chacun des deux Etats entraînent ou entraîneront pour lui une imposition non conforme à la convention, il peut, sans préjudice des recours prévus par la législation nationale de ces Etats, adresser à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont il est un résident, une demande écrite de révision de cette imposition. Pour être recevable, ladite demande doit être présentée dans un délai de deux ans à compter de la notification ou de la perception à la source de l'imposition.

belasten op het minimum-inkomstenbedrag dat door zijn wetgeving bepaald is met betrekking tot niet-verblijfhouders van België die al dan niet onderdanen van België zijn en aldaar over een woning beschikken.

§ 4. Ondernemingen van een overeenkomstsluitende Staat, waarvan het kapitaal geheel of ten dele onmiddellijk of middellijk in het bezit is van, of wordt beheerst door één of meer verblijfhouders van de andere overeenkomstsluitende Staat, worden in de eerstbedoelde Staat niet onderworpen aan enige belastingheffing of daarmee verband houdende verplichting, die anders of drukken-der is dan de belastingheffing en daarmee verband houdende verplichtingen, waaraan andere soortgelijke ondernemingen van die eerstbedoelde Staat zijn of kunnen worden onderworpen.

§ 5. In dit artikel betekent de uitdrukking « belastingheffing » belastingen van elke soort en benaming.

#### Artikel 25 Regeling voor onderling overleg

§ 1. Indien een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat van oordeel is dat de maatregelen van een overeenkomstsluitende Staat of van beide Staten voor hem leiden of zullen leiden tot een belastingheffing die niet in overeenstemming is met de overeenkomst, kan hij, onverminderd de rechtsmiddelen waarin de nationale wetgeving van die Staten voorziet, schriftelijk een verzoek om herziening van die belastingheffing richten aan de bevoegde autoriteit van de overeenkomstsluitende Staat, waarvan hij verblijfhouder is. Om ontvankelijk te zijn moet dat verzoek worden ingediend binnen een termijn van twee jaren vanaf de betekening of de inhouding bij de bron van de belastingheffing.

(2) Hält die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen sich über die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen und mit ihrem Recht zu vereinbarenden Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere darüber, welche Nachweise die in einem der beiden Staaten ansässigen Personen beizubringen haben, um in dem anderen Staat in den Genuß der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen zu gelangen.

#### Artikel 26

##### Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die erforderlich sind zur Durchführung des Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht.

Alle so erhaltenen Informationen sind geheimzuhalten und dürfen — außer dem Steuerpflichtigen oder seinem Beauftragten — nur solchen Personen

§ 2. L'autorité compétente visée au § 1<sup>er</sup>, s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution satisfaisante, de régler la question par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la convention.

§ 3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peut donner lieu l'application de la convention.

§ 4. Les autorités compétentes des Etats contractants se concertent au sujet des mesures administratives compatibles avec leurs législations, qui sont nécessaires à l'exécution des dispositions de la convention et notamment au sujet des justifications à fournir par les résidents de chaque Etat pour bénéficier dans l'autre Etat des exemptions ou réductions d'impôts prévues à cette convention.

#### Article 26

##### Echange de renseignements

§ 1<sup>er</sup>. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions de la convention et celles des lois internes des Etats contractants relatives aux impôts visés par la convention, dans la mesure où l'imposition qu'elles prévoient est conforme à la convention.

Tout renseignement ainsi obtenu doit être tenu secret ; il ne peut être communiqué, en dehors du contribuable ou de son mandataire, qu'aux person-

§ 2. De in § 1 bedoelde bevoegde autoriteit tracht, indien het bezwaar haar gegrond voorkomt en indien zij niet zelf in staat is tot een bevredigende oplossing te komen, de gelegenheid in onderlinge overeenstemming met de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat te regelen, ten einde een belastingheffing die niet in overeenstemming is met de overeenkomst, te vermijden.

§ 3. De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten trachten moeilijkheden of twijfelpunten die mochten rijzen met betrekking tot de toepassing van de overeenkomst in onderlinge overeenstemming op te lossen.

§ 4. De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten plegen overleg omtrent de met hun wetgevingen verenigbare administratieve maatregelen die voor de uitvoering van de bepalingen van de overeenkomst nodig zijn en met name omtrent de bewijzen die de verblijfhouders van elke Staat moeten voorleggen om in de andere Staat de bij deze overeenkomst vastgestelde belastingvrijstellingen of -verminderingen te genieten.

#### Artikel 26

##### Uitwisseling van inlichtingen

§ 1. De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit die nodig zijn om uitvoering te geven aan de bepalingen van de overeenkomst en aan die van de nationale wetten van de overeenkomstsluitende Staten met betrekking tot de belastingen waarop de overeenkomst van toepassing is, voor zover de belastingheffing waarin deze voorzien in overeenstemming is met de overeenkomst.

Elke aldus bekomen inlichting moet geheim worden gehouden en mag, buiten de belastingplichtige of zijn gevolmachtigde, slechts worden

oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern sowie den diesbezüglichen Rechtsmitteln und Einwendungen befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat:

1. Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
2. Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
3. Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

#### Artikel 27

##### Verschiedenes

(1) Das Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern der diplomatischen Vertretungen und der Konsulate nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Für Zwecke des Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat akkreditiert sind und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, als im Entsendestaate ansässig, wenn sie dort auf dem Gebiet der Steuern vom Ein-

nes ou autorités chargées de l'établissement ou du recouvrement des impôts visés par la convention et des réclamations et recours y relatifs.

§ 2. Les dispositions du § 1<sup>er</sup> ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation :

- 1° de prendre des dispositions administratives dérogeant à sa propre législation ou à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant ;
- 2° de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa propre législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant ;
- 3° de transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial, ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

#### Article 27

##### Divers

§ 1<sup>er</sup>. Les dispositions de la convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques et des postes consulaires en vertu, soit des règles générales du droit des gens, soit des dispositions d'accords particuliers.

§ 2. Aux fins de la convention, les membres d'une mission diplomatique ou consulaire d'un Etat contractant accréditée dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers, qui ont la nationalité de l'Etat accréditant, sont réputés être résidents de l'Etat accréditant s'ils y sont soumis aux mêmes obligations, en matière d'impôts sur le revenu

medegedeeld aan personen of autoriteiten die belast zijn met de vestiging of de invordering van de in de overeenkomst bedoelde belastingen en met de desbetreffende bezwaarschriften en andere rechtsmiddelen.

§ 2. In geen geval mogen de bepalingen van § 1 aldus worden uitgelegd, dat zij een van de overeenkomstsluitende Staten de verplichting opleggen:

- 1° administratieve maatregelen te nemen, welke afwijken van zijn eigen wetgeving of van zijn administratieve praktijk of van die van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- 2° bijzonderheden te verstrekken, die niet verkrijgbaar zouden zijn volgens zijn eigen wetgeving of binnen het raam van zijn normale administratieve praktijk of die van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- 3° inlichtingen te verstrekken, die een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een handelswerkwijze zouden onthullen, dan wel inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

#### Artikel 27

##### Varia

§ 1. De bepalingen van de overeenkomst tasten in geen enkel opzicht de fiscale voorrechten aan die leden van diplomatieke zendingen of consulaire posten ontlenen aan de algemene regelen van het volkenrecht of aan de bepalingen van bijzondere akkoorden.

§ 2. Voor de toepassing van de overeenkomst worden de leden van een diplomatieke of consulaire zending van een overeenkomstsluitende Staat die in de andere overeenkomstsluitende Staat of in een derde Staat geaccrediteerd zijn en die de nationaliteit van de zendstaat bezitten, geacht verblijfhouder van de zendstaat te zijn indien

kommen und vom Vermögen den gleichen Verpflichtungen wie die in diesem Staat ansässigen Personen unterworfen sind.

(3) Das Abkommen gilt weder für internationale Organisationen, ihre Organe oder ihre Beamte noch für Personen, die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates sind, wenn sie sich auf dem Gebiet eines Vertragsstaates befinden und für Zwecke der Steuern vom Einkommen und Vermögen nicht als in dem einen oder dem anderen Vertragsstaat ansässig behandelt werden.

(4) Keine Bestimmung des Abkommens ist so auszulegen,

1. als hindere sie einen Vertragsstaat daran, die Bestimmungen seines innerstaatlichen Rechts über die Verhinderung von Steuerumgehungen und Steuerhinterziehungen anzuwenden;
2. als schränke sie die Besteuerung einer in Belgien ansässigen Gesellschaft im Fall des Rückkaufs ihrer eigenen Aktien oder Anteile oder anlässlich der Aufteilung ihres Gesellschaftsvermögens ein.

(5) Der belgische Minister der Finanzen oder seine hiezu bevollmächtigten Vertreter und der österreichische Bundesminister für Finanzen verkehren für Zwecke der Anwendung des Abkommens unmittelbar miteinander.

## VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 28

### Inkrafttreten

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht werden.

et sur la fortune, que les résidents dudit Etat.

§ 3. La convention ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou à leurs fonctionnaires, ni aux personnes qui sont membres d'une mission diplomatique ou consulaire d'un Etat tiers, lorsqu'ils se trouvent sur le territoire d'un Etat contractant et ne sont pas traités comme des résidents dans l'un ou l'autre Etat contractant en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune.

§ 4. Aucune disposition de la convention ne peut être interprétée

- 1° comme empêchant un Etat contractant d'appliquer les dispositions de sa législation nationale tendant à éviter l'évasion et la fraude fiscale ;
- 2° comme limitant l'imposition d'une société résidente de la Belgique en cas de rachat de ses propres actions ou parts ou à l'occasion du partage de son avoir social.

§ 5. Le Ministre des Finances de la Belgique ou ses délégués mandatés à cette fin et le Ministre fédéral des Finances de l'Autriche communiquent directement entre eux pour l'application de la convention.

## VII. DISPOSITIONS FINALES

Article 28

### Entrée en vigueur

§ 1<sup>er</sup>. La convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés le plus tôt possible à Bruxelles.

zij aldaar, op het stuk van belastingen naar het inkomen en naar het vermogen, aan dezelfde verplichtingen onderworpen zijn als de verblijfhouders van die Staat.

§ 3. De overeenkomst is niet van toepassing op internationale organisaties, hun organen of hun ambtenaren, noch op leden van een diplomatieke zending of een consulaire post van een derde Staat, wanneer deze zich op het grondgebied van een overeenkomstsluitende Staat bevinden en op het stuk van belastingen naar het inkomen en naar het vermogen in de ene of de andere overeenkomstsluitende Staat niet als verblijfhouders worden behandeld.

§ 4. Geen enkele bepaling van de overeenkomst mag dusdanig worden uitgelegd

- 1° dat zij een overeenkomstsluitende Staat belet de bepalingen van zijn nationale wetgeving ter vermindering van belastingevasie en belastingontduiking toe te passen;
- 2° dat zij de belastingheffing van een vennootschap, verblijfhouder van België, beperkt in geval van inkoop van haar eigen aandelen of delen of naar aanleiding van de verdeling van haar maatschappelijk vermogen.

§ 5. De Minister van Financiën van België of zijn daartoe bevoegde lasthebbers en de Bondsminister van Financiën van Oostenrijk stellen zich rechtstreeks met elkander in verbinding voor de toepassing van de overeenkomst.

## VII. SLOTBEPALINGEN

Artikel 28

### Inwerkingtreding

§ 1. De overeenkomst zal worden bekrachtigd en de bekrachtigingsoorkonden zullen zo spoedig mogelijk te Brussel worden uitgewisseld.

(2) Das Abkommen tritt am 15. Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und ist anzuwenden:

1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Einkünften, die nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind oder gezahlt werden, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus Veranlagungszeiträumen, die nach dem 31. Dezember desselben Jahres enden;

2. in Österreich:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von Einkünften, die den Bezugsberechtigten nach dem 31. Dezember des Jahres zugeflossen sind, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist;
- b) auf die sonstigen Steuern, die für die Jahre erhoben werden, die dem genannten Jahr folgen.

Artikel 29

**Kündigung**

Das Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder Vertragsstaat vom fünften Jahr nach dem Ratifikationsjahr an das Abkommen bis einschließlich 30. Juni jeden Kalenderjahres gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Falle einer Kündigung vor dem 1. Juli eines solchen Jahres wird das Abkommen zum letzten Male angewendet:

1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den spätestens am 31. De-

§ 2. La convention entrera en vigueur le quinzième jour suivant celui de l'échange des instruments de ratification et elle s'appliquera:

1° en Belgique :

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus normalement attribués ou mis en paiement après le 31 décembre de l'année de l'échange des instruments de ratification ;
- b) aux autres impôts établis sur des revenus de périodes imposables prenant fin normalement après le 31 décembre de la même année ;

2° en Autriche :

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués aux bénéficiaires après le 31 décembre de l'année de l'échange des instruments de ratification ;
- b) aux autres impôts perçus pour les années suivant la même année.

Article 29

**Dénonciation**

La convention restera indéfiniment en vigueur ; mais chaque Etat contractant pourra, jusqu'au 30 juin inclus de toute année civile à partir de la cinquième année suivant celle de sa ratification, la dénoncer, par écrit et par la voie diplomatique, à l'autre Etat contractant. En cas de dénonciation, la convention s'appliquera pour la dernière fois

1° en Belgique :

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus normalement attribués ou mis en

§ 2. De overeenkomst zal in werking treden op de vijftiende dag die volgt op de dag van de uitwisseling van de bekrachtigingsoorkonden en zij zal van toepassing zijn:

1° in België:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke normaal zijn toegerekend of betaalbaar gesteld na 31 december van het jaar waarin de bekrachtigingsoorkonden zijn uitgewisseld;
- b) op de andere belastingen geheven naar de inkomsten van belastbare tijdperken normaal eindigend na 31 december van hetzelfde jaar;

2° in Oostenrijk:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke aan de genietters zijn toegekend na 31 december van het jaar waarin de bekrachtigingsoorkonden zijn uitgewisseld;
- b) op de andere belastingen geheven voor jaren die volgen op hetzelfde jaar.

Artikel 29

**Opzegging**

De overeenkomst zal voor onbepaalde tijd in werking blijven; maar elke overeenkomstsluitende Staat kan tot de 30e juni van elk kalenderjaar met ingang van het vijfde jaar volgend op het jaar van de bekrachtiging, aan de andere overeenkomstsluitende Staat langs diplomatieke weg een schriftelijke opzegging doen toekomen. In geval van opzegging, zal de overeenkomst voor de laatste maal van toepassing zijn:

1° in België:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten

zember des Kündigungsjahres zugeflossenen oder gezahlten Einkünften;	paiement au plus tard le 31 décembre de l'année de la dénonciation ;	welke normaal zijn toegekend of betaalbaar gesteld ten laatste op 31 december van het jaar waarin de opzegging is gedaan;
b) auf die sonstigen Steuern von Einkünften aus den spätestens am 31. Dezember desselben Jahres endenden Veranlagungszeiträumen;	b) aux autres impôts établis sur des revenus de périodes imposables prenant fin normalement au plus tard le 31 décembre de la même année ;	b) op de andere belastingen geheven naar de inkomsten van belastbare tijdperken die normaal ten laatste op 31 december van hetzelfde jaar eindigen;
2. in Österreich:	2° en Autriche :	2° in Oostenrijk:
a) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den den Bezugsberechtigten spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen Einkünften;	a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués aux bénéficiaires au plus tard le 31 décembre de l'année de la dénonciation ;	a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke aan de genietters zijn toegekend ten laatste op 31 december van het jaar waarin de opzegging is gedaan;
b) auf die sonstigen für dasselbe Jahr erhobenen Steuern.	b) aux autres impôts perçus pour la même année.	b) op de andere belastingen geheven voor hetzelfde jaar.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien,  
am 29. Dezember 1971

in zweifacher Urschrift, in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei diese drei Texte gleichermaßen authentisch sind.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires des deux Etats ont signé la présente convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Vienne,  
le 29 décembre 1971

en double exemplaire, en langue française, en langue néerlandaise et en langue allemande, les trois textes faisant également foi.

TEN BLIJKE WAARVAN de Gevolmachtigden van beide Staten deze overeenkomst hebben ondertekend en daaraan hun zegel hebben gehecht.

GEDAAN TE Wenen,  
op 29 december 1971

in tweevoud, in de Nederlandse, de Franse en de Duitse taal, zijnde de drie teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Republik Österreich: Pour la République d'Autriche: Voor de Republiek Oostenrijk:

**Hammerschmidt**

Für das Königreich Belgien: Pour le Royaume de Belgique: Voor het Koninkrijk België:

**Puttevils**

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 11. Juli 1972

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Finanzen:

Androsch

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 13. Juni 1973 ausgetauscht worden; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 28. Juni 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

---

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 234.—, inklusive Umsatzsteuer, für Inlands- und S 304.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 40 g + 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 + 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

**Bezugsanmeldungen** werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.